Albrecht Philipps Memoiren

Die Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei aus der Perspektive eines sächsischen Reichstagsabgeordneten

VON RALF GEBEL

I. Zur Bedeutung der Memoiren Albrecht Philipps

Albrecht Philipp, Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages 1919–1930 für Leipzig, gehört nicht zu jenen Politikern der Weimarer Republik, die heute noch einem größeren Personenkreis bekannt sind. Er war nie Minister, bekleidete auch sonst kein hohes Regierungsamt und zählte nicht einmal zu den besonders herausragenden Vertretern seiner Partei, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Dennoch sind Philipps Memoiren ein bedeutendes zeitgeschichtliches Dokument.

Bis heute gibt es keine umfassende Gesamtdarstellung der Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei. Auch Philipps Memoiren genügen diesem Anspruch nicht, wenngleich der Verfasser einleitend darauf hinweist, daß er es sich zur Aufgabe gemacht habe, „in großen Zügen die Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei in dieser kritischen Zeit darzustellen." Philipp wollte damit an die Arbeit von Kuno Graf von Westarp, von Februar 1925 bis Dezember 1929 Vorsitzender der DNVP-Reichstagsfraktion, über „Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches" anknüpfen.[1] Die von Westarp selbst geplante Fortsetzung dieses Werkes wurde jedoch nie fertiggestellt. Das, was Westarp noch zu Papier gebracht hatte, wurde von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben;[2] hieran schließen sich die Erinnerungen Philipps an.

Eine vollständige Darstellung der facettenreichen Politik der DNVP hat Philipp jedoch nicht geschrieben. An anderer Stelle charakterisiert der promovierte Historiker das Ergebnis seiner Bemühungen treffender: „Das Ganze wirft aus der Schau eines einzelnen Schlaglichter auf Anfänge, Aufstieg, Höhepunkt und Zerfall

---

[1] Vgl. KUNO GRAF VON WESTARP, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 2 Bde., Berlin 1935.

[2] Vgl. DERS., Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, bearb. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 10), Düsseldorf 2001.

dieser großen Rechtspartei."[3] Philipps Aufzeichnungen sind eine Quelle, die zahlreiche weiterführende Hinweise für alle bietet, die sich künftig mit den Deutschnationalen zwischen 1918 und 1933 beschäftigen werden.

Tatsächlich war die DNVP, wenn man einmal die NSDAP außer Betracht läßt, nicht nur eine große, wie Philipp schrieb, sondern die größte Rechtspartei der Weimarer Republik. Bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 erhielt sie 20,5% der Stimmen und 106 Reichstagsmandate – und war damit gemeinsam mit dem Landbund (2,0% und 10 Mandate) zur stärksten Fraktion im Parlament überhaupt geworden. In diesem Sinne sei das von Philipp auf die DNVP angewandte und hier übernommene Attribut „groß" verstanden. Sogar die Sozialdemokratie wurde 1924 von rechts überflügelt – sie hatte bei den Reichstagswahlen am 4. Mai nur 100 Mandate erringen können. Um so mehr erstaunt der „relative lack of interest by historians in conservative politics"[4] für die Zeit der Weimarer Republik. Christian Trippe, der letzte Autor einer umfangreicheren Studie über die DNVP, hat zwar zurecht darauf hingewiesen, daß der Stand der Forschungen zur DNVP alles in allem nicht so unbefriedigend sei, wie mehrere Autoren noch wenige Jahre vor ihm behauptet hätten.[5] Doch neben dem ohnehin unbestrittenen Desiderat einer Gesamtdarstellung der Parteigeschichte gibt es auch noch umfangreichen Forschungsbedarf zu einzelnen Bereichen deutschnationaler Politik in der Weimarer Zeit und zur Struktur der Partei.[6] Dies gilt vor allem für die mittlere Phase der Parteigeschichte, also etwa von 1924–1930, für die bis heute kaum Untersuchungen vorliegen.[7] Gerade hier liegt aber schon allein deswegen ein Schwerpunkt der

---

[3] Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden: SächsHStA Dresden), Nachlaß Philipp: ALBRECHT PHILIPP, Erinnerungen, 5 Bde., hier: Bd. 3, Vorbemerkung, S. II.

[4] BEN LIEBERMAN, Turning against the Weimar Right. Landlords, the Economic Party and the DNVP, in: German History 15 (1997), S. 56–79, hier S. 56.

[5] Vgl. CHRISTIAN F. TRIPPE, Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 105), Düsseldorf 1995, S. 17. Trippe bezieht sich dabei auf MARTIN VOGT, Parteien in der Weimarer Republik, in: Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen, Bonn ^{2}1988, S. 157. Ähnlich wie Vogt urteilte aber auch EBERHARD KOLB, Die Weimarer Republik, München ^{2}1988, S. 170 f.

[6] In diesem Sinne zuletzt WOLFRAM PYTA, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verstärkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 106), Düsseldorf 1996, S. 27. Pyta vermißt v. a. das Fehlen einer Regionalstudie über die DNVP auf dem Lande, wo die Partei ein besonders großes Wählerreservoir hatte. Erste Ansätze hierfür bietet KYRA T. INACHIN, Die DNVP Pommerns im Spannungsfeld Adel-Gesellschaft-Staat, in: Szlachta-społeczeństwo-panstwo miedzy Warmia a Rugia w XVIII–XX wieku. Praca Zbiorowa pod Redakcja Mieczyslwa Jaroszewicza i Włodzimierdza Stepińskiego, Szczecin 1998, S. 95–108. Über die DNVP in Großstädten liegen immerhin zwei Spezialstudien vor: REINHARD BEHRENS, Die Deutschnationalen in Hamburg 1918–1933, Phil. Diss. Hamburg 1973 sowie Gisbert Jörg Gemein, Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933, Phil. Diss. Köln 1969.

[7] Vgl. KOLB, Weimarer Republik (wie Anm. 5), S. 170. Eine Ausnahme ist die ungedruckte Dissertation von Manfred Dörr, die jedoch nur über eine sehr schmale Quellen-

Darstellung Philipps, weil er 1930, nach der innerparteilichen ‚Machtergreifung' Alfred Hugenbergs, aus dem Reichstag ausschied und sich aus dem politischen Leben zurückzog.

Philipps „Erfahrungen als Abgeordneter"[8] sind aber auch deswegen lesenswert, weil sie interessante Einblicke in die Geschichte des Reichstags während der Weimarer Republik bieten. Aus der Perspektive des einzelnen Abgeordneten wird dem Leser gleichsam ein Stück parlamentarischer ‚Alltagsgeschichte' nähergebracht. Philipp, der von 1919 bis 1930 DNVP-Abgeordneter für den Wahlkreis Sachsen 2 bzw. Leipzig war, kann als ein leidenschaftlicher Parlamentarier bezeichnet werden. Zwischen 1921 und 1930 gehörte er als Schriftführer auch „dem ‚Vorstand' und damit dem Präsidium des Hohen Hauses" an. Dies habe, wie er bemerkte, seiner „Neigung, der technischen Seite des Parlamentsbetriebes besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden", entsprochen.[9]

Seine wichtigste Aufgabe im Reichstag fand Philipp indes als Vorsitzender des parlamentarischen „Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918", einem von vier Unterausschüssen des großen Parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage, der zwischen 1919 und 1928 tagte und dessen Ergebnisse von Philipp in zwölf umfangreichen Bänden herausgegeben wurden.[10] Die Tätigkeit des von Philipp geleiteten Unterausschusses führt in das Herz der politischen Debatte der Weimarer Republik: Es ging um nichts Geringeres als um die parlamentarische Auseinandersetzung mit der ‚Dolchstoßlegende', die die Weimarer Republik seit ihrer Gründung belastete. Neben der Frage nach der Schuld am Kriegsausbruch 1914 beschäftigte keine Debatte die politische Öffentlichkeit der Weimarer Republik so sehr wie die Frage nach den Ursachen von Niederlage und ‚Zusammenbruch' 1918.

Philipp war außerdem 1925 Vorsitzender des sogenannten Aufwertungsausschusses, der sich mit den Folgen der Inflation befaßte und einen gerechten Ausgleich für die Inflationsgeschädigten zu finden hatte – auch dies war ein Thema, das in der Öffentlichkeit damals ausgesprochen große Beachtung fand.[11]

Philipp war also ebenso ein versierter Abgeordneter und intimer Kenner der parlamentarischen Arbeit wie ein engagierter ‚Parteisoldat' und Wahlkämpfer, der seine Erlebnisse wie auch die politischen Akteure aus seinem Umfeld plastisch darzustellen vermochte. Besonders eindrucksvoll ist etwa seine Schilderung des

---

basis verfügt; vgl. MANFRED DÖRR, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Diss. Marburg 1964.

[8] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, Vorbemerkung, S. II.

[9] Ebd., S. 104.

[10] Vgl. Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Vierte Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses. Im Auftrag des Vierten Unterausschusses herausgegeben von ALBRECHT PHILIPP, M.d.R., Vorsitzendem des 4. Unterausschusses, Berlin 1925–1928.

[11] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 67 ff. Zur Politik der DNVP in der Aufwertungsfrage vgl. auch DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 325 ff.

Wahlkampfes zur Nationalversammlung 1919. Selbst wenn man von einer gewissen Überzeichnung der Darstellung ausgehen mag, so erhält der Leser doch eine klare Vorstellung davon, was es unmittelbar nach Kriegsende und Deutschlands Niederlage, nach Zusammenbruch des Kaiserreiches und Revolution hieß, öffentlich für konservative, monarchische Politik zu werben.[12]

Der Text enthält des weiteren eine Fülle interessanter Details aus dem parlamentarischen Alltag, die Akten und Protokollen oft nur schwer zu entnehmen sind. So berichtet Philipp z. B. von den logistischen Problemen der Nationalversammlung im kleinen Weimar, das alles andere als darauf vorbereitet war, in den Mittelpunkt der deutschen Politik zu rücken: „Ohne ruhigen Arbeitsplatz, ohne politische Büchereien – und vor allem ohne Akten konnte selbst der fleißigste Abgeordnete nicht das schaffen, was er wollte […]. Der Abgeordnete mußte lernen, ohne die üblichen technischen Hilfsmittel sich auf die Parlamentssitzungen vorzubereiten." Diese Umstände hätten sich aber „sehr wohltätig auf die Dauer der Verhandlungen" ausgewirkt: „Das sonst übliche Verlesen langer Schriftsätze aus den Akten oder aus Büchern, das Anführen eines Wustes von statistischen Angaben usw., fiel fort. Die Reden wurden kürzer als bisher im Reichstage und dadurch eindrucksvoller." Nach der Rückkehr des Parlaments in die Reichshauptstadt Berlin sei dann „die Flut der Drucksachen" wieder ins „Ungeheure" angeschwollen.[13]

Philipps Memoiren geben auch Einblick in die Besonderheiten der Arbeitsweise der DNVP-Fraktion, die besonders agrarische Interessen in der Politik vertrat und in deren Reihen sich zahlreiche Landwirte befanden. So berichtet er über die Schwierigkeiten, diese Fraktionskollegen während der Erntezeit in Berlin zu halten, weil sie auf ihren Höfen „Besseres" zu tun hatten: Sie hätten es vorgezogen, „sich in dieser Jahreszeit der Bewirtschaftung ihrer Güter zu widmen, als ihre Zeit mit dem bei Parlamentsverhandlungen für sie meist üblichen Müßiggang in Berlin zu vertrödeln. Wenn aber Gefahr bestand," so Philipp nicht ohne Stolz, „daß durch Abwesenheit von Parteifreunden eine Agrarvorlage gefährdet war, wurden unsere Landwirte recht unangenehm. Es war ein Zeichen für gute Fraktionszucht, daß bei solchen Gelegenheiten mehrfach hundertprozentige Anwesenheit erreicht wurde, was mit Recht die Bewunderung anderer Parteien erweckte."[14]

Albrecht Philipp gab seinen Lebenserinnerungen, die er vor allem in den Jahren 1951 und 1952 verfaßte, den Titel „Mein Weg. Rückschau eines Siebzigjährigen auf allerlei Geschehnisse und Menschen." Die Memoiren bestehen aus vier Bänden. Der dritte Band („Abgeordnetenjahre in der Weimarer Republik 1919–1930"), ist mit 306 Seiten Text und 33 Seiten Register im DIN A4-Format der umfangreichste Teilband.

---

[12] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 7 f.; vgl. hierzu auch WERNER LIEBE, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8), Düsseldorf 1956, S. 31.

[13] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 47.

[14] Ebd., S. 140.

Der erste Band beschreibt die „Jugendzeit“ (1883–1903, 162 Seiten plus 12 Seiten Register), der zweite Band die „Lern- und Lehrjahre in Wissenschaft, Schulamt, Politik und Kriegsdienst“ (1903–1918, 222 Seiten plus 24 Seiten Register). Der vierte Band („Unter Hakenkreuz und unter Sowjetstern“) behandelt den längsten Zeitraum (1930–1953), ist aber bei weitem am schmalsten ausgefallen. Er umfaßt nur 89 Textseiten und vier Seiten Register. Er wurde erst 1956 abgeschlossen.

In gleicher äußerer Gestaltung ist den Erinnerungen im engeren Sinne die Schrift „Deutschnationale Volkspartei 1918–1933 – Versuch einer parteipolitischen Bilanz“ beigegeben (37 Seiten Text plus 10 Seiten Register/Anhang). Im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Zusammenfassung von Band 3 der Erinnerungen.[15]

Alle fünf Bände wurden 1956 einschließlich der Urheberrechte dem Sächsischen Landeshauptarchiv in Dresden übergeben, wo auch der Rest von Philipps Nachlaß aufbewahrt wird. Seiner Heimat Sachsen hatte Philipp sich stets eng verbunden gefühlt.

II. Herkunft und Werdegang Albrecht Philipps bis 1918

Albrecht Philipp wurde am 1. Februar 1883 in Kleinwolmsdorf bei Radeberg in Sachsen geboren. Sein Vater Gustav Adolf Eduard Philipp, Jahrgang 1841, schlug zunächst eine Karriere im Bankgeschäft ein.[16] Im Juni 1869 heiratete er die 1848 geborene Anna Zenker.[17] Albrecht kam als letztes von insgesamt acht Kindern, von denen jedoch das erste tot geboren wurde und das zweite und dritte unmittelbar nach der Geburt starben, zur Welt.[18]

Im Jahre 1871 gab der Vater seine Stellung beim „Landwirtschaftlichen Kreditverein für das Königreich Sachsen“[19] auf und übernahm die Verwaltung des von seinem Schwiegervater geerbten Grundbesitzes in Kleinwolmsdorf. Im gleichen Jahr wurde er zum Abgeordneten des 9. ländlichen Wahlkreises in die Zweite Königlich Sächsische Ständekammer gewählt,[20] der er bis 1897 angehörte.[21]

---

[15] In diesem Sinne auch Philipp selbst im Vorwort; vgl. ALBRECHT PHILIPP, Deutschnationale Volkspartei 1918–1933. Versuch einer parteipolitischen Bilanz, in: SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp.

[16] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 5 f.

[17] Vgl. Ebd., S. 11 f.

[18] Albrecht Philipp selbst hatte mit seiner Frau Alexandrine, geb. Wagner, aus Allstedt in Thüringen, die er am 19. Oktober 1919 heiratete, drei Kinder: Ada (* 3. 8. 1920), Armin (* 25. 1. 1922) und Arnulf (* 1. 5. 1925).

[19] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 6.

[20] Vgl. Ebd., S. 16.

[21] Sächsische Parlamentarier 1869–1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen im Spiegel historischer Photographien; Ein biographisches Handbuch, bearb. von ELVIRA DÖSCHER/WOLFGANG SCHRÖDER. Mit einem Vorwort von Gerhard A. Ritter, Düsseldorf 2001, Nr. 275 (S. 441 f.).

Mit dem Erlös des schon bald verkauften Gutes beteiligte sich Gustav Philipp 1873 an der Gründung der später zu Ruhm gelangenden „Radeberger Exportbierbrauerei“, deren Gesamtleitung er 1894 übernahm.[22] Zunächst begann damit für die Familie jedoch eine Zeit der wirtschaftlichen Misere, da die Brauerei erst einmal mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.[23] 1884 zogen die Philipps nach Dresden, wo Albrecht eine Kindheit in behüteten, aber bescheidenen Verhältnissen verbrachte.

Albrecht Philipp berichtet kaum über die politische Gedankenwelt seines Vaters, ein etwaiger Einfluß auf seine eigene Meinungsbildung bleibt vage, wie überhaupt der Vater in den sonst sehr personenbezogenen Memoiren auffällig wenig Raum einnimmt. Es heißt lediglich, die „Luft im Vaterhause“ habe zunächst dazu geführt, „daß meine Neigung den Liberalen gehörte“.[24] Jedenfalls übernahm der kleine Albrecht vom Vater sein früh ausgeprägtes politisches Interesse. Bereits als Kind hätten ihn, berichtet er, die politischen Ereignisse „stark beeindruckt“.[25] Manch großer Architekt soll sich schon als Kind intensiv mit Bauklötzen auf seine spätere Tätigkeit vorbereitet haben; der Politiker Albrecht Philipp berichtet, er habe mit seinen Freunden schon als Sechsjähriger mit „den überflüssigen Stimmzetteln nach der Wiederwahl meines Vaters […] ‚Landtag‘ gespielt“. In den Landtagsdrucksachen habe er das Lesen gelernt, mit elf Jahren die Zeitungslektüre begonnen.[26] Die parlamentarische Tradition der Familie Philipp, von Gustav Adolf Eduard im Kaiserreich begründet, von Albrecht in der Weimarer Republik aufgenommen, wurde in der Bundesrepublik Deutschland fortgeführt. Gerhard, ein Neffe Albrecht Philipps, war von 1957 bis 1966 Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag.[27]

Mit zehn Jahren sah Albrecht Philipp in Dresden den früheren Reichskanzler Bismarck, der auf dem Weg nach Wien durch die Stadt kam. „Glücklicherweise hielt der Wagen unmittelbar vor mir […]. Ich sah dem großen Staatsmanne, der den Schlapphut gezogen hatte, unmittelbar in das treue Auge und habe diesen Anblick nie vergessen.“[28] Als Gymnasiast frönte Philipp später mit vielen seiner Mitschülern einem regelrechten „Bismarckkultus“.[29] In der Rückschau verortet er sich für diese Zeit als Anhänger von „alldeutschen Idealen“ mit einem Hang zum „Chauvinismus“.[30] Die „damals in Sachsen üppig ins Kraut schießende judenfeind-

---

22 Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 56.
23 Vgl. Ebd., S. 16.
24 Ebd., Bd. 2, S. 118.
25 Ebd., Bd. 1, S. 51.
26 Vgl. Ebd., Bd. 2, S. 118.
27 Vgl. M. d. B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation, hrsg. von MARTIN SCHUMACHER, Düsseldorf 2000, S. 314.
28 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 51.
29 Ebd., S. 123.
30 Ebd., S. 122; Bd. 2, S. 118 f.

liche Bewegung“ habe ihn und seine Mitschüler aber „wenig beeindruckt“, wie er hervorhebt; in seiner Klasse sei niemand „überzeugter Antisemit gewesen“.[31]

Nach dem Abitur an einem Dresdner Realgymnasium immatrikulierte sich Philipp 1903 an der Universität Leipzig für die Fächer Geschichte und Germanistik.[32] Seine akademischen Lehrer im engeren Sinne waren Felix Salomon und Erich Brandenburg. „Obwohl seiner Abstammung nach Jude“, habe Salomon, als dessen „Famulus“ Philipp sich bezeichnete, „als Berliner ein feines Verständnis für die deutschen Aufgaben Preußens“ gehabt. Auch nach dem Studium blieb Philipp in Kontakt zu dem Historiker, dessen frühen Tod im November 1928 Philipp bedauerte. Vielleicht sei Salomon aber „dadurch manches Leid […] erspart geblieben; denn die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 hätte sicherlich der segensreichen akademischen Tätigkeit Salomons ein rasches Ende bereitet“.[33]

Über sein Interesse an der Zeit der Reformation, der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges wurde Philipp schließlich aber zum „Brandenburgianer“.[34] Mit seiner bei Brandenburg angefertigten Dissertation zum Thema „August der Starke und die Pragmatische Sanktion. Die Zeit des ersten Wiener Friedens (1719–1727)“, die 1907 bei Quelle&Meyer in Leipzig erschien,[35] wurde Albrecht Philipp zum Dr. phil. promoviert. Ein Jahr später publizierte er am gleichen Ort einen umfassenderen Band zum selben Thema.[36]

Zeitlebens behielt Philipp ein reges Interesse an sächsischer Landesgeschichte, dem er nicht zuletzt im „Verein für Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften ‚Roter Löwe‘“ nachging.[37] Dieser Verein, eine Art Studentenverbindung, bei deren Aktivitäten neben akademischer Weiterbildung offensichtlich auch der übliche Alkoholgenuß eine nicht unbedeutende Rolle spielte, war 1881 aus einem „Heraldischen Verein“ hervorgegangen. Die Schwierigkeiten des „Roten Löwen“ in seiner Anfangsphase, die daraus resultierten, daß die Obrigkeit hinter dem Namen eine sozialistische und damit staatsfeindliche Organisation vermutete, änderten nichts daran, daß es sich um eine durchaus konservative und nationale Veranstaltung handelte. Das wird nicht zuletzt an der Haltung des Vereins zur „Judenfrage“ deutlich, die Philipp indes unter Hinweis auf das besonders stark antisemitische Klima in den damaligen deutschen Studentenvereinigungen noch als „vernünftig gemäßigten Standpunkt“ bezeichnet. In der Satzung hieß es: „Der germanische Charakter des Vereins soll gewahrt bleiben“.[38] Die Satzung habe also nicht ausgeschlossen, „daß eine nichtarische Person im besonderen Falle Mitglied des Vereins werden konnte. Da in der damaligen Zeit in den Ahnentafeln nicht so her-

---

[31] Ebd., Bd. 1, S. 123. Zum Antisemitismus in der DNVP und bei Philipp siehe unten, S. 190–192.
[32] Vgl. Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 3.
[33] Ebd., S. 13.
[34] Ebd., S. 4.
[35] Vgl. Ebd., S. 32 f, S. 147.
[36] Albrecht Philipp, August der Starke und die pragmatische Sanktion, Leipzig 1908.
[37] Vgl. Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 15 ff.
[38] Ebd., S. 22 f.

umgeschnüffelt wurde, wie unter der Naziherrschaft", seien so trotz des „‚Arierparagraphen' einige nichtreinarische Männer" Mitglied des „Roten Löwen" geworden. Professor Salomon sei sogar auf seine Veranlassung zum Ehrenmitglied ernannt worden. Zugleich erwähnt Philipp, daß während seiner Studienzeit kein jüdischer Kommilitone aufgenommen wurde: „Wenn ein solcher sich als Keilfux auf die Kneipe verirrte, wurde ihm in unauffälliger Weise die Satzung mit dem verhängnisvollen § 11 gezeigt, so daß er merken mußte, daß er als Mitglied unwillkommen war."[39]

Nach seinem Studium wurde Philipp im Oktober 1907 zunächst „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter" am Sachsen-Weimarischen Geheimen Haupt- und Staatsarchiv und dem Sachsen-Ernestinischen Gesamtarchiv in Weimar.[40] Kurz darauf legte er in Leipzig die Staatsprüfung für das höhere Lehramt ab[41] und verfügte danach über die Lehrbefähigung in insgesamt fünf Fächern: Neben Geschichte auch in Philosophie, Deutsch, Erdkunde und Religion. Der so Qualifizierte verließ bald darauf, im März 1908, den Archivdienst und wurde Lehrer am Realgymnasium im sächsischen Döbeln,[42] bevor er 1909 auf eine ebensolche Schule nach Borna wechselte.[43]

Hier begann auch die politische Karriere Albrecht Philipps. Erstmals engagierte er sich öffentlich im Reichstagswahlkampf 1912 für den Freikonservativen Eduard von Liebert, den er gegen den nationalliberalen Konkurrenten Emil Nitschke in einer auf lokaler Ebene beachteten Rede verteidigte.[44] Auf Philipps Anregung wurde in Colditz „‚zur Abwehr der liberalen Übergriffe' ein ‚konservativer Verein' gegründet", Philipp selbst gab die „Mitteilungen für die Konservativen im 14. sächsischen Reichstagswahlkreise" heraus.[45] Es begann für ihn eine Zeit des „Hinundherpendeln[s] zwischen Schulmeisterei, Politik und Wissenschaft", die Philipp als glücklich empfand, obwohl er sich über die damit verbundene „Kräftezersplitterung" im klaren war. „Da brach 1914 der Krieg aus und enthob mich einer Entscheidung über meine zukünftige Tätigkeit."[46]

Philipp meldete sich als Kriegsfreiwilliger beim Bornaer Karabinierregiment[47] und nahm an Feldzügen in Polen, Litauen und Kurland teil, bevor er im Frühjahr 1916 von der Front zur „Ersatzeskadron" nach Borna zurückversetzt wurde[48] und schließlich im Juli desselben Jahres zum Grenzschutzkommando in Aue im Erz-

---

[39] Ebd., S. 23.
[40] Vgl. Ebd., S. 41 ff.
[41] Vgl. Ebd., S. 46.
[42] Vgl. Ebd., S. 52 f.
[43] Vgl. Ebd., S. 60 ff.
[44] Vgl. Ebd., S. 128 f.
[45] Ebd., S. 133 f.
[46] Ebd., S. 149 f.
[47] Vgl. Ebd., S. 152.
[48] Vgl. Ebd., S. 175 f.

gebirge kam.[49] Schon 1915 hatte er den Dienstgrad eines Leutnants der Landwehrkavallerie erlangt.[50]

Im Jahr darauf wechselte Philipp in die professionelle Politik. Durch den Tod von Geheimrat Dr. Hugo Gottfried Opitz am 13. Juli wurden im 25. ländlichen Wahlkreis Sachsens Nachwahlen für den Landtag erforderlich. „Da damals noch ‚Burgfrieden' zwischen den politischen Parteien herrschte", war die Wahl nach Philipps eigener Einschätzung „bloße Formsache".[51] Er wurde von Mitgliedern des konservativen Wahlvereins des Wahlkreises und vom Bund der Landwirte nominiert und am 19. September 1916 gewählt. „Das Kuriose dabei war", so Philipp, „daß die meisten der Wähler außerhalb des Burgfriedens mir wahrscheinlich nie ihre Stimmen gegeben hätten." Doch bei dieser Wahl in Kriegszeiten war eben vieles anders: „Infolge der Einziehung zum Militär fehlten natürlich im dritten Kriegsjahre viele der konservativen Wähler […]. Da in dieser Jahreszeit auch die Bauern durch Erntearbeiten stark in Anspruch genommen waren, blieben viele von ihnen der Wahl fern, denn sie wußten, ihr Kandidat würde auch ohne sie gewählt werden. Die in Wahlangelegenheiten besser geschulten Arbeiter hingegen erfüllten ihre Wahlpflicht, obwohl sicherlich manchem braven Kumpel mich, ‚den schwarzen Doktor', zu wählen ein Greuel war. So kam ich tatsächlich durch überwiegend sozialdemokratische Wähler zu meinem Landtagsmandate."[52] Am 18. Oktober 1916 hielt Philipp im Landtag seine „Jungfernrede",[53] schon Anfang November wurde jedoch der Landtag vertagt und Philipp mußte zurück zur Truppe ins Erzgebirge, einige Monate später an die Westfront.

Hier lernte Philipp, vor allem bei Verdun, das Grauen des Grabenkrieges kennen – auch wenn seine Darstellung des Kriegserlebnisses alles in allem erstaunlich leidenschaftslos und blaß bleibt. Der Text vermittelt nicht den Eindruck, als sei der Erste Weltkrieg für Albrecht Philipp – wie für so viele seiner Zeitgenossen – der politische ‚Urknall' seines Lebens gewesen.[54] Als „an Strapazen reichste Zeit" seines Lebens bezeichnet Philipp nicht das Kriegserlebnis an der Westfront, sondern seinen Wahlkampfeinsatz für die Weimarer Nationalversammlung 1918/19.[55]

Philipp pendelte fortan zwischen Front und Parlament hin und her; beiderorts erkannte und beklagte er die Zeichen dessen, was er als „Zersetzung" bezeichnete:[56] Die Moral der Truppe war nicht mehr so, wie sie seiner Meinung nach hätte sein müssen, um den Krieg siegreich zu beenden, und im sächsischen Landtag zeigten sich „die ersten Vorboten der im Zuge der Zeit liegenden Bemühungen, die Kriegsnotlage, in der sich Deutschland befand, für die Erfüllung demokratischer

---

[49] Vgl. Ebd., S. 178.
[50] Vgl. Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919, Berlin 1919, S. 232.
[51] Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 187.
[52] Ebd., S. 188 f.
[53] Ebd., S. 193.
[54] Vgl. Ebd., S. 196 ff.
[55] Vgl. Ebd., Bd. 3, S. 7.
[56] Vgl. z. B. Ebd., Bd. 2, S. 196.

Machtansprüche auszunutzen."[57] Das Ende des ‚ancien régime' nahte, im November 1918 war es dann endgültig gekommen: „In nichts versank, was für die Ewigkeit gegründet schien. Ich erwachte eines Morgens, und in Deutschland gab es keine regierenden Fürsten mehr."[58]

III. Albrecht Philipp als Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung und als Mitglied des Reichstages 1919–1930

Albrecht Philipp vertrat sowohl in der verfassunggebenden Nationalversammlung von 1919–1920 als auch hernach im Reichstag bis 1930 den Wahlkreis Leipzig.[59] Er war ein „Mann des Bundes der Landwirte",[60] und als solcher erhielt er auch im Wahlkampf tatkräftige Unterstützung dieser Organisation. Darüber hinaus wurde er vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gefördert, dessen Mitglieder in ihm 1919 „den unbelasteten, unabhängigen ‚kleinen Mann'" gesehen hätten.[61] Schließlich erwähnte Philipp die Unterstützung seines Wahlkampfes durch ehemalige Militärs und Studenten sowie aus Kreisen der Leipziger Industrie.[62]

Alles in allem wird man ihn aber vor allem als einen Vertreter agrarischer Interessen innerhalb der DNVP bezeichnen können. In diesem Zusammenhang scheint es bemerkenswert, daß im Reichstagshandbuch von 1928 erstmalig die Angabe seiner Herkunft durch den doch kaum der Realität entsprechenden Zusatz „Bauernsohn" ergänzt wurde.[63] Philipp scheint es damals für opportun gehalten zu haben, der wichtigsten hinter ihm stehenden Interessengruppe seine enge Verbundenheit zu bezeugen.

Deutschnationale Politik 1918–1930 im Spiegel der Erinnerungen Philipps

Die Gründung der DNVP und ihr fragiler Charakter als Sammlungspartei:

Es muß kaum erwähnt werden, daß Philipp die Novemberrevolution auf das Schärfste ablehnte. Seiner Meinung nach habe es sich beim Ende der Monarchie nämlich „nicht um den ‚Einsturz' eines innerlich morschen Staates, sondern um

---

[57] Ebd., S. 206.
[58] Ebd., S. 210.
[59] Bei der Wahl zur Nationalversammlung trug der Wahlkreis die Bezeichnung „Sachsen 2".
[60] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 5. Das Jahrbuch des Reichs-Landbundes von 1923 führt Philipp als eines seiner Mitglieder im Parlament auf; vgl. MARTIN SCHUMACHER, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 65), Düsseldorf 1978, S. 489. Schumacher bezeichnet Philipp allerdings als ein Mitglied des Reichs-Landbundes, das zu den „sonst nicht als agrarisch ausgewiesenen Abgeordneten" gezählt habe; ebd.
[61] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 6.
[62] Vgl. Ebd., S. 15.
[63] Reichstags-Handbuch IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 406.

das gewaltsame Niederreißen eines soliden, alten Gebäudes, das mitten im Umbau begriffen war", gehandelt.[64] Als Gegner der Revolution fand Philipp seine neue politische Heimat schnell in der noch im November 1918 gegründeten Deutschnationalen Volkspartei, an deren Aufbau in Sachsen er von Anfang an beteiligt war.[65]

Die neue Partei, ein Zusammenschluß verschiedener konservativer Parteien und Strömungen aus dem Kaiserreich, war in gewisser Weise die Nachfolgerin der Deutschen Vaterlandspartei.[66] Bemerkenswerterweise erwähnt Philipp in seinen Memoiren nicht ein Engagement für diese extrem nationalistische Rechtspartei, die 1917 gegründet wurde, das Kriegsende aber nicht überlebte. In der 1938 erschienenen Familiengeschichte der Philipps schrieb er hingegen, daß er an der Gründung der Vaterlandspartei beteiligt gewesen sei und sich rednerisch für sie betätigt habe.[67] Dies läßt zwei Schlüsse zu: Entweder unterließ Philipp in seinen Erinnerungen die Erwähnung der Vaterlandspartei, weil ihm dies, mittlerweile in der DDR lebend, nicht als opportun erschien. Oder er überzeichnete 1938, während der nationalsozialistischen Herrschaft, sein Engagement für die populistische, radikal-nationalistische Vaterlandspartei.[68] Für letzteres spricht Philipps Hinweis auf den früheren konservativen Abgeordneten Dr. Wildgrube aus dem Wahlkreis Oschatz-Grimma, der als Kandidat für die DNVP 1918/19 nicht in Frage gekommen sei, weil er sich „als eifriger Werber"[69] für die Vaterlandspartei betätigt hatte. Demnach spräche die Tatsache, daß Philipp als DNVP-Kandidat für die Nationalversammlung aufgestellt wurde, gegen oder für ein nur bescheidenes Engagement seinerseits für die Vaterlandspartei. In jedem Fall wird hier deutlich, daß Philipp bei der Niederschrift seiner Texte den jeweiligen Umständen der Zeit – erst der braunen, dann der roten Diktatur – einen gewissen Tribut zollte. Das gilt es bei der Lektüre stets zu beachten.

Die DNVP verstand sich in Philipps Worten „als Antwort auf den Umsturz des bestehenden monarchischen Staates". Sie habe „die alten nationalen und konservativen Kräfte in Staat und Volk unter der schwarz-weiß-roten Fahne des Bismarckreiches wieder vereinigen" wollen.[70] Die „entschiedene Ablehnung der

---

[64] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 232.

[65] Vgl. Ebd., S. 2 ff.

[66] Vgl. dazu HEINZ HAGENLÜCKE, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 108), Düsseldorf 1997, S. 385 ff.; LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 12.

[67] Vgl. SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf, Heft 1: Ahnen und Verwandtschaft. Forschungen und Erinnerungen. Als Handschrift für Angehörige der Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf gedruckt, Dresden 1938, S. 91.

[68] Bei HAGENLÜCKE, Deutsche Vaterlandspartei (wie Anm. 66), wird Philipp nicht erwähnt.

[69] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 4.

[70] PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 1; vgl. auch FRIEDRICH FREIHERR HILLER VON GAERTRINGEN, Die Deutschnationale Volkspartei in der Weimarer Republik, in: Historische Mitteilungen 9 (1996), S. 169; LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 12 ff.

Revolution und alles dessen, was ihr gefolgt ist", machte in Philipps Augen auch die „Daseinsberechtigung" der DNVP aus.[71] Philipp erkannte aber schon im ersten Aufruf des Vorstandes der Partei vom 27. Dezember 1918 den grundsätzlichen, die DNVP mindestens bis zur vollständigen Übernahme ihrer Führung durch Alfred Hugenberg 1928/30 spaltenden parteiinternen Widerspruch. Dem „volkstümlichen und […] antirevolutionären Sofortprogramm" habe nämlich die Bereitschaft gegenübergestanden, „in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform" mitzuarbeiten.[72] Die DNVP schwankte deshalb seit ihrer Gründung zwischen Fundamentalopposition gegenüber der jungen Republik von Weimar und der Bereitschaft zur partiellen, verfassungstreuen Mitarbeit im neuen Staat.

Philipp betonte die Neuartigkeit der DNVP und ihren Charakter als ‚Volkspartei'. Sie habe sich von den alten konservativen Parteien sowohl hinsichtlich des Personals wie auch der Wählerschichten deutlich unterschieden.[73] Im Wahlkampf seien vor allem Personen herausgestellt worden, „die zufolge ihrer politischen Vergangenheit möglichst wenig Angriffsflächen boten", also unauffällig waren. Philipp zählte auf, daß von den 42 Mitgliedern der Fraktion in der Nationalversammlung – die DNVP hatte 10,3 Prozent der Stimmen erhalten – nur 14 dem letzten Reichstag des Kaiserreichs angehört hatten. Fünf Abgeordnete verfügten über politische Erfahrung aus verschiedenen Landtagen, 23 waren jedoch parlamentarische Neulinge. Philipp konnte allerdings nicht verkennen, daß jene Kräfte, die schon „im Kaiserreich gesellschaftlich führend gewesen" waren, das „Rückgrat" der Partei bildeten und daß die Führung der Reichstagsfraktion in den Händen erfahrener Männer lag, die noch dem Reichstag der Kaiserzeit angehört oder der Monarchie „an verantwortlicher Stelle gedient" hatten.[74]

Erster Parteivorsitzender wurde der vormals parteilose preußische Finanzminister a.D. Oskar Hergt, erster Fraktionsvorsitzender Arthur Graf von Posa-

---

[71] PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 5.

[72] Ebd. Der Aufruf vom 27. 12. 1918 ist abgedruckt bei LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 109 ff.

[73] Vgl. PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 10; DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 17; vgl. auch LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 12 ff. Liebe bestätigt, daß die Führung der Partei zunächst bei Vertretern des gemäßigten Flügels gelegen habe. Diese seien jedoch „in den Vordergund geschoben worden, um die realen Einflußverhältnisse zu verschleiern." Was die wirkliche Macht des neuen Personals angeht, ist Liebe also sehr zurückhaltend; ebd., S. 15. Gleichzeitig bestätigt er, daß sich die Sozialstruktur der DNVP-Mitgliedschaft, die sich tatsächlich aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten zusammensetzte, deutlich von derjenigen der konservativen Vorkriegsparteien unterschied; ebd., S. 15 ff.

[74] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 17. DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 10. Auch Anneliese Thimme, die sowohl Politik als auch Programm der DNVP klar in die Tradition der Konservativen des Kaiserreiches stellt, erkennt an, daß die Zusammensetzung der Parlamentsfraktion der Deutschnationalen einen Bruch mit ihren Vorläufern markierte; vgl. ANNELIESE THIMME, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969, S. 26, 29.

dowsky. Beide waren dem gemäßigten Flügel der Partei zuzurechnen. Hergt sei „aus Mangel an einer besser geeigneten Person“ und weil er politisch weitgehend unbelastet gewesen sei zum Parteivorsitzenden gemacht worden. Er wurde von Philipp als „scharfer Kopf“ und als „einer der tüchtigsten Sachkenner“ der staatlichen Verwaltung dargestellt.[75] Posadowsky bezeichnete Philipp zwar als geistvollen Redner und erfahrenen Staatsmann, als Fraktionsvorsitzender sei er jedoch „unbrauchbar“ gewesen. Für „Posa“, den „Graf im Barte“, wie er fraktionsintern genannt wurde, habe jedoch gesprochen, daß er 1912 als Parteiloser in den Reichstag gewählt worden war und deshalb geeignet schien, die unterschiedlichen Strömungen in der DNVP zusammenzuführen. Dies sei ihm jedoch nicht gelungen.[76]

Tatsächlich blieb die DNVP nicht nur während der Amtszeit Posadowskys, sondern in der gesamten Zeit ihrer kurzen Geschichte vom Auseinanderbrechen bedroht. Mehrfach kam es zu Abspaltungen. Zu sehr flossen die verschiedenen Strömungen auseinander, die doch im Grunde nicht mehr als die Ablehnung der Revolution 1918 in ein gemeinsames Flußbett gezwängt hatte. Der Partei mangelte es an klaren programmatischen Vorstellungen,[77] was Philipp nicht verborgen blieb und sich auch in seiner Darstellung spiegelt. Darin nimmt etwa die Entstehung des neuen Namens der Partei[78] einen breiteren Raum ein als die Darstellung ihrer programmatischen Grundlagen, über die eher beiläufig an verschiedenen Stellen etwas gesagt wird.

Das die Partei letztlich einigende Band der antirevolutionären Gesinnung sollte sich schnell als nicht fest genug erweisen; die zentrifugalen Tendenzen in der Partei machten sich früh bemerkbar: „Es zeigte sich bald nach 1920, daß die vielen Ziele des deutschnationalen Parteiprogramms, die von den verschiedenen an der Gründung beteiligten Parteien aufgestellt […] worden waren, geradezu zur Absonderung reizten.“[79] Schon 1920 traten im Gefolge des Kapp-Putsches mehrere Abgeordnete des linken Flügels aus der Partei aus, unter ihnen Johann Victor Bredt, der zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der DNVP gehört hatte. Er wurde zur führenden Persönlichkeit der noch im selben Jahr gegründeten „Wirtschaftspartei“.[80] Nur zwei Jahre später (1922) spaltete sich auf der anderen Seite des parteiinternen Spektrums ein stärkerer, nämlich der ‚völkische‘ Flügel der

---

[75] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 91.
[76] Vgl. Ebd., S. 18.
[77] Vgl. TRIPPE, Konservative Verfassungspolitik (wie Anm. 5), S. 27.
[78] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, I 1.
[79] DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 12 (Zitat), 17; vgl. auch HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 172. Zur Gründung der Partei durch „Conservatives, Free Conservatives, Racists, Christian Socialists, pan-Germans, and other assorted agrarians and ‚patriots‘“ vgl. auch LEWIS HERTZMAN, The Founding of the German National People's Party (DNVP). November 1918–January 1919, in: The Journal of Modern History 30 (1958), S. 24–36, Zitat S. 25.
[80] Vgl. Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933, bearb. von MARTIN SCHUMACHER (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd.1), Düsseldorf 1970, S. 27 ff.

DNVP ab und gründete rechts von ihr die „Deutschvölkische Freiheitspartei".[81] 1929/1930 schließlich zerbrach die Partei an ihrem Dilemma zwischen grundsätzlicher Opposition und teilweiser Mitarbeit im Weimarer Staat. Die gemäßigten Kräfte um Gottfried Reinhold Treviranus und den Grafen Westarp spalteten sich im Abstand von nur wenigen Monaten von der nunmehr scharf systemoppositionellen DNVP unter ihrem Vorsitzenden Hugenberg ab, schlossen sich anderen Parteien an oder fanden in der neu gegründeten „Volkskonservativen Vereinigung" bzw. „Volkskonservativen Partei" ein neues politisches Betätigungsfeld.[82]

Eine weitere Abspaltung blieb der DNVP vielleicht nur erspart, weil sie sozusagen vorweg erfolgt war. Parallel zur DNVP entstand nämlich im Dezember 1918 die Deutsche Volkspartei (DVP). Philipp bezeichnet sie als „Sondergründung", die ein „Wermutstropfen in den Wein deutschnationaler Begeisterung" gewesen sei und die Bildung einer wirklich starken Rechtspartei verhindert habe. Einen sachlichen Grund für die Existenz beider Parteien hat es Philipps Meinung nach eigentlich nicht gegeben, so nah seien sie sich inhaltlich gewesen. Allein durch die Person Gustav Stresemanns, des Vorsitzenden der DVP, seien sie auseinandergehalten worden.[83] Tatsächlich war es vor allem der spätere Außenminister, der auf die Unabhängigkeit der DVP pochte und sich gegen die Fusion mit der DNVP wehrte. Stresemann hatte dafür jedoch gute politische Gründe, wenngleich auch ihm klar war, daß beide Rechtsparteien im Reichstag oft Seite an Seite standen. Stresemann war vor allem wegen des unklaren programmatischen Profils der DNVP gegen die Fusion. Sie sei aus zu verschiedenen Strömungen zusammengesetzt und ohne „einheitliches Wollen". Außerdem hoffte Stresemann 1919 auf baldigen Zulauf enttäuschter Demokraten zur DVP, die sich aber seiner Partei nicht anschließen würden, wenn diese mit der rechten Flügelpartei zusammenging. Schließlich strebte Stresemann nach der Macht und hielt es auf absehbare Zeit für unmöglich, daß sich die Deutschnationalen an einer Regierungsbildung beteiligen könnten.[84] So blieben DNVP und DVP nebeneinander bestehen, und nach dem Kapp-Putsch 1920 kam es zum aufsehenerregenden Wechsel von drei Abgeordneten der DNVP-Fraktion zur Partei Stresemanns. Als Gründe führten sie das Ver-

---

[81] Vgl. hierzu JAN STRIESOW, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922, 2 Bde., Frankfurt/Main 1981; LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 61 ff.

[82] Vgl. hierzu FRIEDRICH FREIHERR HILLER VON GAERTRINGEN, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias/Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 544 ff.; ATTILA CHANADY, The Disintegration of the German National People's Party 1924–1930, in: The Journal of Modern History 39 (1967), S. 65–91, hier v. a. S. 82 ff.; umfassend: ERASMUS JONAS, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 30), Düsseldorf 1965.

[83] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 54 f.; DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 11.

[84] Vgl. WOLFGANG HARTENSTEIN, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22), Düsseldorf 1962, S. 131–142, Zitat S. 133.

halten der DNVP während des Putsches an sowie die Weigerung der Partei, sich mehr als nur formell auf den Boden der neuen Verfassung zu stellen und sich unter Umständen auch zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Mehrheits-Sozialdemokraten bereitzustellen.[85] Mit der Erklärung ihres Schrittes gaben sie der Argumentation Stresemanns recht, und auch Philipp sah dies in etwa so, wenn er den Unterschied zwischen beiden Parteien folgendermaßen charakterisierte: „Beide Parteien erstrebten grundsätzlich das Gleiche, die Deutschnationale Volkspartei kraft eigener Stärke, die Deutsche Volkspartei durch Ausgleich mit anderen Parteien."[86]

Die DNVP und die Weimarer Reichsverfassung:

Die erste wichtige Entscheidung der Weimarer Nationalversammlung war die Annahme einer provisorischen Verfassung, des sogenannten Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, am 10. Februar 1919.[87] Auch die DNVP-Fraktion hatte die Vorlage nach langem „Hin und Her" angenommen. Mit seiner Einschätzung, daß bei dieser Entscheidung das „konservative Verantwortungsbewußtsein […] über den Drang nach bloßer Opposition gesiegt"[88] habe, liefert Philipp ein erstes Indiz dafür, daß er zu jenen eher maßvollen Kräften in seiner Partei gehörte, die sich der Republik nicht in einer schroff ablehnenden Haltung von Anfang an total verweigerten. Gleichwohl: Ziel der DNVP sei es gewesen, „in die zu schaffende Verfassung soviel als möglich aus der nationalen Vergangenheit hineinzuretten."[89] Allerdings konnte Philipp sich mit seiner Anregung, die alte Verfassungsurkunde des Kaiserreiches zur DNVP-Basis der Verfassungsberatungen zu machen, nicht einmal in der eigenen Fraktion durchsetzen.[90] Auch in der Verfassungspolitik zeigte sich also schnell das Dilemma der Deutschnationalen. Einerseits lehnten sie die Republik ab, andererseits verweigerten sie nicht grundsätzlich die Mitarbeit an ihrer Verfassung.[91]

Philipp schätzte den Anteil seiner Partei an deren endgültiger Gestaltung als hoch ein; man habe „mehr vom deutschnationalen Gedankengut mit in die neue Verfassung übernehmen müssen, als den Trägern der revolutionären Bewegung er-

---

[85] Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 59 f., 157.

[86] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 55.

[87] Vgl. HEINRICH AUGUST WINKLER, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998, S. 71.

[88] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 51.

[89] Ebd., S. 55. Vgl. hierzu sowie allgemein zur Verfassungspolitik der DNVP TRIPPE, Konservative Verfassungspolitik (wie Anm. 5), S. 40 ff, hier S. 47, 196. Philipp selbst wandte sich in seiner „Jungfernrede" in der Nationalversammlung für die DNVP-Fraktion gegen die damals erwogene Auflösung Preußens; PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 61.

[90] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 60.

[91] Die gespaltene Haltung der DNVP wird in der Person Adelbert Düringers besonders deutlich. Der vormals großherzoglich-badische Justizminister saß für die Deutschnationalen als Mitglied im Verfassungsausschuß und arbeitete konstruktiv und mit viel Engagement an der Verfassung und insbesondere an der Gestaltung der Grundrechte mit. Dennoch

wünscht war."[92] Die historische Forschung gelangte in diesem Punkt jedoch zu anderen Erkenntnissen: Die DNVP hat danach zwar „Detailarbeit" bei den Verfassungsberatungen geleistet, sich aber in den bedeutenden Fragen mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen können.[93] Gleichwohl ist – unabhängig von der Frage, welcher Anteil dabei der DNVP zukam – nicht zu verkennen, daß die Weimarer Reichsverfassung etwa in der Ausgestaltung des Reichspräsidentenamtes Teile des monarchischen Konstitutionalismus aus der Bismarckzeit übernahm und mehr eine Fortentwicklung der Bismarckschen Reichsverfassung war als ein kompletter Bruch mit ihr.[94] „Die angeblich demokratischste Verfassung", so das pointierte Urteil Ernst Fraenkels, „war das Produkt obrigkeitsstaatlichen Denkens."[95]

Philipp beteiligte sich mit mehreren Redebeiträgen im Plenum an den Verfassungsberatungen der Nationalversammlung. Am 4. Juli 1919 etwa vertrat er für die DNVP die Forderung nach einem „vom Volke gewählten Präsidenten, der eine machtvolle Persönlichkeit" sein müsse.[96]

Antisemitismus und Rassismus in der DNVP und bei Philipp:

Die Rede Philipps zur Stellung des Präsidenten verdient besondere Beachtung. In der 1938 gedruckten Sippengeschichte betonte Philipp nämlich, sie sei „der erste Versuch" gewesen, „für das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hatte, den Nachweis deutscher Abkunft vom völkisch-rassischen Standpunkt zu fordern." Dadurch habe er sich, so vermerkte Philipp offenbar nicht ohne Stolz, „Haß und Hohn aller Juden der Nationalversammlung" zugezogen.[97]

Tatsächlich war Philipp 1919 für eine Einschränkung des passiven Wahlrechts zum Reichspräsidenten eingetreten. Er hatte gefordert, „daß nur solche Leute zum deutschen Reichspräsidenten gewählt werden dürfen, die als Deutsche geboren sind."[98] Der damals diskutierte Entwurf hatte dagegen vorgesehen, daß der zehn-

---

stimmte er, nicht nur aus Fraktionszwang, gegen die Annahme der Verfassung. Dahinter stand die Überlegung, Opposition bleiben, aber dennoch materiell einige der eigenen Ziele durchsetzen zu wollen. Dies mag taktisch geschickt erschienen sein, es trug aber wohl kaum dazu bei, die DNVP in der Öffentlichkeit als konsequent dastehen zu lassen; vgl. THOMAS WIRTH, Adelbert Düringer. Jurist zwischen Kaiserreich und Republik, Mannheim 1989, S. 151 ff.

92 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 60.

93 Vgl. HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 170.

94 Vgl. HAGEN SCHULZE, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1998, S. 100; KARL DIETRICH ERDMANN, Die Weimarer Republik (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 19), Stuttgart ^{10}1991, S. 120.

95 ERNST FRAENKEL, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: Ders., Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart ^{3}1968, hier S. 113.

96 Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, Berlin 1920, S. 1305.

97 PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 93.

98 Verhandlungen (wie Anm. 96), Bd. 327, S. 1306. In den Erinnerungen wird lediglich erwähnt, daß Philipp zur Stellung des Reichspräsidenten gesprochen habe. Nähere Ausführungen fehlen; PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3) Bd. 3, S. 81.

jährige Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ausreichte. In diesem Zusammenhang machte Philipp einige Äußerungen, deren er sich in der NS-Zeit dann rühmte: Daß „ein Salomon Kosmanowsky in der Lage war, auf einmal der Präsident des zweitgrößten deutschen Staatswesens zu werden", mußte seiner Meinung nach auf Reichsebene verhindert werden. Damit spielte Philipp auf den wenige Monate zuvor erschossenen vormaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner an. Der sozialdemokratische Politiker, Sohn eines jüdischen Fabrikanten aus Berlin, soll, so ein damals kursierendes Gerücht, ursprünglich diesen Namen getragen haben. Der Abgeordnete Haase (USPD) entgegnete, Eisner habe nie seinen Namen geändert und warf Philipp vor, „Verkünder einer Zeitungslüge" zu sein.[99]

„Nehmen Sie an", rief Philipp der Nationalversammlung weiter zu, „im besetzten Gebiet bleibt ein Franzose oder Engländer zurück und erwirbt die deutsche Staatsangehörigkeit: nach zehn Jahren erhält er dann die Fähigkeit, zum Reichspräsidenten gewählt zu werden. Ob das nun ein farbiger oder weißer Franzose, Engländer oder Belgier ist, ist letzten Endes gleichgültig. So ist hier unter Umständen die Möglichkeit vorhanden, daß ein Zulukaffer oder Marokkaner, der in der französischen Armee zurückgeblieben ist – und durch die Bande der Liebe vielleicht ans Rheinland gefesselt bleibt – vielleicht zum deutschen Reichspräsidenten gewählt wird."[100] Philipp setzte sich zwar in der gleichen Rede von den Deutschvölkischen ab, deren Forderung, in Deutschland dürfe nur ein „politisches Recht" erhalten, wer „mindestens eine Vier- bis Sechsahnenprobe deutschen Blutes abgelegt" habe, er explizit nicht teilte.[101] Aber auch die Tatsache, daß Philipp mit seiner Vision eines im Rheinland aus Liebe zurückgebliebenen „Zulukaffer[s]", der Präsident werden könnte, gemäß Protokoll „Heiterkeit"[102] in der Nationalversammlung hervorrief, täuscht nicht darüber hinweg, daß seine Ausführungen einen deutlich rassistischen Grundzug tragen.

Seine Äußerungen in der Nationalversammlung mögen symptomatisch für Philipps Rassismus bzw. Antisemitismus gewesen sein. Er gehörte zwar nicht zum radikalen, deutschvölkisch-antisemitischen Flügel der Partei, der sich 1922 von der DNVP abspaltete. Ebensowenig zählte er später zu den „Hugenbergianern", die das Bündnis mit Hitler und der NSDAP suchten. Aber die DNVP war eben insgesamt eine Partei, in der eine „antisemitische Grundeinstellung" bei vielen Mitgliedern und Repräsentanten außer Diskussion stand.[103] Im Oktober 1919 faßte

---

[99] Verhandlungen (wie Anm. 96), Bd. 327, S. 1308. Haase sah offenbar aber weniger eine antisemitische als eine antislawische Stoßrichtung Philipps: „Wohin Herr Philipp zielte, ist klar. Er wollte andeuten, daß ein Mann slawischer Abstammung an der Spitze eines Bundesstaates gestanden habe." Haase parierte zur großen Erheiterung seiner Fraktion: „Kurt Eisner, schon in seiner äußeren Erscheinung: blauäugig, blondhaarig, langschädlig. – Und Herr Philipp: dunkeläugig, schwarzhaarig und kurzschädlig."; ebd.

[100] Verhandlungen (wie Anm. 96), Bd. 327, S. 1305 f.

[101] Ebd., S. 1306.

[102] Ebd.

[103] Vgl. Liebe, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 69, 71.

der Hauptvorstand der Deutschnationalen einen Beschluß, der dies deutlich macht und der fast gleichlautend in das Programm von 1920 übernommen wurde: „Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die mit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt."[104] Mit der sich hier manifestierenden Bereitschaft, den Antisemitismus zu propagieren und für die eigenen Zwecke einzusetzen, trug auch der gemäßigte Teil der DNVP-Führung gerade in den ersten Jahren nach Kriegsende „entscheidend zur Untergrabung der neuen Republik" bei.[105]

In seinen Anfang der fünfziger Jahre verfaßten Memoiren hob Philipp, anders als in der Sippengeschichte von 1938, nicht nur antisemitische Äußerungen nicht hervor, er distanzierte sich sogar vom Antisemitismus und seinen Vertretern in der DNVP.[106] Dennoch scheint in den Erinnerungen seine Haltung zum Judentum einigermaßen korrekt wiedergegeben zu sein. Denn Philipp machte es sich nicht etwa so einfach, den ganz zweifellos in der DNVP verbreiteten Antisemitismus völlig zu verleugnen, zu verschweigen oder den Eindruck zu erwecken, er habe diesen nicht zumindest für seine politischen Zwecke genutzt. Vielmehr führte er aus, daß die DNVP sich dieser Strömung der deutschen Politik aus wahltaktischen Gründen nicht habe verschließen können und den davon angesprochenen Teil der Wählerschaft an sich habe binden müssen.[107] Philipp bekannte sich also immerhin zum Antisemitismus aus Opportunismus.

Eine den Leser auch nur ansatzweise zufriedenstellende Auseinandersetzung mit dem weit verbreiteten Antisemitismus in der Weimarer Republik und in der DNVP findet sich freilich in den Erinnerungen ebenso wenig wie kritische Gedanken zum Antisemitismus im Dritten Reich. Zur Ermordung der deutschen und europäischen Juden fand Albrecht Philipp in seinen nach dem Krieg verfaßten Memoiren kein Wort.

Der Kapp-Putsch: Philipp und die DNVP zwischen Legalität und Gegenrevolution:

Nur ein gutes halbes Jahr nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung wurde das Verhältnis der DNVP zur neuen Regierungsform auf eine ernste Probe gestellt. Im Kapp-Putsch[108] mußten die monarchisch orientierten politischen

---

104 Zit. nach Ebd., S. 65.

105 STRIESOW, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen (wie Anm. 81), S. 5.

106 Vgl. oben: Schulzeit; vgl. auch PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 32.

107 Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 32.

108 Vgl. hierzu JOHANNES ERGER, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 35), Düsseldorf 1967, S. 299 f.

Kräfte zeigen, ob sie bereit waren, die ihnen verhaßte Republik auch mit Waffengewalt zu stürzen, oder ob sie das neue Regierungssystem nur auf legalem Wege ändern bzw. abschaffen wollten.

Philipps Haltung zum Kapp-Putsch, wie sie sich in den Erinnerungen manifestiert, erscheint zwiespältig. Philipp will nicht überrascht gewesen sein, als es zum Aufstand kam; man habe „geradezu täglich" darauf gewartet.[109] Er hob jedoch hervor, von dem konkreten Vorhaben nichts gewußt zu haben. Noch am Abend des 13. März hielt er in Leipzig eine Rede, in der er betonte, „daß wir Deutschnationalen nur auf legalem Wege, d. h. über Neuwahlen, eine Beseitigung der jetzigen Regierung erstrebten."[110] An anderer Stelle heißt es, er habe „dem Unternehmen Kapps sehr zurückhaltend gegenübergestanden".[111] Auch in der Familienchronik der Philipps aus dem Jahr 1938 betonte Philipp, am Kapp-Putsch „nicht beteiligt" gewesen zu sein. Dies erscheint um so glaubwürdiger, als er sich in diesem Text, zur Zeit der NS-Herrschaft geschrieben, als zumindest in der Anfangszeit scharfen Gegner der Republik darstellte, der in Sachsen sowohl bei der „Organisation Escherich" als auch beim Stahlhelm „seine Hand […] im Spiele" gehabt habe.[112]

Der Monarchist Philipp gehörte offenbar zu jenem Teil der DNVP, der zwar das Ziel des Aufstandes begrüßte, nicht aber die Vorgehensweise der Putschisten.[113] Der Text erweckt den Eindruck, Philipp sei dem Kapp-Putsch vor allem deswegen reserviert begegnet, weil er seine Erfolgsaussichten als gering einschätzte. Das allgemeine Bekenntnis, er habe die Regierung allein auf legalem Weg beseitigen wollen, wird in seiner Wirkung abgeschwächt durch einige Formulierungen, die Philipps Verständnis für die Putschisten deutlich machen. Er war auch der Meinung, daß im Frühjahr 1920 die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin die Wiedererrichtung der Monarchie begrüßt hätte.[114]

Über den Prozeß zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Helfferich und dem Reichsfinanzminister Erzberger, der die antirepublikanische Stimmung Anfang März 1920 weiter schürte, schrieb Philipp, Erzberger, „einer der Hauptnutznießer des neuen Systems", sei „als unwahrhaftiger, unanständiger Geschäftspolitiker zum Schaden Deutschlands entlarvt" worden. „Angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsachen glaubten die Putschisten, ein moralisches Recht für die Ausführung ihres Planes zu haben".[115] Auch hier scheint selbst rückblickend Ver-

---

109 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 69.

110 Ebd., S. 300.

111 Ebd., S. 75.

112 PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 94. Die „Orgesch" wurde von dem Schöpfer der bayerischen Einwohnerwehren, dem Forstrat Georg Escherich, im August 1920 als eine Art Dachverband aller „antibolschewistischen" Selbstschutzverbände gegründet. Inwieweit Philipp hieran tatsächlich beteiligt war, ließ sich nicht feststellen. In den Erinnerungen werden Aussagen hierzu oder zur Mitarbeit in der Frontkämpfervereinigung Stahlhelm jedenfalls nicht gemacht.

113 Vgl. ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 220.

114 Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 69.

115 Ebd., S. 72.

ständnis für den Aufstand und einen seiner Auslöser, den sogenannten Erzberger-Prozeß, durch. Dabei hatten sich fast alle von Helfferich erhobenen Anschuldigungen gegen Erzberger als haltlos erwiesen. In der öffentlichen Wahrnehmung erschien Helfferich allerdings, trotz seiner Verurteilung, als Sieger. Erzberger hingegen war politisch ruiniert, und mit ihm war auch die Weimarer Koalition, vor allem das Bündnis von Zentrum und Sozialdemokratie, getroffen worden. Mehr noch: Die junge Demokratie selbst hatte einen schweren Schlag bekommen.[116] Am 12. März wurde im Erzberger-Prozeß das Urteil gesprochen, am 13. März schlugen die Putschisten los.[117] Daß Kapps gescheiterte Konterrevolution zumindest gewisse Sympathien Philipps hatte, geht auch aus der Formulierung hervor, mit der er die Bedeutung des bald ausgerufenen Generalstreikes für das Ende des Putsches umschrieb: Der Streik habe eine „verheerende Wirkung gehabt".[118] ‚Verheerend' aber ist ein Wort, mit dem man als negativ Empfundenes ausdrückt.

Philipp dürfte jedenfalls keinen aktiven Anteil am Umsturzversuch des März 1920 gehabt haben.[119] Er war auch der Meinung, daß das Wissen um den bevorstehenden Putsch auf einen sehr kleinen Personenkreis beschränkt und auch die DNVP-Reichstagsfraktion im unklaren gewesen sei.[120] Daß auch Graf Westarp zum engsten Kreis der Verschwörer gehörte, hat Philipp offensichtlich nicht gewußt. Westarp selbst bestätigte später, daß seine Mitarbeit öffentlich nicht bekannt geworden sei.[121] Heute weiß man aber, daß zumindest die deutschnationale Parteileitung von dem Vorhaben wußte und davon, daß nicht nur Westarp, sondern auch einige andere führende Mitglieder der DNVP an den Vorbereitungen des Putsches beteiligt waren.[122] Allerdings hielt sich der Vorstand selbst bedeckt; ein Unternehmen der DNVP als solches war der Kapp-Putsch nicht.[123] Der Partei insgesamt kam der Putsch auch deshalb nicht wirklich gelegen, weil sie sich bei den bevorstehenden Wahlen wegen der desolaten Lage des Landes ohnehin große Stimmengewinne und damit Machtzuwachs erwartete.[124]

Philipps mehrdeutige Haltung zum Kapp-Putsch entspricht dem völlig zerrissenen Erscheinungsbild der Deutschnationalen insgesamt. Während die früheren Deutschkonservativen und der völkische Flügel eine Militärdiktatur zur Wiederherstellung der Monarchie unterstützten, mahnten die ehemaligen Freikonservativen und Christlichsozialen zur Zurückhaltung.[125] An der Konterrevolution des Generallandschaftsdirektors Kapp schieden sich also auch parteiintern die Geister.

---

116 Vgl. ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 76.
117 Vgl. hierzu SCHULZE, Weimar (wie Anm. 94), S. 209 ff.
118 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 73.
119 Dies bestätigt auch die Sippengeschichte aus dem Jahr 1938; vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 94.
120 Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 71.
121 Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 151, Anm. 246.
122 Vgl. Ebd., S. 52 ff.
123 Vgl. ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 219 ff.
124 Vgl. Ebd., S. 297.
125 Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 54.

Die noch junge Partei erlebte die erste von vielen Abspaltungen: Am 7. April 1920 trat Bredt aus der Partei aus, wenige Tage später folgten drei weitere Abgeordnete. Sie wechselten zu Gustav Stresemanns DVP, die wegen ihrer geschmeidigen Ausgleichspolitik „als der eigentliche Sieger in diesem Putsch bezeichnet werden" kann.[126]

Vom Versailler Vertrag zum Dawes-Plan: Außenpolitik 1919–1924:

Albrecht Philipp war kein Außenpolitiker. Auch für ihn stand aber im „Mittelpunkt der ganzen deutschnationalen Parteiarbeit […] von Anfang an die Außenpolitik", die „seit dem Vertrag von Versailles Reparationspolitik" war.[127] Der Vertrag von Versailles, der Dawes-Plan, der Vertrag von Locarno und der Young-Plan – das waren die großen außenpolitischen Themen der Republik in den Jahren der Abgeordnetentätigkeit Philipps.

Am 28. Juni 1919 unterzeichneten Außenminister Hermann Müller und Verkehrsminister Hans Bell im Spiegelsaal des Versailler Schlosses für das Deutsche Reich den Friedensvertrag. Die DNVP hatte die Annahme der harten Friedensbedingungen abgelehnt; das „kraftvolle deutschnationale ‚Nein' zum Friedensvertrag" war die „unerschütterliche Plattform",[128] von der aus die DNVP fortan Außenpolitik betrieb. Auch Philipp war – natürlich – ein Gegner des „Friedensdiktates", der mit Genugtuung vermerkte, daß die „Führung im Kampfe gegen Versailles […] fest in deutschnationalen Händen" gelegen habe.[129] Als das große außenpolitische Verdienst seiner Partei rechnete Philipp es der DNVP an, den „Feindmächten" immer wieder vor Augen geführt zu haben, daß Deutschland nicht gewillt gewesen sei, „Ungerechtigkeiten widerstandslos über sich ergehen zu lassen."[130]

Eine Alternative zur Annahme des Vertrages bietet Philipp in seinen Memoiren jedoch nicht. Was der Ablehnung hätte folgen sollen, wird auch in seiner rückblickenden Darstellung nicht klar. Eine Erörterung der möglichen Reaktionen der Sieger des Weltkrieges – es ist davon auszugehen, daß Deutschland im Falle der Weigerung, den Vertrag zu unterzeichnen, von Entente-Truppen besetzt worden und das Reich auseinandergefallen wäre[131] – findet nicht statt.

Immerhin gestand Philipp den innenpolitischen Gegnern, die für die Annahme des Vertrages gestimmt hatten, zu, nicht an die völlige Erfüllbarkeit des Vertrages geglaubt und nur deshalb dafür gestimmt zu haben, weil ihrer Meinung nach die

---

126 Ebd., S. 59 f.; Zitat bei ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 222.

127 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 127; vgl. auch DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 18, wo es heißt: „Zwischen allen deutschnationalen Politikern bestand stets Übereinstimmung, daß bei der politischen Arbeit der Außenpolitik der Vorrang zu gewähren sei."

128 PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 18.

129 DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 58.

130 DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 23.

131 Vgl. WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 93.

Umstände dies eben erfordert hätten. Diese Abgeordneten wären überzeugt gewesen, daß mit der Zeit die Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen deutlich werden würde. „Wir Deutschnationalen glaubten auch", so heißt es weiter, „daß in den Reihen der sozialdemokratisch-zentrümlichen Mehrheit für Versailles sich mancher befand, der ohne Gewissensskrupel ‚ja' gesagt hatte, aber innerlich bereit war, der Durchführung der übernommenen Verpflichtungen jeden möglichen Widerstand entgegenzusetzen."[132] Hier deutet sich ein gewisses Verständnis Philipps für die Annahme des Friedensvertrages an, die allerdings unlösbar verbunden war mit der Forderung nach Obstruktion bzw. der unerbittlichen Ablehnung jeder ‚Erfüllungspolitik'. Tatsächlich tendierte Philipp in Fragen der auswärtigen Politik in den folgenden Jahren zum rechten Flügel der DNVP. Dies zeigte sich zum Beispiel in seiner Haltung zum Dawes-Plan von 1924.

Wieder einmal sollte sich bei der Positionierung zum Dawes-Plan die Gespaltenheit der Partei zeigen. Dabei trat sie zunächst mit vollmundigen und vor allem eindeutigen Parolen an die Öffentlichkeit. Im Wahlkampf des Frühjahrs 1924 – der erste gewählte Reichstag wurde im März 1924 aufgelöst, am 4. Mai wurden die Neuwahlen durchgeführt – agitierte die DNVP gegen die Annahme des Dawes-Planes. In ihrer Propaganda sprachen die Deutschnationalen von einem „Versklavungsprozeß", und Karl Helfferich prägte das Schlagwort vom „zweiten Versailles", das auch Albrecht Philipp übernahm.[133]

Nach dem Wahlerfolg der DNVP, den Philipp vor allem auf den entschlossenen Kampf gegen den Dawes-Plan zurückführte,[134] wurde der Ton der Partei vorübergehend gemäßigter.[135] Als stärkste Fraktion rechnete die DNVP damit, an der Regierungsbildung beteiligt zu werden. Diese Möglichkeit wollte man sich nicht mit allzu scharfen, die politische Manövrierfähigkeit beeinträchtigenden Parolen verbauen. Nachdem aber die bürgerliche Minderheitsregierung aus Zentrum, DDP und DVP unter Reichskanzler Marx am 3. Juni 1924 vom Reichspräsidenten bestätigt worden war, gewannen die Stellungnahmen der DNVP gegen den Dawes-Plan wieder an Schärfe. Die Reichstagsfraktion erstellte ein Sieben-Punkte-Programm, dessen Erfüllung als Voraussetzung der Zustimmung der DNVP zum Dawes-Abkommen gemacht wurde. Die darin genannten Bedingungen waren für die Alliierten jedoch unannehmbar. So blieb den Deutschnationalen eigentlich nur die Möglichkeit, die von der Reichsregierung inzwischen vorgelegten Gesetzentwürfe, mit denen der Dawes-Plan in die Praxis umgesetzt werden sollte, abzulehnen. Die Partei stand unter enormem Druck: Die Zustimmung von SPD, DDP, Zentrum und DVP zum Abkommen reichte nicht aus, da zur Umsetzung des Dawes-Planes, so wie er schließlich auf der Konferenz von London im Sommer

---

132 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 56.

133 Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 76 f.; PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 128.

134 Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 133. Die Partei hatte ihren Stimmenanteil von 15,1% auf 19,5%, die Zahl der Mandate von 71 auf 95 gesteigert.

135 Hierzu und zum folgenden vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 76 ff.

1924 ausgehandelt worden war, die Änderung der Verfassung und damit eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erforderlich war. Lehnte die DNVP die Verfassungsänderung ab, so war der Plan gescheitert.

Die nach außen geschlossen ablehnend auftretende Partei war innerlich jedoch völlig uneins. Vor allem in den der Industrie und der Landwirtschaft, aber auch in den dem christlich-nationalen Gewerkschaftsflügel nahestehenden Kreisen hatte sich nämlich die Überzeugung durchgesetzt, daß die Annahme des Planes durch die damit verbundenen Kredite eine ökonomische Aufwärtsentwicklung einleiten würde. Dieser von den genannten Interessengruppen sehnlichst herbeigewünschte Aufschwung sollte nicht durch das Scheitern des Dawes-Plans verhindert werden.

Am 29. August fand die mit großer Spannung erwartete Abstimmung im Reichstag statt. Sie wurde für die DNVP zum Offenbarungseid, weil sie den Konflikt zwischen „‚materieller' Interessen- und prinzipieller oder ‚ideeller' Oppositionspolitik" enthüllte.[136] Von 100 anwesenden Fraktionsmitgliedern stimmten 52 mit „Nein" gegen den Plan, 48 jedoch mit „Ja" dafür. Die Fraktion war genau in der Mitte auseinandergebrochen und hatte mit knapp der Hälfte ihrer Abgeordneten dem Dawes-Plan die erforderliche Zweidrittelmehrheit verschafft. Die „vitalen wirtschaftlichen Interessen" hatten, wie es Anneliese Thimme scharf formulierte, „über die Phrasendrescherei gesiegt."[137] Die Parteibasis war derart entrüstet über die eigene Fraktion und die Leitung der DNVP, daß personelle Konsequenzen nicht ausbleiben konnten. Am 23. Oktober mußte Oskar Hergt dem Druck nachgeben und Partei- und Fraktionsvorsitz niederlegen.

Albrecht Philipp gehörte zu jener Hälfte der DNVP, die gegen den Dawes-Plan gestimmt hatte. Wirtschaftspolitische Argumente hatten ihn nicht zur Zustimmung bewegen können. „Das Gespenst des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs", das „mit grellen Farben an die Wand gemalt" worden sei, erschreckte ihn nicht. Nicht ohne eine gewisse Abscheu berichtete er von den Vorgängen hinter den Kulissen, wo von Industrie und Landwirtschaft massiv Druck auf einzelne Abgeordnete ausgeübt worden sei: „Manchem braven Bäuerlein wurde der Verlust des Mandats in Aussicht gestellt, wenn es nicht mit seinem ‚Ja' die Annahme des Dawesplanes ermöglichen würde."[138] Philipp, sonst kein Parteigänger Hugenbergs, rechnete es dem deutschnationalen Pressezaren an, in seinen Zeitungen „in einem großzügigen Feldzuge am Dawesplan scharfe Kritik geübt zu haben."[139] Er sah in der Zustimmung der Hälfte seiner Kollegen den ersten großen „Sündenfall" der DNVP. Rückblickend erkannte Philipp durchaus an, daß nach der Währungsreform eine Verständigung mit den Alliierten in der Reparationsfrage angezeigt war, und daß auch eine deutschnational geführte Regierung hätte versuchen müssen, zu einem Ausgleich zu kommen. Der Preis, den das Dawes-Abkommen for-

---

136 THIMME, Flucht in den Mythos (wie Anm. 74), S. 33.
137 Ebd., S. 43.
138 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 143 f.
139 Ebd., S. 128.

derte, schien ihm jedoch zu hoch. Er hielt die darin genannten Bedingungen für unerfüllbar und sah seine Einschätzung bestätigt, weil schon wenige Jahre später im Young-Plan eine weitere Revision der Reparationsverpflichtungen erforderlich wurde.[140] Daß die von Dawes ausgearbeiteten Vorschläge zu einer wirtschaftlichen und damit auch politischen Stabilisierung Deutschlands führten und ein erster Schritt zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage waren, erkannte Philipp hingegen nicht an.

Während die Hälfte der DNVP-Abgeordneten durch ihre Zustimmung zum Dawes-Abkommen der schlingernden Republik in ruhigeres Fahrwasser verhalfen, habe laut Philipp die „Dawesspaltung" und die durch sie hervorgerufene „Führerkrisis" die DNVP selbst in eine radikalere Richtung geführt: „Unter Führung der strammen Männer oder Preußenfraktion" sei der Parteivorsitzende Hergt abgelöst und durch Dr. Friedrich Winkler ersetzt worden.[141] Philipps Haltung läßt einmal mehr die innere Zerrissenheit der DNVP, ja, ihrer einzelnen Abgeordneten, erkennen: Der in der konkreten Frage des Dawes-Planes mit dem radikalen Flügel gegen das Abkommen stimmende Philipp bedauerte – dies macht nicht nur das Vokabular an dieser Stelle ganz deutlich –, daß eben diese radikalen Kräfte anschließend in der Partei an Einfluß gewannen! Philipps Einschätzung belegt, daß er bei der Dawes-Problematik die Meinung des rechten Flügels seiner Partei teilte, gleichzeitig jedoch in der Innenpolitik auf Ausgleich und Mitarbeit im Rahmen der Verfassung setzte und auf der gemäßigten Seite des innerparteilichen Meinungsspektrums stand. Spinnt man seinen Gedanken über die Auswirkung der „Dawesspaltung" auf die DNVP fort, so hätte seiner Meinung nach wohl die Partei möglichst geschlossen gegen das außenpolitische Abkommen stimmen müssen, um in der Innenpolitik auf gemäßigtem Kurs bleiben zu können.

Die Reichstagswahlen vom Dezember 1924 und die erste Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen im Januar 1925:

Obwohl der als gemäßigt geltende Hergt abgelöst worden war, kam es bald nach der Spaltung in der Dawes-Frage zur ersten Regierungsbeteiligung der DNVP. In dem Maße nämlich, in dem sich die Republik festigte, wuchs der Druck der hinter der DNVP stehenden ‚pressure-groups': Landwirtschaft, Industrie und Handwerk drängten auf eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien der Mitte, „um durch Teilhabe an der Macht stärkeren Einfluß auf den wirtschaftlichen Verteilungskampf nehmen zu können."[142]

Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 konnte die DNVP ihr Ergebnis der Maiwahlen (19,5%) mit 20,5% noch einmal leicht verbessern. Die Partei war nun bei der Regierungsbildung praktisch nicht mehr zu übergehen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich im Januar 1925 die sogenannte „Bürger-

---

[140] Vgl. PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 18 ff.
[141] DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 149.
[142] KOLB, Weimarer Republik (wie Anm. 5), S. 75.

block"-Regierung unter dem parteilosen bisherigen Finanzminister Hans Luther gebildet. Neben den Deutschnationalen waren daran das Zentrum, die BVP und die DVP beteiligt.[143]

Philipp begrüßte die Regierungsbeteiligung seiner Partei: „Zeitweise Mitverantwortung bei der Staatsführung trotz nur halber Erfolge", so der Untertitel des Kapitels über die Jahre 1924–1928, „erschien mir besser als dauernde verantwortungslose Opposition mit ganzen Mißerfolgen."[144] Diese Aussage macht einmal mehr deutlich, daß Philipp zum innenpolitisch gemäßigten, die Republik nicht grundsätzlich ablehnenden Flügel der DNVP gehörte: „Rücksicht auf Koalitionsgenossen und auf führende Persönlichkeiten nötigten zu freundlicheren Umgangsformen in Wort und Schrift und zu mehr Achtung als bisher vor den Einrichtungen des Staates von Weimar und seinen Sinnbildern." Die mit dem Eintritt in die Regierung verbundene Schwächung der radikalen Deutschnationalen hob Philipp besonders hervor: „Den Gladiatoren der Partei, die im Kampfe mit der Straße gewohnt waren, draufloszuschlagen, mußten Zügel angelegt werden. Die alten Walzen mit den üblichen Feld-, Wald- und Wiesenreden durften nicht mehr weiter laufen". Philipp war gleichwohl klar, daß nun unbefriedigende Kompromisse bevorstanden, „doch mußte auf dem nun einmal eingeschlagenen Wege steter sachlicher Arbeit weiter marschiert werden."[145]

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten:

Die Deutschnationalen waren kaum in der Regierung, da verstarb am 28. Februar 1925 Reichspräsident Friedrich Ebert im Alter von nur 54 Jahren. Es waren wohl nicht zuletzt die dauernden Angriffe von der politischen Rechten gewesen, die ihn psychisch und physisch sehr geschwächt hatten. Eberts Nachfolger wurde der in weiten Teilen der Bevölkerung als Weltkriegs-Held verehrte Paul von Hindenburg, der sich bei seinen wenigen Wahlveranstaltungen meist in Feldherrenuniform präsentierte.[146] Die Wahl Hindenburgs wurde zu einer tiefen Zäsur, in den Worten Philipps zu einem „Wendepunkt in der deutschen Geschichte".[147]

Philipp gehörte zu jenen Deutschnationalen, die zwar politisch in eindeutiger Gegnerschaft zu Ebert standen, aber dennoch die persönliche Leistung des ersten Staatsoberhauptes der deutschen Republik zu würdigen wußten. Deutlich übte Philipp in seinen Erinnerungen Kritik an den auch und besonders von den eigenen Parteifreunden geführten, oft von Haß geprägten Attacken gegen den früheren Sattler, der es bis zum Ersten Mann im Staate gebracht hatte: „War die politische Gegnerschaft zu ihm berechtigte Selbstverständlichkeit, so gingen die oft wenig schönen persönlichen Verunglimpfungen untergeordneter Stellen vielfach weit

---

143 Zur Regierungsbildung und zur Rolle der DNVP vgl. im einzelnen DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 83 ff.

144 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 151.

145 Ebd., S. 160.

146 Vgl. DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 127.

147 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 165.

über das Maß des Zulässigen hinaus. Die veraltete Vorstellung, daß ein Mann, der von unten kam, nicht in der Lage sein würde, das höchste staatliche Amt erfolgreich auszuüben, spukte noch in den Köpfen vieler Rechtsstehender herum und trübte ihren Blick für ein sachliches Urteil."[148]

Philipps ausgewogenen Worte über Ebert ändern freilich nichts daran, daß er die Wahl Hindenburgs begeistert begrüßte. Der Feldmarschall wurde für Philipp „zum Sinnbild der überparteilichen Einigung der beiden Deutschland, die sich bisher so heftig bekämpft hatten."[149] Die Vereidigung des von vielen gleichsam als Ersatzkaiser betrachteten Heerführers auf die Weimarer Verfassung band Philipp ebenso wie viele andere Konservative enger an die Republik: „Die Wahl eines Monarchisten zum Präsidenten der Republik machte den republikanischen Staat für viele Nationalisten hoffähig".[150] Zu dieser Gruppe der politischen Rechten gehörte auch Philipp, der ja ohnehin, wie nicht zuletzt sein Urteil über die Regierungsbeteiligung der DNVP 1925 zeigte, zur konstruktiven Mitarbeit in der Republik bereit war. Damit gab er aber zugleich jenen Vertretern des rechten Flügels der DNVP recht, die gegen die Kandidatur Hindenburgs gewesen waren, weil sie befürchteten, der Kampf der Partei gegen das parlamentarische System könnte danach nicht mehr so konsequent wie zuvor geführt werden.[151]

Das Abkommen von Locarno und das Ausscheiden der Deutschnationalen aus der Regierung Luther:

Das Dilemma zwischen innenpolitischer Verständigungsbereitschaft und außenpolitischer Unnachgiebigkeit den ehemaligen Kriegsgegnern gegenüber, der „Zwiespalt zwischen der deutschnationalen Außen- und Innenpolitik",[152] zeigte sich wie zuvor beim Dawes-Plan mit schonungsloser Klarheit auch in der Frage des Locarno-Paktes 1925 – diesmal sogar noch mehr, da die Partei ja an der Regierung beteiligt war.

Schon im März startete Außenminister Gustav Stresemann eine diplomatische Offensive und schlug einen Sicherheitspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien vor, der von Großbritannien und Italien überwacht werden sollte. Die Signatare sollten künftig auf jede gewaltsame Revision der bestehenden Grenzen verzichten. Wegen ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Abkommen mit den Siegermächten, die auf der Basis des Versailler Vertrages abgeschlossen wurden, konnte die DNVP im Grunde nur gegen den Sicherheitspakt sein, der ihr darüber

---

148 Ebd., S. 160. Winkler weist jedoch darauf hin, daß es eine Reihe von Nachrufen auf Ebert gegeben habe, u. a. den auch von den deutschnationalen Kabinettsmitgliedern unterzeichneten Nachruf der Reichsregierung, die wie „Versuche einer posthumen Wiedergutmachung" gewirkt hätten; vgl. WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 277.

149 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 165.

150 DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 133.

151 Vgl. Ebd., S. 125, 132 f.; Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, hrsg. von HERMANN WEISS/PAUL HOSER, München 1989, S. 14.

152 PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 21.

hinaus plötzlich und überraschend vorgelegt wurde. Die Ablehnung war um so mehr programmiert, als der Pakt u. a. die Anerkennung des Verzichts auf Elsaß-Lothringen einschloß. Die Parteiführung wollte jedoch die Regierung, in die die DNVP endlich gelangt war, nicht sofort wieder verlassen.[153] Widerwillig stimmte sie deshalb der Fortführung der Verhandlungen zu.

Nicht zuletzt innenpolitische Erwägungen waren bei dieser außenpolitischen Entscheidung maßgebend. So standen einige bedeutsame wirtschaftspolitische Entscheidungen an, auf welche die DNVP unbedingt Einfluß nehmen wollte. Außerdem stand die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar bevor. Die Deutschnationalen aber wollten alles verhindern, was eine Sammlung der deutschen Rechten hinter einem gemeinsamen Kandidaten verhindern konnte.[154]

Die Politik der Reichstagsfraktion, angeführt vom damaligen Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp und dem Innenminister im Kabinett Luther, Schiele, lief auf eine Verzögerungstaktik hinaus. Ziel war es, so lange wie möglich in der Regierung zu bleiben, um die in der Innenpolitik angestrebten Ziele zu erreichen und gleichzeitig auf den entstehenden Sicherheitspakt Einfluß im deutschnationalen Sinne auszuüben, nach Möglichkeit ihn sogar scheitern zu lassen. Erst bei einem sich deutlich abzeichnenden Mißlingen, die „eigenmächtigen Machenschaften Stresemanns“[155] zu blockieren, sollte die Koalition verlassen werden, so spät es eben ging.[156] Zumindest was die außenpolitische Komponente dieser Taktik anging, den Verbleib in der Regierung, um Einfluß auf den Sicherheitspakt zu nehmen, wurde dieses Vorgehen auch von Philipp unterstützt.[157]

Schließlich scheiterte die Taktik der Fraktion jedoch an den ganz anderen Absichten der Parteibasis. Diese machte nämlich in immer stärkerem Maße Front gegen die eigenen Parlamentarier und verlangte eine eindeutig ablehnende Politik in bezug auf den Sicherheitspakt.[158] Einzelne Landesverbände drohten gar mit ihrem Austritt aus der Partei, sollte die Fraktion nicht dem Drängen der Basis nachgeben.[159] Am 23. Oktober 1925 tagte in Berlin eine Delegiertenkonferenz der DNVP, von der ein solcher Druck auf die Fraktion ausgeübt wurde, daß am 25. Oktober die deutschnationalen Minister das Kabinett verlassen mußten. Die erste Beteiligung der Deutschnationalen an einer republikanischen Regierung war beendet, ‚Locarno‘ aber nicht verhindert, sondern von der Regierung schließlich gemeinsam mit den Sozialdemokraten verwirklicht.

Philipp kritisierte das Verhalten der von der „Preußenfraktion“[160] beherrschten Parteidelegierten scharf: „Hätten diese unverantwortlichen Politiker den deutsch-

---

153 Vgl. Hiller von Gaertringen, DNVP (wie Anm. 70), S. 177.
154 Vgl. Dörr, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 110, 142.
155 So das harte Urteil Philipps; Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 183.
156 Vgl. Dörr, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 137.
157 Vgl. Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 183.
158 Vgl. Dörr, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 139 f.
159 Vgl. Ebd., S. 159.
160 Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 186; Ders., Bilanz (wie Anm. 15), S. 20.

nationalen Ministern und Abgeordneten freie Hand gelassen, wäre die Entscheidung über das ‚Ja' oder ‚Nein' zum Werke von Locarno bis zur letzten Minute verzögert worden, um inzwischen weitere Zugeständnisse […] zu ermöglichen."[161] Die DNVP sei „leider zu früh" aus der Regierung ausgetreten.[162]

Philipps Haltung in der Locarno-Frage erscheint alles in allem zweideutig. Einerseits beklagte er, daß innenpolitische Erwägungen die Außenpolitik der Partei beeinflußt und damit das Primat der Außenpolitik untergraben hätten.[163] Schonungslos kritisierte er zugleich die Schwäche der Partei, der bei der Regierungsbeteiligung 1925 nur zwei Möglichkeiten geblieben seien: Entweder wieder aus der Regierung auszutreten oder sich in der Außenpolitik erneut – wie schon 1924 – unterzuordnen. Andererseits hielt er der DNVP vor, ihr habe die nötige „Biegsamkeit" gefehlt, um außenpolitische Erfolge zu erzielen. Einen Ausweg aus dem Dilemma zeigte Philipp aber auch rückblickend nicht auf. Im Gegenteil: Mit seiner Einschätzung belegt er vielmehr, daß er gleichsam Teil des Dilemmas war. Nach dem Abschluß des Locarnopaktes, der nun „als zunächst unabänderliche Tatsache hingenommen werden mußte", sei erneut der Zeitpunkt gekommen, „zu dem die Deutschnationalen wieder mit der Forderung auf Regierungsbeteiligung hervortreten konnten, ohne mit der Schuld an den geschehenen außenpolitischen Bindungen belastet zu sein."[164] An anderer Stelle heißt es dann aber im Hinblick auf die Bildung des vierten Kabinetts Marx 1927, als Locarno nachträglich auch von den Deutschnationalen als „‚bindendes Recht'" anerkannt wurde, die Partei habe einen schwer vermittelbaren „Zickzackkurs" gesteuert. Einen konstruktiven Beitrag zur Außenpolitik seiner Partei zu leisten war Philipp aber nicht in der Lage, und auch in der Retrospektive blieb ihm nicht viel mehr, als ihren – und damit auch seinen eigenen – Zwiespalt zu konstatieren.

Die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen 1927–1928:

Nach dem Ausscheiden der DNVP aus der Regierung im Oktober 1925 gab es im Jahr darauf zwei bürgerliche Minderheitskabinette, zunächst unter Reichskanzler Luther, dann unter Marx. Doch auf Dauer war eine Erweiterung der Regierung erforderlich, um zu mehr politischer Stabilität zu kommen. So entstand schließlich im Januar 1927 unter Einbeziehung der DNVP und unter der Kanzlerschaft von Marx der zweite ‚Bürgerblock'.[165] Doch auch diese Regierung war von Anfang an brüchig und währte gerade einmal ein Jahr: Im Februar 1928 fiel sie schon wieder auseinander. Philipp hob jedoch hervor, daß keine der vorangegangenen Regierungen so lange gehalten habe. Er sah darin einen Beleg dafür, „daß im

---

161 Ders., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 183 f.
162 Ders., Bilanz (wie Anm. 15), S. 20.
163 Vgl. Ebd., S. 21.
164 Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 185.
165 Die bereits erwähnte Zwischenüberschrift macht deutlich, daß Philipp auch die zweite Regierungsbeteiligung seiner Partei guthieß.

Deutschland des parlamentarischen Systems von Weimar eine Rechtsregierung immer noch am ehesten geeignet war, feste Verhältnisse zu schaffen".[166]

Das Jahr, in dem die DNVP an der Regierung beteiligt war, wird in den Erinnerungen Philipps sehr knapp behandelt. Dies bestätigt den Eindruck Hiller von Gaertringens, daß, wer damals die Regierungsarbeit der Deutschnationalen verfolgte, ihren Beitrag „nur als den einer ‚normalen' Regierungspartei einstufen" konnte.[167] Sebastian Haffner formulierte über diese Zeit, die Mitte der Zwanziger Jahre, pointiert: „Manchmal gab es einen Regierungswechsel, manchmal regierten die Rechtsparteien, manchmal die Linksparteien. Man merkte keinen großen Unterschied. Immer hieß der Außenminister Gustav Stresemann."[168]

Lediglich zwei Gesetzesvorhaben ragten 1927 aus Sicht der DNVP heraus: Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes und das Reichsschulgesetz. Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes wurde von den Deutschnationalen mitgetragen, obwohl sie 1922 scharf gegen dieses Gesetz gekämpft hatten, das nach den Morden an Rathenau und Erzberger vor allem der Eindämmung des terroristischen Rechtsextremismus dienen sollte. Besonders die Zustimmung zum § 23 des Gesetzes machte der DNVP 1927 schwer zu schaffen: Der Paragraph regelte, daß eine – damals keineswegs unmittelbar bevorstehende – Rückkehr Wilhelms II. aus dem Exil in Holland der Genehmigung der Regierung bedürfe. Diesem Paragraphen zuzustimmen, mußte einer Partei, die noch immer die Monarchie auf ihren Fahnen trug, schwerfallen. Um die Koalition nicht sofort wieder scheitern zu lassen, stimmte die Fraktion jedoch im Mai 1927 dem Gesetz zu.[169] Aus den Erinnerungen Philipps geht nicht hervor, wie er persönlich zum Republikschutzgesetz stand. Er hob lediglich die Besonderheit hervor, daß DNVP und Sozialdemokraten „– wenn auch sichtbar widerwillig – eine gemeinsame Front zur Annahme der Vorlage bildeten."[170]

Anlaß des Auseinanderbrechens der Regierung war dann der Streit um ein vom deutschnationalen Innenminister von Keudell vorgelegtes Schulgesetz, das beim Koalitionspartner DVP auf scharfen Widerspruch stieß. Mit dem Scheitern der Regierung Marx im Februar 1928 hatte der Kurs der Annäherung der DNVP an die Weimarer Republik ihr Ende gefunden. Mit der nun bevorstehenden Übernahme der Parteiführung durch Alfred Hugenberg zeichnete sich ab, daß die Deutschnationalen in die Totalopposition zur Weimarer Republik gehen würden.

Die Übernahme des Parteivorsitzes durch Alfred Hugenberg 1928:

Die Niederlage bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 bereitete Hugenberg den Weg. Die DNVP mußte schwere Verluste hinnehmen: Von 20,5 Prozent der

166 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 208.

167 HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 177.

168 SEBASTIAN HAFFNER, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart, München ^{4}2000, S. 68.

169 Vgl. hierzu DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 303 ff.; HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 177 f.

170 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 202.

Stimmen fiel sie auf 14,2 Prozent zurück. In der Auseinandersetzung um die Gründe der Niederlage zeigte sich, daß die DNVP auch nach zehn Jahren nicht zu einer politischen Einheit zusammengewachsen war. Nach wie vor war nicht klar, ob sie eine Partei der grundsätzlichen und unerbittlichen Opposition war oder eine Partei, die zur Mitarbeit im Staat von Weimar bereit war. Das hatten auch die Wähler gespürt. Der grundlegende innerparteiliche Konflikt mußte nun endlich ausgetragen werden.

Eine erste Entladung des aufgestauten Konfliktpotentials erfolgte in der sogenannten Lambach-Affäre. Walter Lambach, Abgeordneter der DNVP und zugleich Vorsitzender des einflußreichen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, hatte in einem vielbeachteten Aufsatz im Juni 1928 die Forderung erhoben, die Restauration der Monarchie nicht mehr als ein die Partei verpflichtendes Ziel zu betrachten, wie das bis dahin weitgehend unangefochten der Fall gewesen war. Dies hatte zu einem entsetzten Aufschrei des rechten Parteiflügels geführt, der Lambach aus der Partei ausschließen wollte.[171] Philipps Haltung zum Fall Lambach, der ja nur exemplarisch für das Problem der DNVP war, zwischen monarchischer Sehnsucht und republikanischer Realität unsicher zu schwanken, geht aus den Memoiren nicht klar hervor. Ein gewisses Mißtrauen dem zum linken Parteiflügel gehörenden Lambach gegenüber wird man Philipp unterstellen können; Lambach sei, schrieb Philipp, „als überzeugter Gewerkschafter oft ein unbequemer Fraktionsgenosse“ gewesen.[172] Eindeutig verurteilte Philipp jedoch die „Wühlarbeit“ Hugenbergs gegen Abgeordnete, die ihm „und seinem Klüngel“ nicht „genehm waren oder von diesem als parteischädlich betrachtet wurden.“ Er bezeichnete Hugenberg als einen „stets im Hintergrunde bleibenden Drahtzieher[s]“, der nicht zuletzt seine Finanzgewalt eingesetzt habe, um die DNVP in seinen Griff zu bekommen.[173]

Die sich an die Lambach-Affäre anschließende parteiinterne Debatte mündete schnell in eine Auseinandersetzung um die Führung der DNVP. Der gemäßigte Graf Westarp wurde zunehmend von rechts unter Druck gesetzt; „immer mehr kam die schärfere Richtung der Fraktion zu Worte und sammelte in der verantwortungslosen Rolle oppositioneller Kritik rednerische Lorbeeren.“[174] Am 20. Oktober hatte der ‚Pressezar‘ sein Ziel erreicht: Alfred Hugenberg wurde zum Parteivorsitzenden gewählt. Philipp selbst gehörte zu jenen, die für eine Wiederwahl von Oskar Hergt zum Parteivorsitzenden eintraten. Hergt, von 1919–1924 erster Vorsitzender, war der Kandidat des gemäßigten Flügels um Westarp.[175] Hugenberg setzte sich jedoch durch, stellte seine Partei sofort vor die Frage: „Block oder Brei“[176] und entschied selbst für den „Block“: Die DNVP sollte unter seiner

171 Vgl. CHANADY, Disintegration (wie Anm. 82), S. 82 f.
172 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 284.
173 Ebd.
174 Ebd., S. 282.
175 Vgl. Ebd., S. 286.
176 Zit. nach HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP, in: Das Ende der Parteien (wie Anm. 82), S. 546.

Führung eisern Fundamentalopposition betreiben. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes wurde auch nach außen dokumentiert, was Kenner der politischen Szenerie schon seit der Gründung der DNVP wußten: wie stark nämlich der Einfluß Hugenbergs auf die Geschicke der Partei war.[177] Auch Philipp war nicht verborgen geblieben, daß Hugenberg schon ab 1919, vor allem auf finanziellem Wege, Einfluß auf die DNVP genommen hatte. Sein retrospektives Urteil über Hugenberg fiel eindeutig aus: Dieser habe sich „immer unrettbarer in einen wilden Kampf gegen das herrschende System" verstrickt, „das er als ‚halbsozialistisch, überbürokratisiert und lebensunfähig' bezeichnete." Diese Kritik erachtete Philipp an sich für berechtigt, sah aber, daß Hugenberg letztlich keine wirkliche Alternative zu bieten hatte und sich im Grunde in erbarmungsloser und destruktiver Kritik erschöpfte.[178] Philipp verkannte auch nicht, daß Hugenberg dazu beitrug, Hitler den Weg zur Macht zu ebnen: „Hugenberg, der Urvater all der verschiedenen Pläne, durch Diktatur das Vaterland zu retten, wurde schließlich zum Handlanger Hitlers und damit zum Totengräber der von ihm mit so großen Hoffnungen mitgegründeten, finanzierten, schließlich allein geführten und durch ihn gespaltenen Deutschnationalen Volkspartei."[179]

Philipp gehörte also nicht zum Hugenberg-Flügel der DNVP und ahnte schon vor der Reichstagswahl im Mai 1928, daß diese wohl seine letzte Wahlperiode einleiten würde. Nur über eine „deutschnationale Landliste" gelangte er noch einmal in den Reichstag, wo er sich, weil er nicht auf der eigentlichen Parteiliste gewählt worden war, „in den Augen mancher Fraktionsgenossen" als „solcher minderen Grades" fühlte.

Der Young-Plan und das Auseinanderbrechen der Deutschnationalen 1929/30:

Die nächste große außenpolitische Streitfrage führte schließlich, man muß fast sagen: folgerichtig, zur Spaltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Es ging dabei um die Revision des Dawes-Planes durch den Young-Plan.

Alles in allem brachte der Young-Plan für Deutschland deutliche Erleichterungen. „Die deutsche Rechte" wollte jedoch, so Heinrich August Winkler, „die Erfolge nicht wahrhaben, die die Reichsregierung in Paris und Den Haag errungen hatte."[180] Ihre Ablehnung des Übereinkommens stand von vornherein fest. Für Hugenberg wurde der Young-Plan zur Gelegenheit, in einem Kreuzzug nicht nur gegen die Reparationspolitik, sondern gegen die Republik an sich zu Felde zu ziehen. Am 9. Juli 1929 wurde in Berlin der „Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren" gebildet, in dem neben Alldeutschem Verband, Stahlhelm und Adolf Hitlers NSDAP auch die DNVP unter ihrem ‚Führer' Hugenberg vertreten war.

---

177 Vgl. hierzu HEIDRUN HOLZBACH, Das „System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 102 ff.

178 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 194.

179 PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 22.

180 WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 349.

In einer Erklärung des Reichsausschusses wurde das deutsche Volk zum Kampf gegen den Young-Plan und die ‚Kriegsschuldlüge' aufgerufen. Ein Volksbegehren gegen den Young-Plan wurde angekündigt.

Philipp war zwar wegen Zweifeln an seiner Erfüllbarkeit mit Hugenberg der Meinung, daß der Young-Plan abzulehnen sei. Das gemeinsame Volksbegehren von DNVP und NSDAP sah er jedoch kritisch: „Das war der entscheidende Stichtag für die bald so verhängnisvoll werdende Verbindung Hugenbergs mit Hitler." Im nachhinein will er auch vor der Überschätzung Hugenbergs und der DNVP gewarnt haben: „Wenn ich darauf hinwies, daß die Nationalsozialisten zufolge ihrer gewaltigen, immer weiter wachsenden Stimmenzahl sich kaum einer anderen Führung als der Hitlers unterordnen würden, stieß ich bei den leidenschaftlich erregten Hugenbergianern auf schroffen Widerspruch." Die weitere Entwicklung habe ihm indes Recht gegeben, denn die Art, wie die Kampagne für das Volksbegehren geführt wurde, habe gezeigt, so Philipp in spöttischem Ton, „daß der große Führer Hugenberg zum Mitläufer Hitlers wurde."[181] Im übrigen sei das Volksbegehren bzw. der diesem folgende Volksentscheid von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Man hätte besser, so Philipp, die Möglichkeiten zu nutzen versucht, die „Mittelparteien" mit in die Front gegen das Abkommen hineinzuziehen.[182] Dazu kam es jedoch nicht.

Die polarisierende Wirkung des sogenannten „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes", das mit dem Volksbegehren eingebracht werden sollte, war vor allem in seinem § 4 begründet. Dort hieß es: „Reichskanzler und Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 StGB vorgesehenen Strafen."[183] Das bedeutete: Landesverrat, der mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bedroht war. In einer ersten Fassung des § 4 war sogar Hindenburg, Symbolfigur der Rechten und seit 1924 Ehrenmitglied des an der Vorbereitung des Volksbegehrens beteiligten ‚Stahlhelms', in die Strafandrohung eingeschlossen gewesen; nur „mit Mühe gelang es […] den Deutschnationalen, durch eine Neufassung des § 4 wenigstens den Reichspräsidenten aus der Reihe der Personen auszuschalten, denen bei Unterzeichnung des Youngplanes eine Bestrafung wegen Landesverrats angedroht wurde."[184]

Das Volksbegehren nahm denkbar knapp die von der Verfassung aufgestellte Hürde: 10,02% der Stimmberechtigten hatten sich eingetragen, nur 0,2% mehr als erforderlich. Dennoch mußte sich nun der Reichstag mit dem ‚Freiheitsgesetz' beschäftigen, was Ende November 1929 geschah. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde der Gesetzentwurf abgelehnt. Der sich am 22. Dezember anschließende Volksentscheid unterstrich das Scheitern des Reichsausschusses: Nur 5,8 Millionen statt der erforderlichen 21 Millionen stimmten für das ‚Freiheitsgesetz'.

---

[181] Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 290.
[182] Ebd., S. 289 f.
[183] Zit. nach Winkler, Weimar (wie Anm. 87), S. 355.
[184] Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 290.

Für die Republik waren die Folgen jedoch desaströs: Hitler war nun als Bündnispartner der etablierten Rechten anerkannt und erhielt Zugang zu deren Geldmitteln. Der weitere Aufstieg der NSDAP wurde so befördert.[185] Die DNVP aber wurde in der Auseinandersetzung um das Freiheitsgesetz auseinandergerissen.

Bei der Abstimmung kam es nämlich zum Eklat: Von den 72 Abgeordneten der DNVP hatten nur 53 für den umstrittenen § 4 gestimmt – eine immerhin beträchtliche Minderheit der Fraktion hatte sich also dem Führungsanspruch Hugenbergs entgegengestellt. Zwölf Abgeordnete, überwiegend Repräsentanten des christlich-sozialen Arbeitnehmerflügels der Partei, schieden Anfang Dezember aus der Reichstagsfraktion aus und bildeten die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft. Graf Westarp legte den Vorsitz der DNVP-Fraktion nieder, sein Nachfolger wurde der Hugenberg-Anhänger Dr. Ernst Oberfohren: Hugenberg übernahm also immer mehr die uneingeschränkte Führung der Partei. Diese schrumpfte dabei jedoch. Man könnte auch sagen: Je kleiner die DNVP wurde, desto besser bekam Hugenberg sie in den Griff, bzw. je besser Hugenberg sie in den Griff bekam, desto kleiner wurde sie! Die Gegner Hugenbergs brachten diesen Sachverhalt auf die spöttische und treffende Formel: „durch Reinheit zur Kleinheit".[186]

Albrecht Philipp nahm in der Frage des ‚Freiheitsgesetzes' eine unklare Rolle ein. Weil er krank war, konnte er an der Abstimmung im Reichstag nicht teilnehmen. Er teilte aber nach Berlin mit, daß er im Falle seiner Anwesenheit für das Gesetz, also mit dem Hugenberg-Flügel stimmen würde. Allerdings nahm er für sich in Anspruch, daß er sein Urteil überdacht hätte, wenn er die „neuesten Vorgänge in Berlin" gekannt hätte. Was damit im einzelnen gemeint war, bleibt jedoch unklar: „Ich gebe […] zu, daß ich gegen den § 4 schwere Bedenken hatte und wahrscheinlich, wenn es mir möglich gewesen wäre, an der entscheidenden Reichstagssitzung teilzunehmen, mich der Gruppe Hergt – Schiele angeschlossen hätte."[187] Wieder einmal wird Philipps Gespaltenheit in außenpolitischen Angelegenheiten deutlich. Darin war er ganz Repräsentant seiner Partei bzw. jenes ihrer Flügel, der grundsätzlich für die Übernahme von Verantwortung in der Republik eintrat. Einerseits hielt ihn seine nationalistische Grundeinstellung dazu an, den Young-Plan abzulehnen.[188] Andererseits widerstrebte ihm auch der Kampf Hugenbergs an der Seite Hitlers gegen die Republik als Ganzes, und er behauptete, es sei ihm klar gewesen, daß die „Gewinner der ganzen verfehlten Youngkampagne" die Nationalsozialisten waren.

Mit dem Ausscheiden von zwölf Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion war die durch Hugenbergs polarisierenden Kurs ausgelöste Sezessionsbewegung von der DNVP noch nicht abgeschlossen. Im März 1930 wurde das Kabinett Brüning gebildet, und Hugenberg sah sich bald vor die Frage gestellt, ob er bei seiner Ob-

---

185 Vgl. WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 356.

186 HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 181.

187 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 293.

188 Nach Chanady war diese Haltung besonders bei den Vertretern agrarischer Interessen in der DNVP weit verbreitet; vgl. CHANADY, Disintegration (wie Anm. 82), S. 85.

struktionspolitik bleiben sollte, obwohl die Regierung, zu der der bisherige deutschnationale Politiker Schiele gehörte, einige agrarpolitische Maßnahmen durchführen wollte, die den Forderungen der DNVP entsprachen. Nach anfänglichem Zögern kehrte Hugenberg aber zu seiner kompromißlosen Haltung zurück. So forcierte er die Sprengung der Reichstagsfraktion.[189]

Am 14. April stimmte deren Mehrheit für Brünings Steuervorlagen und das damit untrennbar verbundene Agrar- und Osthilfeprogramm, also gegen den Willen Hugenbergs. Dieser reagierte entsprechend empört und ließ den ihm ergebenen Parteivorstand mit Vier-Fünftel-Mehrheit das Verhalten der Fraktionsmehrheit mißbilligen. Die Partei wurde auf einen strikt systemoppositionellen Kurs festgelegt, von dem abzuweichen allein mehr Hugenberg entscheiden durfte. Diese parteiinterne Diktatur mitzumachen waren die sogenannten „Westarpiten", zu denen auch Philipp sich zählte,[190] nicht bereit. Am 2. Mai erklärten 28 Abgeordnete, für sich auch in Zukunft die volle Entscheidungsfreiheit in Anspruch nehmen zu wollen, unter ihnen Albrecht Philipp. Bald darauf, am 18. Juli, kam es im Parlament über der Frage der Aufhebung Brüningscher Notverordnungen in der Finanzpolitik zur „endgültige[n] Sprengung der Deutschnationalen Volkspartei" und ihrer Reichstagsfraktion – diesmal in zwei etwa gleich große Hälften.[191]

Albrecht Philipp stimmte mit dem Westarp-Flügel gegen den Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Notverordnungen Brünings aufzuheben. Dieser Antrag wurde vom Hugenberg-Flügel und den Nationalsozialisten aus taktischen Gründen unterstützt. Die gemäßigten Deutschnationalen wollten jedoch der bürgerlichen Regierung eine Bewährungschance geben. Philipp zitierte aus der Reichstagsrede des Grafen Westarp, um seinen Standpunkt zu erläutern. „Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber", so der Graf, „glauben aber, dieser Regierung, die auf vielen Gebieten mit Reformarbeit begonnen hat, noch eine Frist zur Überwindung der schweren, in kurzer Zeit überhaupt nicht zu behebenden wirtschaftlichen Nöte […] einräumen zu müssen. Die wirtschaftliche Not erfordert eine stabile Regierung und verträgt keine weitere Erschütterung durch Regierungskrisen und Wahlkämpfe."[192] Die ‚Westarpiten' erreichten ihr Ziel jedoch nicht; die Notverordnungen wurden mit 236 gegen 221 Stimmen aufgehoben, der Reichstag daraufhin aufgelöst. Die von Philipp nach der Abstimmung erklärte Auflösung seiner „Fraktionsgemeinschaft mit der Deutsch-Nationalen [sic!] Volkspartei"[193] war insofern obsolet: Seine politische

---

189 Vgl. hierzu Hiller von Gaertringen, DNVP (wie Anm. 70), S. 180 f.; Ders., DNVP, in: Das Ende der Parteien (wie Anm. 82), S. 549 f.

190 Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 299 ff., Zitat S. 301.

191 Vgl. Ebd., S. 301; Hiller von Gaertringen, DNVP, in: Das Ende der Parteien (wie Anm. 82), S. 551 ff.

192 Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 300 f.

193 SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp, Nr.24, Entwurf einer Erklärung zum Abdruck im „Erzgebirgischen Landwirt" vom 19. 7. 1930.

Karriere war ohnehin an ihrem Ende. Als Mann jenes Parteiflügels, der Hugenberg nicht bedingungslos zu folgen bereit war, hatte er keine Aussicht, noch einmal für die DNVP in den Reichstag zurückzukehren.

In seinem „Versuch einer parteipolitischen Bilanz" zog Philipp später ein nüchternes Fazit der kurzen Geschichte seiner Partei: „Überblickt man die Tätigkeit der Deutschnationalen in der Zeit des Bestehens ihrer Partei von 1918 bis 1933, so kann man wohl sagen, daß die auf sie gesetzten Hoffnungen zum großen Teile nicht erfüllt werden konnten."[194]

Albrecht Philipp und der Parlamentarische Untersuchungsausschuß über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs (1919–1928)

Fast während seiner gesamten Zeit als Reichstagsabgeordneter war Albrecht Philipp Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuldfragen bzw. Mitglied in dessen weitgehend autonomem Vierten Unterausschuß über „Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918". Zwischen 1925 und 1928 war er sogar Vorsitzender dieses Unterausschusses. Philipp berichtete, er habe den „größten Teil" seiner Arbeitskraft zwischen 1919 und 1930 dieser Aufgabe gewidmet, die ihm als ausgebildetem Historiker natürlich sehr entgegenkam. Nicht nur in seinen Memoiren ging Philipp auf den Untersuchungsausschuß ein. Schon früher hatte er in mehreren Schriften über die Arbeit des Ausschusses berichtet.[195] Zudem war er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender Herausgeber der umfangreichen Schriftenreihe des Vierten Unterausschusses. In diesen Veröffentlichungen sah Philipp selbst die „vielleicht […] bleibendste Leistung aus meiner Abgeordnetenzeit".[196]

Ursprünglich war vom sozialdemokratischen Justizminister Landsberg im März 1919 ein Staatsgerichtshof „zur Erforschung von Vorgängen vor und in dem Weltkrieg" geplant, von dem die „‚Kriegsschuldigen' mit den Mitteln der politischen Justiz" verfolgt werden sollten.[197] Von diesem – natürlich sehr umstrittenen und gerade, aber nicht nur, von den Deutschnationalen abgelehnten[198] – Vorhaben ging man jedoch schnell ab. Die Parlamentsmehrheit verständigte sich statt dessen, gegen die Stimmen von DNVP und DVP, auf die Einsetzung eines Unter-

---

194 PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 37.

195 Philipp zählt diese Schriften in seinen Memoiren auf; vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 216 f.

196 Ebd., S. 216. Nicht ohne Stolz hatte Philipp in einer Publikation schon 1925 darauf hingewiesen, daß er der einzige Abgeordnete war, der dem Untersuchungsausschuß seit 1919 ununterbrochen angehört hatte; ALBRECHT PHILIPP, Die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918. Die Geschichte einer ‚parlamentarischen Untersuchung' 1919–1925, Berlin 1925, S. 2.

197 ULRICH HEINEMANN, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 59), Göttingen 1983, S. 156.

198 Vgl. PHILIPP, Die Ursachen (wie Anm. 197), S. 8.

suchungsausschusses, der sich mit Vorgeschichte, Verlauf und Ende des Krieges beschäftigen sollte und eine Art „Kriegsschuldkommission des deutschen Parlaments“ darstellte.[199] Der Ausschuß konstituierte sich am 21. August 1919, und nur wenige Wochen später, am 2. Oktober, wurde sein Vierter Unterausschuß gebildet, in dem Philipp dann tätig war.

Aufgabe dieses Gremiums war es, der Frage nachzugehen, wer und welche Umstände für den militärischen und politischen Zusammenbruch des Kaiserreiches im Herbst 1918 verantwortlich gewesen waren. Im Zentrum seiner Untersuchungen stand mithin die ‚Dolchstoßlegende‘, die die kurze Geschichte der Weimarer Republik von ihrer Entstehung 1918 bis zu ihrem Untergang im Sog des Nationalsozialismus überschattete.

War die DNVP auch per se gegen den Untersuchungsausschuß gewesen,[200] so waren die im Vierten Unterausschuß behandelten Fragen immerhin jene, die die Deutschnationalen besonders interessierten. Anneliese Thimme hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Sozialdemokraten vor allem die Frage stellten: „Wer hat das ganze Unglück [den Krieg, R.G.] begonnen?“ Den Konservativen hingegen ging es vor allem darum zu fragen: „Wer hat schuld am Zusammenbruch oder wer hat uns um den Sieg betrogen, […] wer hat schuld, daß wir unsere Herrschaft verloren haben?“[201] Philipp leitete also einen Parlamentsausschuß, der für die Identität gerade der Deutschnationalen von großer Bedeutung war. Es sei dabei freilich „nicht immer leicht“ gewesen, „die Wünsche der deutschnationalen Parteifreunde im Lande wie in der Fraktion zu befriedigen.“[202]

Philipp bemühte sich, seine Tätigkeit im Untersuchungsausschuß in seinen Memoiren als ausgewogen und unparteiisch darzustellen. Er betonte die trotz gegensätzlicher Anschauungen ausgesprochen gute Zusammenarbeit mit dem Sozialdemokraten Dr. Julius Moses, der nach Philipps Angaben beabsichtigt habe, ihm im Plenum des Reichstags für seine Tätigkeit als Ausschußvorsitzender ausdrücklich zu danken. Philipp habe ihm dies ausreden müssen, „denn es gab unter meinen Parteifreunden damals sehr geteilte Meinungen über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses, und ein Lob von links hätte meiner Stellung in der Fraktion und mir bei den bald fälligen Wahlen schaden können.“[203] In der Tat hatte es schon früher Kritik von rechts an Philipps Ausschußführung gegeben, und jene konser-

---

[199] Heinemann, Die verdrängte Niederlage (wie Anm. 198), S. 158. Heinemann berichtet ausführlich über die Entstehung des Ausschusses und seine Arbeitsweise sowie über den Gang der Verhandlungen des Vierten Unterausschusses; ebd. S. 177–191.

[200] Auch Philipp sah im Untersuchungsausschuß ein „Werk“ der „revolutionären Kräfte“. Erst nach und nach sei es dem von ihm geleiteten Unterausschuß gelungen, „auf dem Wege sachlicher gemeinschaftlicher Arbeit sich von den Ereignissen zu distanzieren, denen er seine Entstehung verdankt und damit objektive Forscherarbeit zu leisten.“; Philipp, Die Ursachen (wie Anm. 197), S. 37, 39.

[201] Thimme, Flucht in den Mythos (wie Anm. 74), S. 77.

[202] Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 216.

[203] Ebd., S. 218 f.

vativen Kreise, die ohnehin gegen die Einrichtung des Ausschusses gewesen waren, hatten 1926 nach publikumswirksamen Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann über die Mißstände in der kaiserlichen Marine gegen Kriegsende gefordert: „Schluß mit diesen Untersuchungen!“[204]

Philipp war jedoch – so wie auch Graf Westarp – der Meinung, man müsse sich nun erst recht bemühen, die Untersuchungen zu einem für die Deutschnationalen erträglichen Gesamtergebnis zu führen. Wenn Philipp auch in den Memoiren seine Ausschußführung als wissenschaftlich und unparteiisch darzustellen suchte, so wird doch deutlich, daß er letztlich das ganze Unternehmen mit einem bestimmten Interesse betrieben hatte: Es war ihm um „den Freispruch der Obersten Heeresleitung von der Schuld am deutschen Zusammenbruch und die Ehrenrettung des deutschen Frontheeres“[205] gegangen, und diesen meinte er auch durch die Entschließungen des Untersuchungsausschusses letztlich erreicht zu haben.[206] Voller Stolz verwies Philipp auf die Dankesschreiben, die ihm nach Abschluß der Untersuchungen führende Militärs sandten, darunter auch ein Brief Hindenburgs, der inzwischen Reichspräsident geworden war: „Ich konnte damit zufrieden sein.“[207]

So wundert es nicht, daß ein anderer Abgeordneter, der selbst aus dem bürgerlichen Lager stammte und ursprünglich sogar der DNVP angehört hatte, Philipps Verhandlungsführung ganz anders beurteilte als dieser selbst. Johann Victor Bredt,

---

[204] Ebd., S. 239. Über das Auftreten Dittmanns im Ausschuß, v. a. zu seinen „Enthüllungen und Feststellungen über die Marine im Weltkriege“ vgl. WILHELM DITTMANN, Erinnerungen, bearb. und eingeleitet von Jürgen Rojahn, 3 Bde., Frankfurt, New York 1995, hier Bd. 3, S. 903 ff. Auch Philipp war danach von den Ausführungen Dittmanns erschüttert gewesen; ebd., S. 915.

[205] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 228. Dies wird auch in seiner Broschüre über den Untersuchungsausschuß aus dem Jahr 1925 deutlich. Philipp betont darin, es sei Ziel des Ausschusses gewesen, „die Untersuchung möglichst aus der Tagespolitik herauszuziehen und wissenschaftlich zu gestalten.“ Gleichzeitig unterliefen ihm aber seine Absicht entlarvende Formulierungen. So habe etwa der General von Kuhl „tapfer“ die Oberste Heeresleitung gegen „die Angriffe“ des Sachverständigen Delbrück „in Schutz“ genommen; PHILIPP, Die Ursachen (wie Anm. 197), S. 13, 18. In der Sippengeschichte aus dem Jahr 1938 schrieb Philipp, er habe sich stets bemüht, „die schwere Verantwortung des Marxismus an dem deutschen Unglück 1918 anzuprangern.“; PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 95.

[206] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 228; vgl. auch DERS., Die Ursachen (wie Anm. 197), S. 35: „Mithin lautet das Urteil, das sich aus den parlamentarischen Untersuchungen des 4. Unterausschusses ergibt, in jeder Hinsicht auf Freispruch der O.H.L.“ Der Ausschuß habe, so heißt es an anderer Stelle noch zugespitzt, „die Anerkennung der welthistorischen Leistungen der deutschen Armee im Westen unter Hindenburg und Ludendorff auch durch den Deutschen Reichstag“ gebracht; ebd., S. 40. Heinemann bezeichnet das Urteil, mit dem der Ausschuß nach fast achtjähriger Tätigkeit seine Arbeiten schloß, als ausweichend, weist aber, damit Philipps Einschätzung bestätigend, darauf hin, daß die militärischen Führer des Weltkriegs als rehabilitiert gelten konnten; HEINEMANN, Die verdrängte Niederlage (wie Anm. 198), S. 189 f.

[207] PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 228. Graf Westarp teilte diese Zufriedenheit; vgl. WESTARP, Konservative Politik (wie Anm. 2), S. 523.

der die Wirtschaftspartei im Untersuchungsausschuß repräsentierte, fällte ein ziemlich vernichtendes Urteil: „Vorsitzender des Ausschusses war ein deutschnationaler Studienrat, der sich die größte Mühe gab, die ganzen Verhandlungen in seinem Sinne zu beeinflussen und nur Ergebnisse im deutschnationalen Sinne herauszubringen."[208]

Bredt attestierte Philipp damit eben jene Parteilichkeit, die der Historiker Hans Delbrück, selbst Sachverständiger im Vierten Unterausschuß, als grundlegenden Fehler des gesamten Ausschusses konstatierte. Dessen Anliegen, aufzuklären, sei zwar vollauf berechtigt gewesen. Aber „ein aus allen Parteien zusammengesetztes Kollegium ist darum noch keineswegs unparteiisch. […] Jeder Parlamentarier ist Parteimann." Delbrück gestand zwar zu, daß alles in allem „ein ehrliches Streben nach der Wahrheit" durchaus festzustellen gewesen sei. Aber der Umstand, daß Vertreter der Parteien die Untersuchung durchführten, habe hier gleichsam eine natürliche Grenze gezogen, da die Parteien „auf dieselbe Anklagebank wie die von ihnen vernommenen Zeugen" gehört hätten.[209]

Über diese grundsätzliche Skepsis Delbrücks gegenüber dem Instrument eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines historischen Sachverhaltes mag man durchaus geteilter Meinung sein. Philipp jedenfalls war, bei allem von ihm selbst empfundenen Bemühen um Sachlichkeit und Unparteilichkeit, mit einem klaren, von vornherein feststehenden Erkenntnisinteresse an seine Arbeit gegangen: Er wollte, ganz im Sinne der Parteiräson der DNVP, die Oberste Heeresleitung des Kaiserreiches exkulpieren. So sind seine Ausführungen über die eigene „Sachlichkeit" mit Vorsicht zu betrachten. Tatsächlich war Philipp offenbar das Sprachrohr des Militärs im Untersuchungsausschuß. So berichtete er, daß sich eine Stellungnahme des Generals von Gallwitz im Untersuchungsausschuß erübrigt habe, weil er mit ihm ohnehin die Vorgänge dort laufend besprochen habe.[210]

Gleichwohl sollte man die Energie, mit der er als Ausschußvorsitzender wirkte und die Publikation seiner alle Meinungen umfassenden Verhandlungen, Gutachten und Urkunden betrieb, anerkennen. Die Veröffentlichung der zwölfbändigen Schriftenreihe über „den militärischen und außenpolitischen Zusammenbruch" sowie über „Heimatpolitik und Umsturzbewegung" am Ende des Krieges, die, wie er es formulierte, eine „Fülle von geschichtlichem Quellenstoff"[211] enthält, ist eine nicht zu unterschätzende Leistung. Philipp war sich durchaus darüber im klaren, daß der Ausschuß weniger unumstößliche historische Gewißheit produziert hatte, als vielmehr Material, das selber den Status einer historischen Quelle hat. So

---

[208] Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933 (wie Anm. 80), S. 211 f.

[209] Hans Delbrück, Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 178, Berlin 1919, S. 542–550 , Zitate S. 543 f.

[210] Vgl. Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 227; vgl. auch Philipp, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 95.

[211] Philipp, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 216 f., S. 241.

kann man sich dem Urteil Heinemanns über die Resultate des Vierten Unterausschusses anschließen: Sie seien „für den nachträglichen Betrachter von hohem heuristischen Wert, da sich hier das Spektrum der zeitgenössischen Stellungnahmen zum Zusammenbruch und zur Revolution exemplarisch widerspiegelt."[212]

Albrecht Philipp: Ein Vernunftrepublikaner?

Wie ist Albrecht Philipp im politischen Spektrum der Weimarer Republik und innerhalb seiner Partei, der DNVP, politisch zu verorten? Sind seine Memoiren ein Beispiel für die Entwicklungsgeschichte eines überzeugten Monarchisten zum ‚Vernunftrepublikaner'?

Außenpolitisch gehörte Philipp innerhalb der DNVP zum rechten Flügel. Von seiner Ablehnung des Versailler Vertrages über die Ablehnung des Dawes-Plans und des Locarno-Paktes bis hin zur Ablehnung des Young-Plans zieht sich eine konsequente Linie kompromißlosen Kampfes gegen die von ihm scharf verurteilte „Erfüllungspolitik".[213]

Innenpolitisch gehörte Philipp dagegen zu jenem Teil der DNVP, der sich der konstruktiven Mitarbeit in der Republik nicht verweigerte. Daß beides oft nicht zusammenpaßte, erkannte Philipp zumindest rückblickend sehr klar. Einen Ausweg aus diesem grundsätzlichen Zwiespalt der DNVP vermochte aber auch er nicht aufzuzeigen. Deutlich wird dies bei seinem Verhalten in den großen reparationspolitischen Fragen. So lehnte er zwar Dawes- und Young-Plan ab, bedauerte aber im einen Fall den daraus resultierenden Machtzuwachs der radikaloppositionellen Kräfte in der DNVP, im anderen das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten im Rahmen des Volksbegehrens. So konnte Philipp zwar für sich in Anspruch nehmen, nicht zu jenen von ihm gering geschätzten Deutschnationalen gehört zu haben, „die mehr an das Hemd auf dem Leibe als an den Rock dachten" und aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen zu außenpolitischen Zugeständnissen bereit waren.[214] Über ein Konzept, Innen- und Außenpolitik zur Deckung zu bringen, verfügte aber auch er nicht. Er war Repräsentant des deutschnationalen Dilemmas.

Philipp war und blieb bis zum Ende seiner politischen Tätigkeit ein scharfer Gegner der Novemberrevolution – und damit eigentlich auch der Republik. Dennoch wandelte sich sein Verhältnis zum Staat von Weimar im Laufe der Jahre. Ein Meilenstein war dabei die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925. Das Amt des Reichspräsidenten, nach der Verfassung ohnehin schon als Ersatzkaiser konstruiert, wurde in Gestalt des Feldmarschalls endgültig zu einem Stück Monarchie innerhalb der Republik. Dies trug zu einer erhöhten Akzeptanz des Staates

---

[212] Heinemann, Die verdrängte Niederlage (wie Anm. 198), S. 185; vgl. auch ebd., S. 190 zum „hoch zu veranschlagenden Quellenwert" der publizierten Materialien.

[213] Philipp, Bilanz (wie Anm. 15), S. 18.

[214] Ebd., S. 21.

bei vielen Konservativen bei. Philipp gehörte zu dieser Gruppe. Auch der Respekt, den Philipp Friedrich Ebert zollte, spricht dafür, daß der selbst aus eher bescheidenen Verhältnissen stammende Philipp sich von den Monarchisten alten Schlages abhob, für die der Sattlermeister Ebert schon wegen seiner Herkunft als Präsident untragbar war. Philipp hob hervor, daß er solche Vorstellungen für überholt hielt. In seiner „Bilanz" ließ er sogar anklingen, daß er es für sinnvoll erachtet hätte, wenn die DNVP ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie, wie man heute sagen würde, entkrampft hätte und zu partieller Zusammenarbeit mit ihr bereit gewesen wäre.[215]

Für Philipp gilt, was im Hinblick auf seinen Parteifreund Hans Schlange-Schöningen gesagt wurde: Vor allem durch die Auseinandersetzung mit Hugenberg und dem ihm nahestehenden Flügel der DNVP wandelte er sich zu einem ‚Vernunftrepublikaner', sofern man darunter jene „‚realpolitischen' Kräfte[n]" in der Partei versteht, „die sich mit der Republik als einer einstweilen unabänderlichen Tatsache abgefunden hatten."[216] Eine stärkere Hinwendung zur Republik von Weimar wird man nicht konstatieren können. Nicht zuletzt die Lektüre der Sippengeschichte aus dem Jahr 1938 läßt dies als abwegig erscheinen. Man wird aber die Zeitumstände, unter denen diese Schrift geschrieben und – im Gegensatz zu den Erinnerungen – gedruckt wurde, berücksichtigen müssen; Philipp versuchte wohl, sich dem NS-Regime anzupassen und präsentierte sich als entschlossenen Kämpfer gegen den Staat von Weimar, der er eigentlich nicht war. Gravierende Widersprüche sind hingegen, wenn man z. B. das Verschweigen einer Rednertätigkeit für die Vaterlandspartei nicht als solchen wertet, zwischen Erinnerungen und Sippengeschichte nicht festzustellen.[217]

Wie für Schlange-Schöningen war jedenfalls für Philipp das Jahr 1930 ein „Bruch mit seiner bisherigen politischen Heimat".[218] In den Memoiren wird dies u. a. daran deutlich, daß Philipp für die Zeit nach 1930 wiederholt von Hugenberg und seiner Partei sprach, mit der er sich selbst nicht mehr identifizierte.[219] Philipp hatte im Oktober 1928 für Hergt und gegen Hugenberg als Parteivorsitzenden gestimmt und im Juli 1930 gehörte er zu jenen DNVP-Abgeordneten, die sich offen dem alleinigen Führungsanspruch Hugenbergs und seiner Politik der Totalopposition gegen die Republik und der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten

---

[215] Vgl. Ebd., S. 28.

[216] WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 321. Zum Begriff Vernunftrepublikaner vgl. auch C. PAUL VINCENT, A Historical Dictionary of Germany's Weimar Republic 1918–1933, Westport/Connecticut, London 1997, S. 510 f.

[217] Dafür, daß Philipp einen solchen Widerspruch selbst nicht sah, spricht die Tatsache, daß er beide Schriften in seinen Nachlaß gab. Zur Frage von Philipps Engagement für die Vaterlandspartei vgl. oben, S. 184 f.

[218] Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, hrsg. von WOLFGANG BENZ/HERMANN GRAML, München 1988, S. 292.

[219] Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 291, S. 299 f. Philipp zählte sich im Gegensatz zur Fraktion unter Hugenberg zu den „alten Deutschnationalen"; ebd.

verweigerten. Er stimmte im Juli 1930 gegen die Aufhebung der Brüningschen Notverordnungen und damit gegen den eigenen Parteivorsitzenden Hugenberg. Daß er damit das Ende seiner parlamentarischen Karriere in der DNVP, das sich bereits 1928 abgezeichnet hatte, besiegeln würde, ist Philipp wohl klar gewesen. In einem Beitrag für den „Erzgebirgischen Landwirt" vom Tag nach der entscheidenden Abstimmung im Reichstag rief Philipp das „Sächs.[ische] Landvolk", auf dessen Liste er in den Reichstag gewählt worden war, sogar zum Kampf „gegen die Deutschnationale Restpartei des Herrn Hugenberg" auf, die nicht mehr die Interessen der Landwirtschaft vertrete.[220] Um dem Ausschluß aus der Partei zuvorzukommen, trat Philipp aus der DNVP aus.[221] Einer neuen politischen Partei oder Gruppierung hat er sich in der Agonie der Weimarer Republik nicht mehr angeschlossen.[222]

IV. „Unter Hakenkreuz und unter Sowjetstern" – Albrecht Philipp 1930–1953

Anders als es die Überschrift dieses vierten Abschnitts der Memoiren erwarten läßt, findet eine eingehende Auseinandersetzung Philipps mit den beiden Diktaturen in Deutschland, die er nun kennenlernen mußte, praktisch nicht statt. Vielleicht hielt Philipp dies für zu gefährlich. Den 23 Jahren zwischen seinem Ausscheiden aus dem Reichstag und der Niederschrift seiner Lebenserinnerungen widmete Philipp nur 89 Manuskriptseiten. Die Politik tritt darin weitgehend in den Hintergrund. Der Mord an den deutschen und europäischen Juden, für den auch der in der DNVP verbreitete Antisemitismus den Boden bereitet hatte, findet keine Erwähnung.

Es begann vielmehr „die sorgloseste und ruhigste Zeit" seines Lebens; „sie war der Erziehung meiner drei Kinder gewidmet".[223] So resümierte Philipp das Jahrzehnt zwischen dem Ausscheiden aus der Politik und seiner Einberufung zur Wehrmacht 1941. Philipp wurde wieder Lehrer, zunächst in Leipzig, ab 1931 erneut in Borna.

Nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren, war er allerdings beruflichen Schikanen und Verdächtigungen ausgesetzt. So wurde er 1938 als Erster Fachlehrer für Geschichte an seiner Schule abgesetzt. In den Erinnerungen betonte Philipp wiederholt seine „kritische Stellung zum Nationalsozialismus",[224] den er als „Gehirnkrankheit […], die sich in bedrohlicher Weise der Massen

---

[220] SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp, Nr. 24, Entwurf mit Anschreiben an den Verband der Landwirte im Erzgebirge vom 19. 7. 1930.

[221] Dies wird nur in der Sippengeschichte, nicht jedoch in den Memoiren erwähnt; vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 101.

[222] Anders als sein Bruder Kurt, beteiligte sich Albrecht Philipp nicht mehr an der Gründung der Volkskonservativen Partei; vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 85.

[223] DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 21.

[224] Ebd., S. 31.

bemächtigte“,[225] bezeichnete. Eine eingehende inhaltliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung oder der Politik des Hitler-Regimes findet in den Memoiren jedoch nicht statt. Die Mitgliedschaft in einigen NS-Massenorganisationen und der NSDAP angeschlossenen Verbänden wie dem Nationalsozialistischen Lehrerbund, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt oder dem Nationalsozialistischen Reichskriegerbund, in der „Sippengeschichte“[226] von 1938 akribisch aufgelistet, wird in den nach dem Krieg verfaßten Memoiren verschwiegen. Erwähnt wird dort hingegen, daß „niemand auch nur einen Versuch“ unternommen habe, ihn zum Eintritt in die NSDAP zu bewegen.[227]

Im Januar 1941 wurde Philipp zur Wehrmacht eingezogen, der Abwehr beim Stellvertretenden Generalkommando des Wehrkreises IV zugeteilt und in einem Lager für gefangene französische Offiziere bei Hoyerswerda eingesetzt.[228] Im Dezember 1943 wurde er aus der Wehrmacht entlassen, da er mit 60 Jahren die Altersgrenze erreicht hatte. Noch einmal kehrte Philipp in den Schuldienst zurück. Erst 1948 wurde er pensioniert.

Mit dürren, vorsichtigen Worten beschrieb Philipp die Entstehung der DDR. Die Verwaltung sei nach „russischem Vorbild […] umgeschaltet“ worden. Offensichtlich ist hier die gleichzeitige Anlehnung und Vermeidung des aus dem Wortschatz der Nationalsozialisten stammenden Begriffes der ‚Gleichschaltung‘. „Mit Hilfe der durch Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Parteien entstandenen Sozialistischen Einheitspartei (SED)“, so heißt es weiter, „wurde das politische Leben neu aufgebaut und hierbei den anderen, sogenannten ‚bürgerlichen‘ Parteien eine Aschenbrödelrolle zugeteilt. Erst unter dem Stichworte ‚Blockpolitik‘, dann unter der Flagge ‚Nationale Front‘ entstand eine sowjetgetreue Regierungsfront, die nach und nach von der russischen Militärverwaltung ein Hoheitsrecht nach dem anderen übertragen erhielt, bis die sowjetische Zone 1949 als ‚Deutsche Demokratische Republik‘ ihre eigene Gesetzgebung und Verwaltung einrichten konnte.“[229]

Am 30. Juni 1946 fand in Sachsen ein Volksentscheid über das „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes“ statt.[230] Philipp hatte zwar gewisse „privatwirtschaftliche Bedenken“[231] dagegen, votierte aber dennoch für den Gesetzentwurf, obwohl immerhin 16,5 Prozent der Stimmberechtigten mit „Nein“ stimmten und damit zeigten, daß zum Zeitpunkt der Abstimmung, die „in festlicher Atmosphäre mit Musik und Fahnenschmuck“[232] durchgeführt wurde, die ‚Gleichschaltung‘ der öffentlichen

---

225 Ebd., S. 36.
226 Vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 103.
227 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 34.
228 Vgl. Ebd., S. 41 f.
229 Ebd., S. 72 f.
230 Vgl. Geschichte Sachsens, hrsg. von KARL CZOK, Weimar 1989, S. 550.
231 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 73.
232 CZOK, Geschichte Sachsens (wie Anm. 232), S. 550.

Meinung in der bald entstehenden DDR noch nicht abgeschlossen war. Sein „Ja" begründete Philipp damit, daß mit der Enteignung eine kraftvolle Absage an den „Faschismus" verbunden gewesen sei und er geglaubt habe, mit einer solchen Absage das deutsche Volk einigen zu können. Der „Grundgedanke" seines Abstimmungsverhaltens „war also der, daß ein einiges Deutschland, auch wenn es einen sozialistischen Einschlag hatte, mir lieber war als ein geteiltes Vaterland."[233]

So begründete Philipp auch einen Beitrag für die Leipziger Volkszeitung, zu dem man ihn „veranlaßt" habe. Sein publiziertes Bekenntnis gegen den „Faschismus" hatte jedoch auch ganz pragmatische Gründe, die Philipp nicht verschwieg. Nach der Veröffentlichung seiner Erklärung bescheinigte ihm die SED in Borna, daß gegen ihn „politische Bedenken" nicht bestünden. „Man hat mich seitdem von dieser Seite auch völlig in Ruhe gelassen". Allerdings verzeichnete Philipp dennoch wiederholte Versuche, „mir wegen meiner politischen Vergangenheit Knüppel in den Weg zu werfen."[234] Dies habe er sofort nach der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit als Lehrer zu spüren bekommen. Philipp, der Mitglied der Ost-CDU wurde, wurde nämlich schon nach kurzer Zeit als kommissarischer Leiter der Schule in Borna abgesetzt. Im Januar 1947 verfügte die Schulaufsichtsbehörde, daß er nicht mehr Geschichte unterrichten dürfe. Dies geschah jedoch mit seinem Einverständnis, da er „Gewissenskonflikte" vermeiden wollte: „Daß mein Unterricht in Geschichte […] nicht den Wünschen der neuen Machthaber entsprach, wußte ich; andererseits konnte ich mir nicht zumuten, das zu verleugnen, was ich bisher als wissenschaftlich richtig erkannt und gelehrt hatte."[235] So kam die „Befreiung aus den immer lästiger gewordenen Fesseln des sowjetisierten Schuldienstes" für Philipp „weder unerwartet noch unerwünscht".[236]

Am Lebensabend standen diverse ehrenamtliche Tätigkeiten, u. a. als „Kreisfischmeister" und als „Archivpfleger", nicht zuletzt aber die Niederschrift der Lebenserinnerungen. Kurz vor seinem 79. Geburtstag ist Albrecht Philipp am 24. Januar 1962 in Borna gestorben.[237]

---

233 PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 73.
234 Ebd., S. 74.
235 Ebd., S. 75.
236 Ebd., S. 82.
237 Sterbedatum nach MARTIN SCHUMACHER, M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, Düsseldorf ^{3}1994, S. 366.

Eine bedeutsame Quelle zur sächsischen Nachkriegsgeschichte?

Anmerkungen zu Fritz Selbmanns postum erschienenen Erinnerungen

VON WINFRID HALDER

I. Ein kommunistischer Spitzenpolitiker in Sachsen

Fritz Selbmann hat in seinem Politikerleben verschiedentlich auch in Sachsen eine wichtige Rolle gespielt. Er war allerdings kein Landeskind, vielmehr stammte der 1899 geborene Selbmann aus dem hessischen Lauterbach. Nach der Erfahrung des Ersten Weltkrieges stieß Selbmann, der gelernter Bergmann war, zunächst zur USDP, dann wurde er 1922 Mitglied der KPD[1] – damit waren die Weichen für seinen politischen Lebensweg gestellt. Die Partei gab ihm zunächst verschiedene Aufgaben im Ruhrgebiet, 1930 wurde er Leiter des KPD-Bezirks Oberschlesien. Diesen Posten verließ er jedoch bereits im folgenden Jahr wieder, um den noch wichtigeren des Sekretärs des KPD-Bezirks Sachsen zu übernehmen. Selbmann stand damit an der Spitze des mit rund 43000 Mitgliedern reichsweit zweitstärksten KPD-Bezirksverbandes.[2] Leipzig wurde zum Zentrum von Selbmanns weiterem politischen Wirken.[3] 1932 wurde er, der zuvor bereits dem Preußischen Landtag angehört hatte, auch Mitglied des Reichstages.[4] Nach Selbmanns eigenem Zeugnis vollzog sich sein innerparteilicher Aufstieg, der ihn in den frühen 1930er Jahren zweifellos zu einem der wichtigsten kommunistischen Spitzenfunktionäre in Deutschland machte, im engen Anschluß an Parteichef Ernst Thälmann.[5] Selb-

---

[1] Vgl. Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, hrsg. von Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann, Sonderausgabe, Bonn 2000, S. 791 f.

[2] Vgl. Winfrid Halder, „Modell für Deutschland". Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948, Paderborn u. a. 2001, S. 83.

[3] Vgl. E. R. Greulich, Fritz Selbmann, in: Die erste Stunde. Porträts, hrsg. von Fritz Selbmann, Berlin [Ost] 1969, S. 319–329, hier S. 325.

[4] Vgl. Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann, Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 1), S. 791 f.

[5] Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden: SAPMO-Barch), Sg Y 30/1098/1, Erinnerungen Fritz Selbmann, Bl. 1 ff.

mann gehörte also zu den KPD-Funktionären, die ihre Partei auf einen bedingungslos moskautreuen Kurs brachten.[6]

Schicksalhaft wurde für Selbmann, daß er nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler Ende Januar 1933, obwohl ihm seine persönliche Gefährdung klar sein mußte, Deutschland nicht sofort verließ, sondern vielmehr versuchte, in Leipzig auch nach dem Reichstagsbrand und den ersten Massenverhaftungen von KPD-Mitgliedern Ende Februar eine illegale politische Tätigkeit aufrecht zu erhalten. Bereits am 11. April 1933 erfolgte jedoch auch Selbmanns Inhaftierung aufgrund einer Denunziation aus den eigenen kommunistischen Reihen. Bis zum November 1935 saß er in Untersuchungshaft, dann wurde er wegen „Aufforderung zum Hochverrat" zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.[7] Zunächst im Zuchthaus Waldheim gefangengehalten, wurde Selbmann 1940 in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellt, 1942 ins KZ Flossenbürg. In Sachsenhausen gehörte er gemeinsam mit Karl Schirdewan der im Verborgenen bestehenden kommunistischen Lagerleitung an.[8] Den Zusammenbruch des NS-Regimes erlebte Selbmann auf einem Transport ins KZ Dachau mit, in dessen Verlauf ihm in den letzten Kriegstagen die Flucht gelang. Bereits am 21. Mai 1945 war er wieder im zu diesem Zeitpunkt noch von US-Streitkräften besetzten Leipzig, wo er unverzüglich seine politische Tätigkeit wieder aufnahm.[9]

Hermann Matern, KPD-Altfunktionär wie Selbmann,[10] erst seit kurzem mit einer der drei ‚Initiativgruppen' der Moskauer Exil-Führung der KPD nach Deutschland zurückgekehrt und mit dem Auftrag versehen, die Partei in Sachsen zu reorganisieren, war zugleich damit befaßt, im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht für die Besetzung von Schlüsselpositionen in der neu aufgebauten deutschen Verwaltung mit zuverlässigen ‚Genossen' Sorge zu tragen. Er veranlaßte schon bald Selbmanns Berufung nach Dresden. Zunächst wurde dieser Leiter des Landesarbeitsamtes, doch bereits Mitte September 1945 übernahm Selbmann die Leitung des Wirtschaftsressorts der von der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) eingesetzten Landesverwaltung Sachsen (LVS). Dies geschah wiederum auf Betreiben von Hermann Matern im Verein mit Kurt Fischer, der das Innenressort der LVS leitete und, für die Öffentlichkeit unsichtbar, hochrangiger Offizier des sowjetischen Militärgeheimdienstes war.[11] In dieser

---

[6] Vgl. Robert Hofmann, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993, S. 149 ff.

[7] Vgl. SAPMO-Barch, NY 4113/1, Nachlaß Fritz Selbmann, Bl. 47 ff.

[8] Vgl. Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 516.

[9] Vgl. Halder, Modell (wie Anm. 2), S. 84.

[10] Vgl. Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann, Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 1), S. 557.

[11] Vgl. Michael Richter/Mike Schmeitzner, „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden". Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Leipzig 1999, S. 66 ff.

Funktion wirkte Selbmann bis zum Frühjahr 1948; er leitete damit das wichtigste Wirtschaftsressort in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), denn Sachsen war deren industrielles Kernland. Als Ressortchef in Dresden war Selbmann nicht zuletzt wesentlich beteiligt an der Durchführung der ersten umfassenden Enteignungen in der sächsischen Industrie und an der Einführung planwirtschaftlicher Methoden. Ohne Zweifel war er einer der bedeutendsten Funktionsträger der KPD/SED im Bereich der Wirtschaft während der unmittelbaren Nachkriegszeit.[12] Anfang 1948 verließ Selbmann sein Dresdner Amt, um einer der Vizepräsidenten der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) zu werden. Die DWK war bereits seit Februar 1948 die zentrale wirtschaftliche Lenkungsbehörde der SBZ mit unmittelbarem Weisungsrecht gegenüber den Länderverwaltungen. Auch die inzwischen ausgeweitete und zentralisierte Wirtschaftsplanung gehörte zu ihren Aufgaben. Selbmann blieb also an führender Stelle im frühzeitig von der SED dominierten Apparat der Wirtschaftsverwaltung.[13] Auch nach der Gründung der DDR war Selbmann, der seit 1954 dem Zentralkomitee der SED angehörte, einer der hochrangigsten Verantwortungsträger im ökonomischen Bereich. Unter anderem fungierte er als Minister für Schwerindustrie und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates. Anfang 1958 wurde er jedoch wegen seiner Kontakte zu der gescheiterten innerparteilichen Fronde gegen Walter Ulbricht, die sich um Ernst Wollweber und den aus gemeinsamer KZ-Haft mit Selbmann verbundenen Karl Schirdewan formiert hatte,[14] weitgehend ‚kaltgestellt'. Seit 1964 arbeitete er als freier Schriftsteller, von 1969 bis zu seinem Tod Anfang 1975 war Selbmann Vizepräsident des Schriftstellerverbandes der DDR.[15]

II. Eine spektakuläre Neuerscheinung?

Als fast genau ein Jahrzehnt nach dem Ende der DDR von einem solchen Mann Erinnerungen vorgelegt wurden, wenngleich nur für einen zeitlichen Ausschnitt aus seinem Politikerleben (1945–1953), durfte man gespannt sein – zumal schon auf dem Schutzumschlag des Bandes mitgeteilt wird, daß Selbmanns letztes Werk vor 1989 nicht erscheinen konnte, da seine Ansichten mit der ‚offiziellen Geschichtsschreibung' des SED-Staates kollidierten. Zugleich verspricht der Innentext eine Sichtweise, „die nichts beschönigen, Hintergründe aufdecken und Zusammenhänge erkennen lassen" möchte.[16] Das Interesse wird noch verstärkt

---

[12] Vgl. HALDER, Modell (wie Anm. 2), S. 82 ff.

[13] Vgl. ebd., S. 537 ff.

[14] Vgl. HERMANN WEBER, Geschichte der DDR, aktualisierte u. erweiterte Neuausgabe, München ²2000, S. 197 ff.

[15] Vgl. MÜLLER-ENBERGS/WIELGOHS/HOFFMANN, Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 1), S. 791.

[16] FRITZ SELBMANN, Acht Jahre und ein Tag. Bilder aus den Gründerjahren der DDR, Berlin 1999, Schutzumschlag.

durch einen Blick in das Nachwort zu dem Band, welches Erich Selbmann, Fritz Selbmanns Sohn und langjähriger Chefredakteur der „Aktuellen Kamera" des DDR-Fernsehens,[17] beigesteuert hat. Laut Erich Selbmann stellt das Buch „eine präzise Dokumentation der ersten Nachkriegsjahre" dar, es könne „viel Neues, bisher Unbekanntes vermitteln".[18] Diesen Anspruch gilt es zu prüfen.

III. Zweierlei Erinnerungen

In der Tat hat Fritz Selbmann hochinteressante, ja zuweilen spannende Erinnerungen hinterlassen – allein die finden sich nicht im vorliegenden Band. Der Autor dieses Beitrages kennt das Erinnerungsmanuskript Selbmanns, welches dieser Anfang der 1960er Jahre für das damalige Zentrale Parteiarchiv der SED geschrieben hat. Dort war es unter Verschluß bis zum Ende der DDR. Heute ist das maschinenschriftliche Manuskript von erheblichem Umfang in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) zugänglich.[19] Hier hat Selbmann kein Blatt vor den Mund genommen und die Probleme seines Zuständigkeitsbereichs als sächsischer Wirtschaftsminister und in seinen späteren hochrangigen Funktionen erstaunlich offen angesprochen. Für eine kritische Auseinandersetzung vor allem mit der Wirtschaftspolitik in der ersten Phase nach der Gründung der Einheitspartei handelt es sich ohne Zweifel um eine außerordentlich aussagekräftige Quelle.

In der Annahme, es handele sich nun um die gedruckte Fassung der Selbmann-Memoiren aus dem ehemaligen Parteiarchiv habe ich den Band aus dem Verlag Neues Leben durchaus hoffnungsvoll in die Hand genommen – und war bei näherem Besehen rasch enttäuscht. Denn Selbmann hat gegen Ende seines Lebens offenbar noch ein weiteres Manuskript geschrieben, dem so gut wie alle Vorzüge der Erinnerungen im Parteiarchiv abgehen. Neu im engeren Sinne war das, was der alte Selbmann da zu Papier brachte, indessen über weite Strecken allerdings nicht, vielmehr hat er eine ganze Reihe von Reden und Zeitungsartikeln, die er zwischen 1945 und 1953 gehalten beziehungsweise geschrieben hat, meist auszugsweise kompiliert und mit verbindenden Zwischentexten versehen. Das heißt, daß man das meiste von dem, was der vorliegende Band bietet, auch anderweitig zu Gesicht bekommen könnte, mit einiger Mühe des Suchens zwar, aber immerhin. Redemanuskripte Selbmanns finden sich zum Beispiel auch in den einschlägigen Akten des Sächsischen Hauptstaatsarchivs oder im Nachlaß Selbmanns, der sich jetzt gleichfalls im SAPMO in Berlin-Lichterfelde befindet.[20]

---

[17] Vgl. Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann, Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 1), S. 791.
[18] Selbmann, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 314.
[19] Vgl. SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1.
[20] Vgl. SAPMO-Barch, NY 4113.

In der jetzt veröffentlichten Variante der Selbmann-Erinnerungen fehlt vor allem die Offenherzigkeit der Memoiren, die er seinerzeit dem Parteiarchiv anvertraute. Ja hier hat Selbmann im Sinne der frühen Honecker-Ära ‚politisch korrekte' Erinnerungen vorgelegt, so daß es dem heutigen Leser ausgesprochen schwerfällt nachzuvollziehen, warum ein Erscheinen des Buches vor 1989 angeblich verhindert wurde. Und vor allem: Das Buch ist alles andere als „eine präzise Dokumentation der ersten Nachkriegsjahre". Es verzeichnet vieles, vor allem durch Auslassungen – und zwar Auslassungen solcher Art, die man auch bei gutem Willen nicht mit etwaigen Gedächtnislücken eines mittlerweile über 70-Jährigen zu erklären vermag.

Den Zeitzeugen Fritz Selbmann von 1975 beziehungsweise 1999 kann man über weite Strecken mit einem äußerst kompetenten Zeitzeugen widerlegen: Nämlich mit dem Fritz Selbmann, der zu Beginn der 1960er Jahre für das Parteiarchiv schrieb. Darüber hinaus ist vieles von dem, was sich in dem Erinnerungsband findet, vor dem Hintergrund neuerer aktengestützter Forschungen zur Geschichte der SBZ/DDR nicht mehr haltbar. Einige Beispiele mögen dies im folgenden verdeutlichen.

IV. Selbmann gegen Selbmann: Testfälle

Ein kommunistischer Wirtschaftsexperte?

Nur sehr vage äußert sich Selbmann in den veröffentlichten Erinnerungen zu den Umständen seiner Berufung nach Dresden. Nicht uninteressant ist allerdings die Bemerkung, er sei davon „nicht sehr erbaut" gewesen, denn er wäre lieber in Leipzig geblieben und hätte auf kulturpolitischem Gebiet gearbeitet.[21] Warum es indessen anders kam, hat Selbmann in den unveröffentlichten Erinnerungen sehr viel genauer dargestellt. Dort führt er nämlich aus, er habe Anfang August 1945 in Leipzig auf einer KPD-Versammlung ein Referat gehalten, in dem er sich „etwas zu unvorsichtig breit mit Wirtschaftsfragen beschäftigt" habe. Dies habe offenbar den anwesenden Hermann Matern veranlaßt, ihn, Selbmann, „für einen Wirtschaftler zu halten und mich nach Dresden zu bestellen, um mir dort zu eröffnen, daß ich von der Partei für den Eintritt in die Landesverwaltung vorgesehen bin."[22]

Selbmanns Berufung zunächst an die Spitze des Landesarbeitsamtes, wenige Wochen später bereits aber auf den Chefsessel des Wirtschaftsressorts der Landesverwaltung war im Grunde nicht zuletzt Ausdruck des geradezu verzweifelten Personalmangels der deutschen Kommunisten. Deren Moskauer Exilleitung sollte nach dem Willen Stalins die Durchdringung einer neu aufzubauenden deutschen Verwaltung an den entscheidenden Stellen mit politisch zuverlässigen ‚Genossen'

---

[21] Selbmann, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 30.
[22] SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1, Bl. 38.

steuern helfen.[23] Dazu hatte sie in den letzten Kriegstagen die drei bekannten ‚Initiativgruppen' entsandt, die unter Führung von Gustav Sobottka, Anton Ackermann und Walter Ulbricht im sowjetischen Besatzungsgebiet nicht zuletzt überlebende Kommunisten sammeln und auf ihre Verwendbarkeit überprüfen sollten.[24] Hermann Matern gehörte der von Ackermann geleiteten Gruppe an, die kurz nach ihrem Eintreffen auf deutschem Boden geteilt wurde. Matern und vier andere Gruppen-Mitglieder – unter ihnen Kurt Fischer – wurden in die sächsische Landeshauptstadt Dresden entsandt, um den Verwaltungsaufbau dort zu lenken.[25]

Die kommunistischen Exilheimkehrer waren mit dem entscheidenden Problem konfrontiert, daß die KPD 1945 nur noch ein personeller Torso war. Bedingt war dies einerseits durch die brutale nationalsozialistische Verfolgung seit 1933. Sehr viele Parteimitglieder hatten ein ähnliches Schicksal wie Fritz Selbmann erlitten, waren rasch verhaftet worden und sind vielfach in Gefängnissen und Konzentrationslagern des NS-Staates ermordet worden. Von den rund 300000 im Jahre 1933 registrierten KPD-Mitgliedern war in der Folgezeit schätzungsweise die Hälfte für kürzere oder längere Zeit in Haft. Die Zahl der Todesopfer ging in die Tausende.[26] Allen in Deutschland verbliebenen ‚Genossen' stand die Exilführung zudem mit ausgeprägtem Mißtrauen gegenüber, da sie praktisch keine Möglichkeit gehabt hatten, die von der Kommunistischen Internationale dirigierten Kurswechsel der Partei nach 1933 mitzuvollziehen und da ihre ideologische Sattelfestigkeit unter den zwölf Jahren NS-Diktatur ohnehin gelitten haben mochte.[27] Andererseits stand 1945 aber auch nur noch ein Bruchteil der rund 3000 KPD-Mitglieder zur Verfügung, welche nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler in die Sowjetunion geflohen waren. Nach neueren Erkenntnissen wurden rund 70 Prozent von ihnen Opfer der nicht minder brutalen Verfolgung im Zeichen der sogenannten ‚Säuberungen',[28] die seit etwa Mitte der 1930er Jahre auf Geheiß Stalins keineswegs nur die Mitglieder der KPdSU (B), sondern die aller kommunistischen Parteien erfaßten. Während der Zeit des ‚Hitler-Stalin-Paktes' zwischen dem Spätsommer 1939 und dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 sind im Rahmen der Zusammenarbeit der ‚Sicherheitsorgane' der beiden totalitären Diktaturen sogar rund 1200 deutsche Staatsangehörige, bei denen es sich zum größten Teil um in Ungnade gefallene Kommunisten handelte, von der UdSSR an NS-Deutschland ausgeliefert worden.[29] Die Konsequenz bestand in KZ-Haft und nicht selten dem

---

[23] Vgl. WOLFGANG LEONHARD, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln [5]1992, S. 411 ff.

[24] Vgl. WEBER, DDR (wie Anm. 14), S. 22 ff.

[25] Vgl. RICHTER/SCHMEITZNER, Einer von beiden (wie Anm. 11), S. 48 ff.

[26] Vgl. HERMANN WEBER, Kommunismus in Deutschland 1918–1945 (Erträge der Forschung, Bd. 198), Darmstadt 1983, S. 140 f.

[27] Vgl. LEONHARD, Revolution (wie Anm. 23), S. 479 ff.

[28] Vgl. HANS SCHAFRANEK, Sowjetunion, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration, hrsg. von Claus-Dieter Krohn u. a., Darmstadt 1998, Sp. 384–396, hier Sp. 384 ff.

[29] Vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Kommunisten, in: Handbuch (wie Anm. 28), Sp. 493–505, hier Sp. 498.

Tod der Betroffenen. Auch die in der Sowjetunion überlebenden deutschen Kommunisten standen jedoch bei Kriegsende keineswegs alle der Exilleitung zur Verfügung. Trotz händeringenden Bittens wurden zahlreiche der deutschen ‚Genossen' von den zuständigen sowjetischen Entscheidungsträgern aus anderen, zum Teil militärischen Verwendungen nicht für die Exilleitung um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht freigegeben. Diese konnte im Frühsommer 1945 höchstens 150 Personen für ihre weiteren Aufgaben einplanen.[30] In diesem äußerst schmalen Personalreservoir befand sich so gut wie niemand, der für Leitungsfunktionen im Bereich der Wirtschaftsverwaltung besonders ausgewiesen gewesen wäre.[31]

Vor diesem Hintergrund mußte ein langjährig erprobter, wenngleich infolge der Haft in NS-Deutschland ideologisch zunächst auf Herz und Nieren zu prüfender Genosse wie Fritz Selbmann, der sich obendrein „unvorsichtig breit mit Wirtschaftsfragen" beschäftigte, Hermann Matern, der die in Sachsen noch vorhandenen ‚Kader' zu sammeln beauftragt war, wie gerufen kommen. Selbmann hat in den veröffentlichten Memoiren recht zurückhaltend formuliert, er sei über die ihm seitens der Partei in Gestalt Materns übertragene neue Aufgabe „nicht erbaut" gewesen, weil sie nicht seinen persönlichen Präferenzen entsprach. An anderer Stelle hat er offener zum Ausdruck gebracht, warum er alles andere als begeistert war. Er habe, so Selbmann, in einem 1972 veröffentlichten Aufsatz etwas nebulös, zum Zeitpunkt seiner Berufung in die Landesverwaltung Sachsen „von den Aufgaben der Führung der Wirtschaft eines entwickelten Industrielandes nicht viel mehr [gewußt], als ein langjährig als Funktionär der KPD tätiger Genosse zu wissen pflegte."[32] Tatsächlich hatte sich Selbmann in seiner Parteikarriere vor 1933 zu keinem Zeitpunkt intensiv mit Wirtschaftsfragen befaßt. Sein stupender autodidaktischer Eifer, dem er offenkundig in der Haft nach 1933 noch eine Weile nachgehen konnte, richtete sich überwiegend auf literarische und philosophische Fragen. Und auch in seinen ersten öffentlichen Auftritten nach Kriegsende 1945 berührte er ökonomische Fragen nur am Rande.[33] Es war also wohl mehr Zufall, daß Matern ihm gerade zuhörte, als er sich auf ein Gebiet wagte, das ihm eigentlich nicht sehr vertraut war. So hat Selbmann denn auch hinsichtlich einer seiner Kernaufgaben, die er nach dem Willen seiner Partei als sächsischer Wirtschaftsressortchef durchführen sollte, mit Blick auf die Wirtschaftsplanung nämlich, einmal drastisch formulierend zugegeben, er habe davon zunächst „außer einigen ganz nebelhaften Vorstellungen […] keine Ahnung" gehabt.[34]

---

[30] Vgl. Peter Erler, „Moskau-Kader" in der SBZ, in: Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, hrsg. von Manfred Wilke, Berlin 1998, S. 229–291, hier S. 251.

[31] Vgl. Halder, Modell (wie Anm. 2), S. 107.

[32] Fritz Selbmann, Anfänge der Wirtschaftsplanung in Sachsen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 14 (1972), S. 76–82, hier S. 76.

[33] Vgl. Halder, Modell (wie Anm. 2), S. 92.

[34] Fritz Selbmann, Die sowjetischen Genossen waren Freunde und Helfer, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin [Ost] 1966, S. 347–369, hier S. 362.

Wirtschaftsplanung – der Königsweg der SED zur Überwindung der Nachkriegsmisere?

Zur Wirtschaftsplanung, die von vornherein zum zentralen Bestand des wirtschaftspolitischen Programms der KPD/SED gehörte,[35] äußert sich Selbmann in den veröffentlichten Erinnerungen insgesamt nur wenig. Hinsichtlich des im Sommer 1946 geltenden Wirtschaftsplans führt Selbmann jedoch aus, dessen Grundsätze wären „pragmatisch erarbeitet [gewesen] und deckten sich vollkommen mit der realen Situation", sie hätten darüber hinaus keine „wirklichkeitsfremde[n] perspektivische[n] Zielstellungen" enthalten.[36] Tatsächlich aber hatte der Fritz Selbmann, der im Sommer 1946 als Wirtschaftsressortchef amtierte, ein diametral entgegengesetztes Bild vor Augen. Einerseits verbreitete Selbmann zwar auch in dieser Zeit in seinen öffentlichen Auftritten ein nachgerade unglaubliches Maß an Zweckoptimismus hinsichtlich des eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurses. So führte er in einer SED-Versammlung am 23. Juli 1946 in Dresden vollmundig aus: „Heute sind wir in der Lage eine einwandfreie Planung aller [!] Wirtschaftsvorgänge zu gewährleisten."[37] Andererseits aber wußte es Selbmann viel besser. Seit in dem von ihm geleiteten Ressort auf Befehl der Besatzungsmacht im Herbst 1945 konkret mit der praktischen Wirtschaftsplanung begonnen worden war, waren die damit verbundenen Probleme in gar keiner Weise hinreichend gelöst worden. Teile des ersten Planversuches bezeichnete Selbmann selbst in einem internen Papier des Wirtschaftsressorts als „völlig unsinnig".[38] Und auch ein gutes halbes Jahr später, als Selbmann so selbstgewiß öffentlich von der Befähigung zur „einwandfreien" Planung sprach, äußerte er sich vertraulich vollkommen anders. Und hier, in einem ausdrücklich als privat deklarierten Schreiben an den mit ihm befreundeten Bruno Leuschner, der zu diesem Zeitpunkt als Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der SED fungierte,[39] nannte Selbmann auch einen wesentlichen Grund für die eklatanten Mängel in der Wirtschaftsplanung. Unter Bezugnahme auf ein mitgesandtes Papier aus seinem Ressort über die tatsächlich vorhandenen Planungsprobleme insbesondere im Zusammenhang mit den sowjetischen Reparationsforderungen führte Selbmann aus: „Ferner siehst Du, daß durch die völlig wirren Maßnahmen der SMA ein Zustand eingetreten ist, daß es hier einfach keine Möglichkeit mehr gibt, Ordnung in das von der hiesigen SMA verursachte Chaos zu bringen. Ich bitte Dich, daß Du den Bericht sehr gründlich liest und bei der SMA in Karlshorst [also bei der Spitze der SMAD] vor-

---

35 Vgl. HALDER, Modell (wie Anm. 2), S. 167 ff.

36 SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 140.

37 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden: SächsHStA Dresden), Landesregierung Sachsen (LRS), Ministerium für Wirtschaft (MfW), Nr. 511, Bl. 58.

38 SächsHStA Dresden, LRS, Ministerpräsident (MP), Nr. 1386 – Film Nr. K I 138, Aufn. 207.

39 Vgl. MÜLLER-ENBERGS/WIELGOHS/HOFFMANN, Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 1), S. 521 f.

stellig wirst, damit dieser chaotische Zustand endlich ein Ende findet. Es ist so, daß jeder Versuch bei der hiesigen SMA scheitert; offenbar ist auch kein Mensch in Sachsen mehr in der Lage, die SMA in der nachdrücklichsten Form darauf hinzuweisen und zu eröffnen, daß unter diesem Zustand von keiner Wirtschaftsplanung mehr die Rede sein kann."[40]

Selbmann war um die Mitte des Jahres 1946 im übrigen beileibe nicht der einzige hochrangige SED-Funktionär, der jenseits seiner öffentlichen Stellungnahmen eine durchaus realistische Sicht der Wirtschaftslage in Sachsen hatte. Auch Fritz Große, damals als ehemaliger kommunistischer Jugendfunktionär in der sächsischen Landesleitung der Einheitspartei beschäftigt, äußerte sich ungeschminkt – und hatte darüber hinaus den Mut, einen entsprechenden Bericht Anfang August 1946 unmittelbar nach Moskau zu senden. Gleichfalls unter Bezugnahme auf das Vorgehen der SMAS führte Große aus, es könne „von solider Planarbeit natürlich keine Rede" sein, hier müsse „geändert werden, denn das kompromittiert den Gedanken der Planwirtschaft […]". Als Kronzeugen hierfür führte Große keinen anderen als Fritz Selbmann an.[41]

Darüber hinaus ließen sich auch ‚einfache' Zeitgenossen den Blick durch die propagandistischen öffentlichen Reden der verantwortlichen Parteifunktionäre nicht vernebeln. Ein Beispiel dafür mag jener mutige, seinen Namen nicht verschweigende Briefschreiber aus Niesky sein, der Selbmann unter dem Datum des 26. Juli 1946 – also drei Tage nach dessen oben erwähnter Versammlungsrede – die Leviten las: „Herr Vizepräsident, es fängt schon wieder genau so an, wie damals bei den Nazis und erinnert ganz an die Machenschaften jenes Ministers Klumpfuß [gemeint ist natürlich Goebbels] und seiner Pressekollegen, also Volksverdummung. Sie wissen doch selbst genau, oder überhaupt am Besten [sic] wie tief die Karre heute in Dreck steckt, jeder Schaffende in der Industrie, in Handel, Handwerk und Gewerbe weiss ja nur zu genau, welchen Trümmerhaufen unzulänglicher Industrieller [sic] Anlagen uns das ‚Tausendjährige Reich' dazu hinterlassen hat. Oder soll die Bevölkerung Sachsens der Meinung sein, in Dresden sitz[t] ein Vizepräsident Selbmann, der über die tatsächliche Lage keinen blassen Dunst hat und nur ein Phrasendrescher nach der Machart der Herren des Dritten Reiches ist."[42]

In dem kürzlich veröffentlichten Erinnerungsband kommt Selbmann zwar noch einmal auf Schwierigkeiten mit der Wirtschaftsplanung zurück, allerdings wiederum nur sehr oberflächlich. Er zitiert ausführlich eine eigene Ansprache von Ende Januar 1947, in der er in der Hauptsache eingesteht, daß bei der Umsetzung der Wirtschaftsplanung „ein gewisser Bürokratismus" eingerissen sei, macht dann jedoch für weitere Mängel nicht etwa das Planungssystem als solches, sondern vielmehr die Erscheinungen des Schwarzen Marktes, der die Planungsvorgaben

---

[40] SAPMO-Barch, NY 4113/16, Bl. 117.

[41] Vgl. Ulrich Mählert, „Im Interesse unserer Sache würde ich empfehlen …". Fritz Große über die Lage in Sachsen, Sommer 1946, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 214–245, hier S. 226 f.

[42] SächsHStA Dresden, LRS, MfW, Nr. 511, Bl. 117.

weitreichend unterlaufe, verantwortlich.[43] Von der Besatzungsmacht und deren Rolle verlautet auch an dieser Stelle nichts. Darüber hinaus wußte Selbmann auch weit mehr über systembedingte Planungsmängel, als er eingestand. Kurz nach der zitierten Rede ging in Selbmanns Wirtschaftsministerium ein Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung der Stadt Meißen ein, worin dieser gleich eingangs betonte, daß er ein altgedienter Funktionär der Arbeiterbewegung sei und daß es ihm keineswegs darum ginge, den eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs generell anzugreifen. Was dann jedoch folgt, ist eine verheerende Kritik am bestehenden Planungssystem aus der Sicht eines für deren praktische Umsetzung verantwortlichen Angehörigen der Verwaltung. Detailliert werden gravierende sachliche Unzulänglichkeiten aufgelistet, die bis zu schweren Fehlern bei einfachen Rechenoperationen reichen. Die Schlußfolgerung lautet: „Die Planzahlen in dieser Form besitzen also keinerlei praktischen Wert, sondern sind nur, entschuldigen Sie den harten Ausdruck, aber er entspricht den Tatsachen, eine Zahlenspielerei."[44] Nachdem weitere Beispiele für Fehler angeführt wurden, lautete die zusammenfassende Bewertung des Meißner Wirtschaftsfunktionärs: „Dulden wir derartige entscheidende Schwächen und Fehler, dann wird unsere gesamte Planung zu einer Spielerei und der Papierkrieg ist sinn- und zwecklos und dient unsinniger Nachweiserbringung für die Daseinsberechtigung der einzelnen Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Planung. Darüber hinaus besteht bei einer solchen Handhabung der Planung die grosse Gefahr, dass bei den unteren Verwaltungsbehörden eine Arbeitsunlust einsetzt, weil man dort die Sinnlosigkeit einer solchen Methodik erkennt und dadurch in eine Depression hineingetrieben wird. Weiter macht man sich mit derartigen Methoden […] bei den Betriebsleitungen lächerlich und steigert dadurch die vorhandenen [sic] Antiplaneinstellung derselben."[45]

Ressortchef Selbmann beauftragte die Planökonomische Abteilung seines Ministeriums mit der Überprüfung der angeführten Mängel – und diese kam zu dem Schluß, sie seien „völlig mit Recht und völlig sachlich dargelegt" worden.[46] Der Blick in die Akten seines ehemaligen Ministeriums mag dem Memoirenschreiber Selbmann zu Beginn der 1970er Jahre verwehrt gewesen sein, hat ihn indessen sein Erinnerungsvermögen wirklich in diesem Ausmaß getrogen?[47]

Die ‚Freunde'

Über das hier schon angeschnittene Verhältnis zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und den mit deren Hilfe installierten leitenden kommunistischen Funktionären in der Wirtschaftsverwaltung heißt es in den vorliegenden veröffentlich-

---

[43] Vgl. SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), 162 ff.
[44] SächsHStA Dresden, LRS, MP, Nr. 2090 – Film Nr. K I 205, Aufn. 119.
[45] Ebd., Aufn. 120.
[46] Ebd., Aufn. 78 f.
[47] Detailliert zur Problematik der Wirtschaftsplanung vgl. WINFRID HALDER, Fritz Selbmann und der Beginn der Wirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone

ten Selbmann-Erinnerungen: „Es war ganz natürlich, daß zwischen den Vertretern der Sowjetmacht und den revolutionären Kräften in der deutschen Bevölkerung sich ein besonders enges Vertrauensverhältnis entwickelte, und es steht außer Zweifel, daß ohne dieses Vertrauensverhältnis, das zudem auf der Basis einer gemeinsamen Ideologie beruhte, der Übergang zum neuen Leben und zu einer neuen Gesellschaftsstruktur sehr viel schwieriger und komplizierter verlaufen wäre."[48] Dagegen äußert sich Selbmann in den unveröffentlichten Memoiren über seinen zunächst wichtigsten Ansprechpartner bei der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen, über Oberst Blochin, wie folgt: Blochin habe sich lange nicht von der „Mentalität eines in Feindesland einmarschierten Frontsoldaten" trennen können. Er habe mit diesem „sehr oft ernsthafte Differenzen" gehabt. Der Oberst habe ferner, als Selbmann ihn mit dem Appell, „sich als Kommunist in unsere Lage zu versetzen", um eine flexiblere Umsetzung der sowjetischen Reparationsansprüche bat, dies unter Hinweis auf das „Recht des Okkupanten" abschlägig beantwortet.[49] Als Selbmann Blochin darauf ansprach, daß von sowjetischer Seite eingezogene Güter der deutschen Verwaltung vielfach nicht korrekt auf dem Reparationskonto gutgeschrieben würde, wischte dieser Selbmanns Beschwerde mit einem Satz vom Tisch: „Das System bestimmt der Okkupant."[50]

Selbmanns gesamte Tätigkeit als sächsischer Wirtschaftsressortchef wurde entscheidend bestimmt durch die sowjetischen Reparationsansprüche und die Art und Weise, in der diese realisiert wurden. Gleichwohl geht Selbmann auf diesen Punkt in den veröffentlichten Memoiren kaum näher ein. Einmal erwähnt er die „Wiedergutmachungsverpflichtungen", unmittelbar danach erweckt er den Eindruck, als sei es bei den Demontagen lediglich um Rüstungsbetriebe im engeren Sinn beziehungsweise solche gegangen, die „für den Krieg produzierten."[51] Immerhin gesteht er an anderer Stelle zu, die Demontagen „in sehr vielen Fällen für außerordentlich schmerzlich gehalten" zu haben.[52] Auf die Nennung von Zahlen und eine nähere Kennzeichnung der ökonomischen Folgen der Demontagen läßt sich Selbmann allerdings nirgendwo ein. Dabei dürfte er in dieser Beziehung zu den bestinformierten Personen in der SBZ gehört haben. Bereits seit dem Sommer 1945 gingen dem Dresdner Wirtschaftsressort regelmäßig Berichte über den Umfang der Demontage-Verluste in der sächsischen Industrie zu.[53] Im Herbst 1945 schon befürchtete ein KPD-interner Bericht, der ohne Zweifel auf Informationen

---

Deutschlands (SBZ) 1945–1949, in: Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, hrsg. von Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 22), Köln, Weimar, Wien 2003, S. 327–348.

48 SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 52.

49 Vgl. SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1, Bl. 102 ff.

50 Ebd., Bl. 107.

51 SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 91 f.

52 Ebd., S. 156.

53 Vgl. SächsHStA Dresden, LRS, MP, Nr. 1380 – Film Nr. K I 137, Aufn. 80 ff.

aus Selbmanns Ressort basierte, katastrophale Auswirkungen.[54] Freilich gingen die Abbaumaßnahmen, dem Katastrophenszenario, das den deutschen ‚Genossen' bereits vor Augen stand, zum Trotz, ungebremst weiter.

Selbmann verweist in seinem Memoirenband auch darauf, daß ja in den westlichen Besatzungszonen gleichfalls demontiert worden sei,[55] womit er selbstverständlich Recht hat. Allerdings hat Selbmann – wohlweislich? – jeden quantitativen Vergleich vermieden. Mit der Weigerung, das Ausmaß der sowjetischen Demontagen klar zu benennen, befindet er sich allerdings in illustrer Gesellschaft. Auch in den einschlägigen Standardwerken der DDR-Geschichtswissenschaft wird dies nicht getan – wo überhaupt Zahlen genannt werden, sind diese falsch. So wird zum Beispiel in der vom Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung 1984 veröffentlichten Darstellung zur Geschichte der Wirtschaftspolitik der SED behauptet, insgesamt seien in der ganzen SBZ 676 Betriebe demontiert worden.[56] Allein in Sachsen waren bis Ende 1945 in Wahrheit schon rund 600 Betriebe abgebaut[57]; insgesamt sind hier bis 1948 rund 1000 Betriebe demontiert worden.[58] Die Gesamtzahl der in der SBZ demontierten Betriebe, die wohl nicht mehr völlig exakt zu bestimmen sein wird, liegt nach neueren Schätzungen bei deutlich über 3000.[59] In den flächenmäßig ungleich größeren westlichen Besatzungszonen sind dagegen insgesamt 669 Betriebe demontiert worden.[60]

Fritz Selbmann gehörte zu denjenigen in der DDR, die zeitlebens eine zutreffende Vorstellung von der wahren Dimension der sowjetischen Demontagen hatten – und sich darüber ausschwiegen.

---

[54] Vgl. WINFRID HALDER, Demontagen in Sachsen 1945/46. Ein Schlüsseldokument zu Kenntnisstand und Reaktionen der KPD, in: NASG 70 (1999), S. 173–203, hier S. 173 ff.

[55] Vgl. SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 156 f.

[56] Vgl. Zur Wirtschaftspolitik der SED, Bd. 1: 1945 bis 1949, Berlin [Ost] 1984, S. 89.

[57] Vgl. HALDER, Modell (wie Anm. 2), S. 211.

[58] Vgl. RAINER KARLSCH, Rekonstruktion und Strukturwandel in der sächsischen Industrie von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert, hrsg. von Werner Bramke/Ulrich Heß (Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 2), Leipzig 1998, S. 89–132, hier S. 92 f.

[59] Vgl. JOCHEN LAUFER, Von den Demontagen zur Währungsreform. Besatzungspolitik und Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1948, in: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), hrsg. von Michael Lemke (Zeithistorische Studien, Bd. 3), Köln, Weimar, Wien 1999, S. 163–186, hier S. 169; ähnlich RAINER KARLSCH, Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR im Spiegel deutscher und russischer Quellen, in: Die Wirtschaft im geteilten und im vereinten Deutschland, hrsg. von Karl Eckart/Jörg Roesler (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 69), Berlin 1999, S. 9–30, hier S. 11 ff.; neuerdings widmet sich dem Thema umfassend: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen 1944–1949, hrsg. von RAINER KARLSCH/JOCHEN LAUFER (Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 17), Berlin 2002; zu Sachsen in diesem Band: WINFRID HALDER, „Verhängnisvolle Wirkungen und empfindliche Lähmungen im Wirtschaftsablauf". Zur Einschätzung von Ausmaß und Folgen der Demontagen im sächsischen Wirtschaftsressort 1945–1947 (S. 447–472).

[60] Vgl. KARLSCH, Rekonstruktion (wie Anm. 58), S. 92 f.

Lediglich an einer Stelle geht Selbmann in den veröffentlichten Erinnerungen etwas offener auf die Probleme ein, die sich für ihn aus dem Verhalten der Besatzungsmacht ergaben. Auch hier bleibt er allerdings sehr zurückhaltend und knapp: Im Verlauf des Jahres 1947 hätten sich Schwierigkeiten bei der Planerfüllung ergeben, da die erforderlichen Mengen an Roh- und Hilfsstoffen in der SBZ selbst nicht zu beschaffen waren. Da aber der gesamte Außen- und Interzonenhandel ausschließlich unter der Regie der SMAD stattfand, sei er bestrebt gewesen, auf die Einfuhrmengen größeren Einfluß zu gewinnen. Ferner sei die Abstimmung zwischen den „wirtschaftsleitenden Organen" der SMA und denen der Landesregierung hinsichtlich der Produktions- und Verteilungspläne unzureichend gewesen. Und schließlich sei es immer wieder dazu gekommen, daß örtliche Kommandanten der Militäradministration – deren Tätigkeit Selbmann sonst sehr lobt – „auf das wirtschaftliche Geschehen auch der den zentralen Verwaltungen unterstehenden Betriebe Einfluß nahmen." Weiter heißt es dann: „Nachdem ich längere Zeit durch häufige Interventionen bei den höheren Verwaltungsstellen der SMA versucht hatte, die entstehenden und entstandenen Schwierigkeiten zu beheben, glaubte ich zuletzt, kein anderes Mittel zur Verbesserung der Lage zu haben als die Zusammenstellung aller von der Landesregierung Sachsen vorzubringenden Einwendungen gegen bestehende Unzulänglichkeiten in einem Schriftstück, das ich – sogar unter Umgehung des üblichen Instanzenweges – an die höchste Entscheidungsstelle herantrug."[61]

Was sich hier verhältnismäßig unscheinbar ausnimmt, war in Wahrheit wohl eine von Selbmanns wichtigsten und gewagtesten Aktionen in seinem ganzen Politikerleben. Das „Schriftstück", auf das er hier verweist, ist mittlerweile der Öffentlichkeit schon länger bekannt, da Rainer Karlsch es in Selbmanns nicht publizierten Erinnerungen im ehemaligen Parteiarchiv vorfand und 1993 veröffentlichte.[62] Welche Bedeutung Selbmann selbst dem Memorandum zumaß, wird daraus erahnbar, daß er es als einziges Dokument überhaupt im vollen Wortlaut in die Parteiarchiv-Erinnerungen übernahm.[63]

In seinen zur Veröffentlichung bestimmten Erinnerungen mochte Selbmann das „Schriftstück" offenbar in dieser Form nicht wiedergeben, obwohl er sonst ja sehr ausführlich aus eigenen Unterlagen zitiert. Ein Blick auf den Inhalt läßt deutlich werden, warum Selbmann dies nicht tat. Hätte er den Inhalt nicht nur sehr verkürzt und umschrieben wiedergegeben, hätte sich ein ganz anderes Bild vom Einfluß der Besatzungsmacht auf die Wirtschaft der SBZ ergeben. In den nicht veröffentlichten Erinnerungen geht Selbmann zunächst auch sehr viel deutlicher auf die Entstehungsumstände des Memorandums ein. Zu dessen unmittelbarer Vorgeschichte gehörte danach der Katastrophen-Winter 1946/47, in welchem die

---

[61] SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 192 f.

[62] Vgl. RAINER KARLSCH, Das „Selbmann-Memorandum" vom Mai 1947. Fritz Selbmann und die Reparationslasten der sächsischen Industrie, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 35 (1993), S. 88–125, hier S. 88 ff.

[63] Vgl. SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1, Bl. 115–131.

Not der Bevölkerung auch in Sachsen infolge des Zusammenbruchs der Versorgungssysteme ihren Tiefpunkt erreichte. Die ohnehin erdrückenden Probleme seines Geschäftsbereichs seien aber durch die Schwierigkeiten noch verschärft worden, „die sich aus einer nach meiner damaligen Anschauung nicht richtigen und politisch wirksamen Besatzungspolitik ergaben."[64] Er habe daraufhin bis zum Frühjahr 1947 „auf alle mögliche Art und Weise", vor allem in persönlichen Unterredungen mit Vertretern der SMAS versucht, einerseits Klarheit hinsichtlich der auf Sachsen lastenden Reparationsverpflichtungen zu schaffen, andererseits aber die eigenmächtigen Eingriffe der untergeordneten Stellen der SMA in wirtschaftliche Abläufe abstellen zu lassen.[65] Gerade letzterer Aspekt spielte eine weit größere Rolle, als Selbmann in den zur Veröffentlichung bestimmten Erinnerungen eingestehen wollte. In den Parteiarchiv-Erinnerungen heißt es in diesem Zusammenhang: Im Laufe der Jahre 1946 und 1947 habe es neben den Planungsproblemen, die aus den für das Dresdner Wirtschaftsressort in keiner Weise kalkulierbaren Demontagen und den Reparationen folgten, immer wieder Schwierigkeiten durch willkürliche ‚Entnahmen' von Konsumgütern und Produktionsmitteln insbesondere durch sowjetische Kreis- und Stadtkommandanten gegeben. Selbmann schrieb dazu zu Beginn der 1960er Jahre: „Den größten Teil [!] der Anstrengungen der örtlichen Organe und der Landesverwaltung in Sachsen nahm jedoch der ständige Kampf gegen den schwarzen Markt, so weit es die deutsche Bevölkerung betraf, und die willkürlichen Eingriffe untergeordneter Besatzungsorgane, insbesondere der Kreiskommandanten, ein." Und mit Blick auf den gleichen Kontext heißt es: „Diese Fragen waren nicht nur deshalb wichtig, weil sie materiell die Grundlagen des Wiederaufbaus der Wirtschaft entscheidend berührten, sondern auch deshalb, weil durch die Praxis der damaligen Arbeit der Besatzungsorgane eine geregelte Versorgung selbst mit Mangelwaren unmöglich gemacht wurde."[66]

Selbmann hat offenbar längere Zeit mit sich gerungen, bevor er den Entschluß zu seinem durchaus ungewöhnlichen Schritt faßte. Zu seiner Stimmung vor der Absendung des Memorandums vermerkt er in den unveröffentlichten Erinnerungen: „Ich gebe offen zu, daß ich, nachdem ich auch einigemale den Zentralvorstand der Partei unterrichtet hatte, ziemlich verzweifelt war."[67] Selbmanns Handlungsweise war zweifellos riskant, denn er überging dadurch, daß er die Denkschrift unmittelbar nach Moskau sandte, sowohl die Instanzen der Sowjetischen Militäradministration wie auch die Führung der eigenen Partei. Mit dem im kommunistischen Spektrum sakrosankten Begriff der ‚Parteidisziplin' war dies schwerlich in Einklang zu bringen – um so deutlicher wird, wie desparat die Situation nach Einschätzung des amtierenden sächsischen Wirtschaftsministers war. Ermöglicht wurde die unmittelbare Übermittlung des Memorandums in die Mos-

---

[64] Ebd., Bl. 108.
[65] Ebd., Bl. 108 f.
[66] Ebd., Bl. 107 f.
[67] Ebd., Bl. 109.

kauer Machtzentrale durch die Hilfe Fritz Großes, der über eine direkte persönliche Verbindung zur höchsten Führungsebene verfügte. Allerdings ist nicht bekannt, wem genau das Papier zuging.[68] Auch Selbmann konnte im Nachhinein nur vermuten, daß das Memorandum „auf dem Tisch gelandet ist, für den es gedacht war"[69] – und das dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach der von Stalin selbst gewesen sein.

Wer auch immer das Papier, dessen Überschrift „Voraussetzungen für die Durchführung einer geregelten Wirtschaftsplanung im Lande Sachsen" lautete, gelesen hat, der mußte wissen, daß es nach Selbmanns Meinung eines fundamentalen Kurswechsels hinsichtlich des Umgangs der Besatzungsmacht mit der Wirtschaft Sachsens, aber auch der gesamten SBZ bedurfte, wenn der Führung der UdSSR wirklich an einem raschen Wiederaufbau gelegen war. In 25 Punkten monierte Selbmann die willkürliche und kontraproduktive Praxis der SMA. Im einzelnen forderte er unter anderem:

- eine stark verbesserte Roh- und Hilfsstoffversorgung zu ermöglichen und zwar durch eine Ausweitung des Interzonen- und Außenhandels, die Beseitigung der absoluten Vorrangstellung der Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) bei der Rohstoffversorgung sowie deren Eingliederung in das Plan- und Festpreissystem, das für die Betriebe in deutscher Regie verbindlich galt,
- eine ganze Reihe von Verbesserungen hinsichtlich des Prüfungs- und Genehmigungsverfahrens der SMA für die Wirtschaftspläne,
- die noch immer ausstehende Vereinheitlichung des Bewirtschaftungssystems für die ganze SBZ, da es zwischen den Ländern hier unverändert erhebliche und äußerst störende Differenzen gab,
- eine wirklich bindende Zusage über die Einstellung der Demontagen,
- eine Ausweitung der Eigenverantwortlichkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung, während die SMA auf Kontrollfunktionen beschränkt werden sollte, und manches mehr.[70]

In den veröffentlichten Erinnerungen führt Selbmann zu den Folgewirkungen des Memorandums aus, daß er zum Chef der Wirtschaftsabteilung der SMAD in Karlshorst zitiert worden sei. In der Unterredung habe er seine Monita auch noch einmal mündlich vorgetragen. Daraufhin sei ihm die Leitung einer von ihm gleichfalls geforderten zentralen Wirtschaftsplanungsstelle für die ganze SBZ angeboten worden. Selbmann hat dies zum Erstaunen der anwesenden SMAD-Funktionäre jedoch abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß er glaubte „zu dieser Zeit noch in dem führenden Industrieland der Zone notwendig am Platze zu sein."[71] Auch der heutige Betrachter mag stutzen – einerseits brachte Selbmann heftige Be-

---

[68] Vgl. KARLSCH, Selbmann-Memorandum (wie Anm. 62), S. 102 f.
[69] SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1, Bl. 111.
[70] Vgl. ebd., Bl. 115 ff.
[71] SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 193 f.

schwerden vor, andererseits schlug er offenbar die Möglichkeit aus, selbst Verantwortung für die Wirtschaftsplanung auf der Ebene der ganzen SBZ zu übernehmen, und zog es vor, an seinem Dresdner Ministersessel festzuhalten. Selbmanns Rechtfertigung wirkt ein wenig konstruiert: er habe geglaubt, in Sachsen noch gebraucht zu werden. In Wahrheit dürfte es so gewesen sein, daß Selbmann, der durchaus ein ausgeprägtes Machtbewußtsein besaß, klar sah, daß die Besatzungsmacht einstweilen nicht bereit sein würde, die anvisierte „zentrale Planungsstelle" gegenüber den relativ selbständig agierenden Ländern wirklich mit eindeutig übergeordneten Kompetenzen auszustatten – aus vorrangigen deutschlandpolitischen Rücksichten. Und so kam es denn auch: Die im Juni 1947 auf Befehl der SMAD gegründete ‚Deutsche Wirtschaftskommission' (DWK) erhielt in ihrer zunächst geltenden Organisationsform kein Weisungsrecht gegenüber den Wirtschaftsministerien der Länder. Die Leitung der zur DWK gehörenden ‚zentralen Planungsstelle' (‚Abteilung für Wirtschaftsfragen') übernahm nach Selbmanns Weigerung Bruno Leuschner – und der blieb auf die durchaus nicht immer vorhandene Kooperationswilligkeit der Länderinstanzen angewiesen. Auch Selbmann machte Leuschner, unbeschadet ihres persönlich guten Verhältnisses, wiederholt deutlich, daß er ihm als sächsischem Wirtschaftsminister wohl Vorschläge unterbreiten könne – aber daß er, Selbmann, allein die Entscheidung über deren Relevanz für Sachsen treffen würde. Die DWK in ihrer ersten Form blieb eine außerordentlich schwache Instanz, die praktisch keine wirkliche Koordinierungsfunktion für die ganze SBZ ausüben konnte.[72]

Wer genau hinsieht, bemerkt, daß Selbmann jenseits des Gesprächs in Karlshorst auf sachliche Folgen seiner Denkschrift überhaupt nicht eingeht, es verlautet nichts über die Konsequenzen seiner Forderungen im einzelnen. Dies gilt für den publizierten Erinnerungsband, aber auch für die Parteiarchiv-Erinnerungen. Hier bricht Selbmann die bis dahin chronologische Darstellung seiner Tätigkeit als sächsischer Wirtschaftsressortchef abrupt ab und setzt erst wieder mit seiner Berufung zur neu strukturierten – und jetzt mit Weisungsmacht gegenüber den Ländern ausgestatteten – DWK im Frühjahr 1948 ein.[73] Das heißt, daß Selbmann das letzte dreiviertel Jahr seiner Amtszeit als Minister in Dresden ausgeklammert hat. Eine Erklärung hierfür muß spekulativ bleiben; es liegt aber nahe, daß Selbmann auf diese Monate nicht zu sprechen kam, weil er über die ausbleibenden realen Konsequenzen seines Memorandums zu tief enttäuscht war. Tatsächlich ist im Grunde kein von Selbmann geltend gemachter Beschwerdegrund seitens der Besatzungsmacht wirksam abgestellt worden. Nicht einmal die Willkür der subalternen Kommandanten endete, ein Problem, das vermeintlich auf dem Weg militärischen Gehorsams rasch zu beseitigen gewesen wäre. Tatsächlich hatte die SMAD langfristig erhebliche Schwierigkeiten mit der Disziplinierung der ihr unterstellten Offiziere und Soldaten, es grassierten Korruption und persönliche Bereicherung

---

[72] Vgl. HALDER, Modell (wie Anm. 2), S. 450 ff.
[73] Vgl. SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1, Bl. 132 ff.

in großem Maßstab.[74] Auch sonst ist praktisch keine der Forderungen Selbmanns umgesetzt worden.[75] Tatsächlich findet sich in seinem Nachlaß ein Papier, das offenbar im Januar oder Februar 1948 entstanden ist, mithin unmittelbar vor Selbmanns Berufung von Dresden nach Berlin. Es handelt sich ziemlich eindeutig um eine aktualisierte Fassung des Memorandums vom Mai 1947 – und es kehren so gut wie alle darin enthaltenen Punkte wieder.[76] Allerdings ist nicht ersichtlich, ob und gegebenenfalls wem Selbmann das Papier weitergeleitet hat. Selbmann, der die auf sowjetischen Befehl durchzuführende Wirtschaftsplanung praktisch umzusetzen hatte – und darauf sehr schlecht vorbereitet war –, war hinsichtlich der Rolle der Besatzungsmacht vollkommen desillusioniert. So heißt es hier im Zusammenhang mit den zahlreichen Planungsproblemen, es sei „unverständlich, daß die großen Erfahrungen der sozialistischen Planwirtschaft der UdSSR den verantwortlichen Leitern der Wirtschaftsplanung der Länder nicht übermittelt werden."[77] Tatsächlich vereitelte die Besatzungsmacht die Bemühungen der von ihr selbst eingesetzten, kommunistisch dominierten Wirtschaftsverwaltung in der SBZ um ein funktionierendes System der Wirtschaftsplanung nicht allein durch ihre zum Teil vollkommen unkalkulierbare Art und Weise der Reparationseintreibung, sie war auch zumindest vor 1948 nicht bereit, die mit entsprechenden Aufgaben betrauten SED-Funktionäre wenigstens systematisch anzuleiten.[78] Wolfgang Leonhard hat einen bezeichnenden Ausspruch eines führenden SED-Funktionärs überliefert, der aus dem zeitlichen Umfeld des zweiten Parteitages der Einheitspartei (September 1947) stammt und der im Zusammenhang mit den ökonomischen Aspekten des Verhaltens der Besatzungsmacht – natürlich hinter vorgehaltener Hand – fiel: „Sie [gemeint sind die Sowjets] nehmen auf uns keine Rücksicht."[79]

Fritz Selbmann hat immerhin in seinen unveröffentlichten Erinnerungen eingeräumt, es habe „einige Vertreter der Besatzungsorgane [gegeben], die unsere Lage und auch die Politik unserer Partei nicht verstanden […]."[80] Öffentlich hat auch er geschwiegen. Die von Fritz Große frühzeitig befürchtete Kompromittierung der in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst in ganz Deutschland auf breite Zustimmung stoßenden Idee der Wirtschaftsplanung[81] wurde durch die Vorgänge in der SBZ rasch Realität – und verschaffte der anfangs äußerst umstrittenen Rückkehr zur Marktwirtschaft in den westlichen Besatzungszonen erheblichen Rückenwind.

---

[74] Vgl. Norman Naimark, The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949, Cambrigde/Mass., London 1995, S. 11 ff., 173 ff.
[75] Vgl. Halder, Modell (wie Anm. 2), S. 456 ff.
[76] Vgl. SAPMO-Barch, NY 4113/16, Bl. 84–105.
[77] Ebd., Bl. 92.
[78] Vgl. Halder, Modell (wie Anm. 2), S. 595 ff.
[79] Leonhard, Revolution (wie Anm. 23), S. 581.
[80] SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1, Bl. 102.
[81] Vgl. Gerold Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 10), S. 14 ff.

Der Volksentscheid in Sachsen 1946 – demokratische Legitimation der Enteignungen in der Industrie?

Ein letztes Beispiel bei der kritischen Sichtung der veröffentlichten Memoiren Fritz Selbmanns soll angeführt werden: Selbmann war in Anbetracht seiner Funktion als sächsischer Wirtschaftsressortchef entscheidend an der Vorbereitung und Durchführung des „Volksentscheides zur Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher" beteiligt, der am 30. Juni 1946 in Sachsen abgehalten wurde. Infolge des Volksentscheides kam es zur ersten großen Enteignungswelle in der sächsischen Industrie und zum Aufbau des Systems der zunächst ‚landeseigene', später ‚volkseigene' Betriebe genannten Staatsunternehmen. Der Volksentscheid als angeblich demokratische Legitimation der Schaffung der späteren VEB spielte eine große Rolle im historischen Selbstverständnis der DDR[82] und auch Selbmann hat ihm in seinen veröffentlichten Erinnerungen breiten Raum gewährt. Durch den Volksentscheid und die Gründung der SED sei das Jahr 1946, so Selbmann, „das historisch bedeutsamste Jahr der Nachkriegszeit" geworden.[83]

Nun sollte man meinen, daß Selbmann als seinerzeit dem engsten Kreis der verantwortlich agierenden Personen angehörender Zeitzeuge ein Bild von der Vorgeschichte des Volksentscheides zu zeichnen vermochte, welches einer kritischen Prüfung aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive standzuhalten vermag. Allein es ist auch in diesem Fall nicht so. Selbmann führt in dem veröffentlichten Memoiren-Band aus, es habe nach Kriegsende keinen Zweifel „über die Notwendigkeit der Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis und ihre Ausschaltung aus wirtschaftlichen Machtpositionen" gegeben. Genau darum sei es beim Volksentscheid gegangen. Dagegen freilich hätten „reaktionäre Kräfte" opponiert; Selbmann nennt in diesem Zusammenhang insbesondere den sächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hugo Hickmann, dessen Parteifreund Gerhard Rohner, der das Finanzressort der LVS leitete, Hermann Kastner, den Landesvorsitzenden der LDP in Sachsen und schließlich Ferdinand Friedensburg (CDU), der zu diesem Zeitpunkt noch als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in Berlin amtierte. Gerade über Friedensburg läßt sich Selbmann seitenweise als angeblichen „Platzhalter der Reaktion" aus.[84] Dies tut er übrigens auch in seinen nicht publizierten Erinnerungen;[85] – der spätere West-Berliner Bürgermeister war für Selbmann offenbar geradezu eine diabolische Verkörperung alles Schlechten am Kapitalismus.

Tatsächlich haben insbesondere Hickmann und Kastner im Vorfeld des Volksentscheides – der immer wieder öffentlich als gemeinsam von allen zugelassenen

---

[82] Vgl. als ein Beispiel, das durch zahlreiche weitere ergänzt werden könnte ROLF BADSTÜBNER u. a., Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] [4]1984, S. 64 ff.

[83] SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 104.

[84] Ebd., S. 108 ff.

[85] Vgl. SAPMO-Barch, Sg Y 30/1098/1, Bl. 244 ff.

Parteien getragene Aktion deklariert wurde – den Intentionen der beteiligten SED-Politiker Widerstand entgegengesetzt. Dies allerdings keineswegs weil sie gegen das gleichermaßen stereotyp der Öffentlichkeit vermittelte Ziel des Volksentscheides, nämlich die strafweise Enteignung solcher Unternehmer, die sich durch ihre Haltung unter dem NS-Regime politisch schuldig gemacht hatten, gewesen wären, sondern vielmehr, weil sie die unablässig bekundete Zielrichtung des Volksentscheides wörtlich nahmen. Der Konflikt zwischen den SED-Verantwortlichen und den Landesführungen von CDU und LDP entzündete sich an der Art und Weise, in der die Listen mit den zu enteignenden Betriebe erstellt wurden.

Selbmann geht in seinen veröffentlichten Erinnerungen auch auf die Listenerstellung ein. Diese waren durch örtliche Kommissionen, die von den beteiligten Parteien und dem FDGB besetzt wurden, zu erarbeiten. Diesen Kommissionen sollten verbindliche, von den beteiligten politischen Kräften einvernehmlich formulierte „Richtlinien" vorliegen, nach denen sie individuelle Einzelfallprüfungen vorzunehmen hatten. Dazu Selbmann in seinen veröffentlichten Erinnerungen: „Es mußte schließlich ja bereits vor dem Volksentscheid genau definiert werden, welche der beschlagnahmten Betriebe unter die Enteignung fielen, das heißt, es mußten allgemeingültige Grundsätze formuliert werden, die von allen politisch führenden Kräften gestützt wurden und der Bevölkerung, die zur Stimmabgabe aufgefordert wurde, bekanntzumachen waren."[86] Anschließend zitiert er die „Richtlinien", die tatsächlich die Begriffe „Naziverbrecher", „aktive Nazis" sowie „Kriegsinteressenten" definierten, im vollen Wortlaut.[87] Dann fährt er fort: „Nachdem also diese Richtlinien durch einstimmigen Beschluß der Kommission festgelegt waren, konnte an die konkrete, mit Namen und Adresse versehene Aufstellung der Enteignungslisten herangegangen werden."[88]

Der tatsächliche Verlauf der Listenerstellung war indessen vollkommen anders. Bereits am 24. April 1946 – die Erstellung der Enteignungslisten war durch die örtlichen Kommissionen längst in Angriff genommen – wandte sich der LDP-Vorsitzende Kastner schriftlich an Selbmann und den Präsidenten der LVS, Rudolf Friedrichs (SPD/SED). Ihm sei glaubhaft versichert worden, daß Selbmann dem seinen Ressort unterstellten, an der Listenerstellung beteiligten ‚Amt für Betriebsneuordnung' in Bautzen die Weisung gegeben habe, auf die Enteignungsliste „alle diejenigen Betriebe aufzunehmen, die sich irgendwie zur Verstaatlichung eignen". Dies würde, so Kastner, den bisherigen Absprachen zwischen den Parteien „diametral entgegenlaufen", und er forderte, die bisher „völlig missverständlichen Voraussetzungen" der Listenerstellung endlich zu klären.[89] Erst eine weitere Woche später war es dann soweit, daß in einer gemeinsamen Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsvertreter die genannten „Richtlinien" verabschiedet werden konn-

---

[86] Selbmann, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 126.
[87] Vgl. ebd., S. 126 ff.
[88] Ebd., S. 129.
[89] SächsHStA Dresden, LRS, MP, Nr. 1431, Bl. 10 ff.

ten.[90] Diese wurden nun aber nicht – entgegen den Bekundungen auch der SED-Vertreter – zur Grundlage einer Überprüfung beziehungsweise der Fertigstellung der bereits vorhandenen Listen in den lokalen Enteignungskommissionen. Daraufhin schrieb Johannes Dieckmann, seinerseits Mitglied im sächsischen Landesvorstand der LDP, an Selbmann und beklagte, daß die Mißachtung der „Richtlinien" eklatant sei: Politisch unbescholtene Unternehmer würden darauf plaziert, während andererseits politisch Belastete, die sich allerdings mittlerweile der SED zugewandt hätten, nicht darauf zu finden seien. Die von örtlichen liberaldemokratischen Kommissionsmitgliedern erhobenen Einwände seien ignoriert, ihre Aufnahme ins Protokoll zugleich verweigert worden. Dieckmann verwies auf das seiner Partei vorliegende „heute schon zu Bänden anwachsende Material über schwerste Ungerechtigkeiten und Inkorrektheiten, mit denen im Land vielfach gearbeitet wird". Man tue „draußen auf ziemlich breiter Front genau das Gegenteil von dem, was sämtliche Präsidialmitglieder und alle Vertreter der Blockparteien" gemeinsam beschlossen hätten. Schließlich forderte der LDP-Funktionär Selbmann mit Nachdruck auf, für die sofortige Veröffentlichung der „Richtlinien" und deren genaueste Beachtung Sorge zu tragen.[91]

Selbmann hat dies nicht getan. Bereits am 15. Mai 1946 war es wieder Hermann Kastner, der heftige Beschwerde führte; er wandte sich jetzt allerdings gleich an LVS-Präsident Friedrichs und nicht mehr an Selbmann – vermutlich in der Annahme, daß dieser sich von weiteren Klagen ohnehin nicht beeindrucken lassen würde. Kastner knüpfte an die Vorwürfe Dieckmanns an und bekundete die Überzeugung, daß die LDP ihre Zustimmung zum Volksentscheid auf der Grundlage der vorliegenden Listen verweigern müsse. Weiter heißt es in Kastners Schreiben wörtlich: „Nach den uns aus dem ganzen Land vorliegenden Berichten sind in den vorbereitenden Besprechungen der unteren Organe die dem Volksentscheid zu unterwerfenden Betriebe großenteils überhaupt nicht nach der politischen Belastung des Inhabers, sondern ausschließlich danach ermittelt worden, ob diese Betriebe ‚für eine Sozialisierung reif, seien oder nicht bezw. [sic] ob es sich um Betriebe handelt, an deren Besitz die betreffende Gemeinde ein Interesse haben könne oder nicht. Von einer ausschließlich politischen Aktion im Sinne der Bestrafung von Kriegsverbrechern ist bei diesen Verhandlungen der unteren Organe großenteils überhaupt nicht die Rede gewesen." Die Vertreter der Blockparteien seien bewußt oder unbewußt falsch informiert, teilweise auch unter Druck gesetzt worden. Kastner verlieh der Überzeugung Ausdruck, daß „auch nicht in einem einzigen Fall" Listen entstanden wären, die gemessen an den Vereinbarungen der beteiligten politischen Kräfte haltbar seien. Folgerichtig betrachtete der sächsische LDP-Chef alle vorhandenen Listen als dringend überprüfungsbedürftig. Ihre Revision sei unerläßlich, damit der Volksentscheid „den von Ihnen und allen anderen

---

[90] Vgl. HALDER, Modell (wie Anm. 2), S. 216 f.
[91] Vgl. SächsHStA Dresden, LRS, MfW, Nr. 632, Bl. 163.

Beteiligten immer wieder betonten Zweck der Bestrafung von Kriegsverbrechern erfüllen" könne. Die bisherigen Listen aber könnten „keinerlei Gewähr dafür bieten, daß hier im Sinne demokratischer Gerechtigkeit vorgegangen worden ist". Kastner machte abschließend klar, daß der Volksentscheid und seine Durchführung einen Prüfstein für die „politische Lauterkeit" aller Beteiligten darstellen würden.[92]

Eine schriftliche Reaktion auf Dieckmanns und Kastners Beschwerden war nicht zu ermitteln. Rudolf Friedrichs hat lediglich auf Kastners Brief notiert „Erledigt durch Rücksprache mit den Parteiführern". Was immer deren Form und Inhalt gewesen sein mag – wir wissen aus anderen Zusammenhängen, daß die SMA keineswegs davor zurückschreckte, auf widersetzliche Blockpartei-Vertreter schärfsten Druck auszuüben[93] –, zu der verlangten grundlegenden Revision der Volksentscheids-Listen ist es jedenfalls nicht gekommen. CDU- und LDP-Vertreter haben allerdings noch bis 1948 hartnäckig versucht, in Einzelfällen eine Rückgängigmachung von Enteignungen zu erreichen. In den zuständigen Kommissionen – die Beschreitung eines normalen gerichtlichen Instanzenzuges war auf Betreiben der SED von vornherein ausgeschlossen worden – trafen sie allerdings auf ebenso hartnäckigen Widerstand der Repräsentanten der Einheitspartei. Mitte 1948 mußten dann alle Revisionsfälle auf Befehl der SMA definitiv zu den Akten gelegt werden.[94]

Fritz Selbmann wußte sehr gut, was er im Vorfeld des Volksentscheids tat. Wenige Wochen nach dem 30. Juni 1946 hat er seine Handlungsgrundlage gegenüber den Blockparteien auch unzweideutig dargelegt. In einer nicht-öffentlichen Versammlung von SED-Funktionären kam Selbmann auf die Einwendungen zu sprechen, die vor dem Volksentscheid von seiten der CDU und der LDP erhoben worden waren. Er rief seinen Zuhörern jedoch mit Nachdruck ins Gedächtnis, daß der Volksentscheid ja nichts anderes sei als „ein Teil des Klassenkampfes". Wörtlich führte er aus: „Wir stehen im schärfsten Klassenkampf, wir dürfen uns darüber nicht hinwegtäuschen lassen trotz aller Blockpolitik." Und hier, im vertrauten Kreis der Genossen, machte er unumwunden deutlich, was für ihn entscheidend gewesen sei. Die Frage beim Volksentscheid sei nämlich keineswegs, „ist er [der einzelne Unternehmer] belastet oder nicht, sondern es steht die Klassenfrage."[95]

Im Anschluß an den Volksentscheid war es eine von Selbmanns vorrangigen Aufgaben für die in Sachsen zunächst rund 1000 enteigneten Industriebetriebe, deren Weiterführung nun in die Zuständigkeit des Wirtschaftsressorts fiel, ein Leitungssystem zu entwickeln – dabei wurden im übrigen Mitspracheforderungen von CDU und LDP übergangen.[96] In seinen veröffentlichten Memoiren hat Selbmann den Vorwurf, die SED-gesteuerte Wirtschaftsverwaltung habe in der Folge-

---

[92] SächsHStA Dresden, LRS, MP, Nr. 1431, Bl. 18 ff.
[93] Vgl. SIEGFRIED SUCKUT, Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952, Bonn 2000, S. 21 ff.
[94] Vgl. HALDER, Modell (wie Anm. 2), S. 233 ff., 550 ff.
[95] SächsHStA Dresden, LRS, MfW, Nr. 511, Bl. 68 f.
[96] Vgl. HALDER, Modell (wie Anm. 2), S. 243 ff.

zeit die verstaatlichten Betriebe im Rahmen des Zuteilungsverfahrens für Roh- und Hilfsstoffe, Arbeitskräfte usw. massiv gegenüber den Betrieben bevorteilt, die sich noch in privater Hand befanden, dezidiert zurückgewiesen.[97] In den Unterlagen des sächsischen Wirtschaftsressorts liegt indessen eine Aktennotiz vom 26. Juli 1946, von Selbmann persönlich unterzeichnet. Danach hat der Ressortchef tags zuvor sämtliche Referenten seiner Industrie-Abteilung versammelt „und ihnen die Anweisung erteilt, unter allen Umständen bei der Rohstoffzuteilung die landeseigenen Betriebe zu bevorzugen und auch sonst in jeder Weise vor allen anderen Betrieben zu fördern."[98] Eine Erinnerungslücke? Nein, denn bei dem Abschnitt, in dem Selbmann den Vorwurf, die landeseigenen Betriebe erhielten Wettbewerbsvorteile, so klar von sich weist, handelt es sich um eines der zahlreichen Selbstzitate in den veröffentlichten Memoiren. Ursprünglich gehören die entsprechenden Ausführungen zu einem Artikel, den Selbmann in Heft 3/1946 des SED-Organs „Einheit" veröffentlicht hat.[99] Eine parteiamtliche, für die Öffentlichkeit bestimmte Unwahrheit wird mithin aufgefrischt.

V. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben

Damit mag es sein Bewenden haben, auch wenn der veröffentlichte Erinnerungsband einem Kenner anderer Zeugnisse zu Selbmanns Tätigkeit in den ersten Nachkriegsjahren noch manches Kopfschütteln abverlangt. Zuletzt gilt es, sich noch zwei Fragen zuzuwenden. Erstens: Was hat einen zweifellos bestens informierten Funktionär wie Fritz Selbmann veranlaßt, ein so schiefes, streckenweise schlicht unwahres Bild seiner eigenen Tätigkeit zu entwerfen? Zweitens: Warum wurde solch ein Buch ein Jahrzehnt nach dem Ende der DDR der Öffentlichkeit übergeben?

Zur ersten Frage gilt es wohl in Rechnung zu stellen, daß Selbmann den vorliegenden Band mit rund dreißig Jahren Abstand zu den dargestellten Vorgängen geschrieben hat. Das in manchen Details also Erinnerungslücken auch im Spiel sein mögen, sei zugestanden. Offen muß jedoch an dieser Stelle bleiben, was Selbmann zum Zeitpunkt der Niederschrift der zur Veröffentlichung bestimmten Erinnerungen noch an Material aus seiner Tätigkeit zwischen 1945 und 1953 zur Verfügung hatte, was ihm also als Gedächtnishilfe zu Gebote stand. Wenn man unterstellt, daß sein Nachlaß wie üblich erst nach seinem Tod ans damalige Zentrale Parteiarchiv der SED ging, war das doch einiges. Allein die Nachlaß-Mappe, die das Material aus Selbmanns Zeit als Wirtschaftsressortchef in Dresden enthält, umfaßt deutlich über 200 Seiten.[100] Wenn Selbmann diese Papiere noch zur Hand hatte, scheint er merkwürdigerweise keinen Gebrauch davon gemacht zu haben.

---

[97] Vgl. SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 146 f.
[98] SächsHStA Dresden, LRS, MP, Nr. 1383 – Film Nr. K I 138, Aufn. 82.
[99] Vgl. SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 147, Anm. 26.
[100] Vgl. SAPMO-Barch, NY 4113/16.

An manchen Stellen wurde hier ja auch auf Widersprüche zwischen der Darstellung Selbmanns aus den 1970ern Jahren und Unterlagen aus seinem Nachlaß verwiesen. Selbmann hat in dem in Rede stehenden Band jedoch eine Menge zeitgenössischen Materials verwendet – aber eben lediglich Papiere, die schon seinerzeit veröffentlicht wurden. Das was eigentlich spannend und interessant war, nämlich die nicht-öffentlichen Informationen, hielt Selbmann wieder zurück – unter Inkaufnahme der Tatsache, daß er manches Unzutreffende weitertrug.

Warum also hat Selbmann das getan? Dies läßt sich wohl nur psychologisch erklären – wenn man nämlich den Versuch unternimmt, sich in die Denkungsart eines Mannes zu versetzen, der sich schon in jungen Jahren als gläubiger Kommunist der geheiligten Parteidisziplin unterworfen hatte. In deren Rahmen mußte auch Geschichte ‚parteilich' ausfallen – und sei es auch die Geschichte des eigenen Lebens. Denn Geschichte im allgemeinen, im besonderen aber die Geschichte der DDR selbst hatte den Zweck zu erfüllen, „wesentlich zur sozialistischen Bewußtseinsbildung [..], zur Herausbildung parteilichen Denkens und Handelns" beizutragen, daher war sie ein „elementarer Bestandteil der kommunistischen Erziehung der Jugend".[101] So kolportiert Selbmann in seinen Erinnerungen nicht wirklich individuell erlebte Historie, sondern die parteiamtlich fixierte Version davon, wie es eigentlich – eben nicht gewesen ist, sondern gewesen sein sollte. Da konnte er zum Beispiel nicht umhin, die offizielle Version der ‚sowjetischen Freunde' zu verbreiten – obwohl auch ihm als überzeugtem Kommunisten die Besatzungsmacht in vieler Beziehung keineswegs freundlich gegenübergetreten ist. Ein Hauptinteresse der UdSSR als Siegermacht in Deutschland war, so viele Wiedergutmachungsleistungen als möglich für die im von Deutschland ausgelösten Krieg erlittenen Schäden einzutreiben – ein legitimes Interesse, das einleuchtende Interesse einer siegreich in Feindesland einmarschierten Macht. Daher die äußerst rigide Demontage- und sonstige Reparationspraxis, deren Konsequenzen Selbmann als sächsischer Wirtschaftsressortchef allzu gut kannte. Die Sowjetunion hatte 1945 durchaus kein fertiges Konzept für den weiteren Umgang mit Deutschland, vielmehr gab es unterschiedliche, zuweilen entgegengesetzte Handlungsoptionen, deren Umsetzung teilweise parallel lief.[102] Das dementsprechend widersprüchliche Bild, das die Zeitgenossen vom Verhalten der Besatzungsmacht erhielten, mußte indessen auf das KPD/SED-Wunschbild der ‚Freunde von Anfang an' getrimmt werden. Auch Selbmann hat sich dem unterworfen – als treuer Sohn der Partei, der wenigstens einmal in seinem Leben deren strenge Zucht unmittelbar zu spüren bekommen hatte, als er sich nämlich 1959 dem erniedrigenden Ritual der ‚Selbstkritik' unterziehen mußte.[103] Danach hat die ‚Schere im Kopf' offenbar bis

---

[101] BADSTÜBNER, DDR (wie Anm. 82), S. 10.

[102] Vgl. NAIMARK, Russians (wie Anm. 74), S. 9 f., 465 ff.; ferner GÜNTER BRAUN, Was wollten die Russen eigentlich? Neue Forschungen zur sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, S. 340–361.

[103] Vgl. MÜLLER-ENBERGS/WIELGOHS/HOFFMANN, Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 1), S. 791.

an das Ende von Selbmanns Leben funktioniert. Nur in den Erinnerungen, die er für die Verschwiegenheit des Parteiarchivs schrieb, machte er wenigstens teilweise aus seinem Herzen keine Mördergrube und schrieb manches auf, was er dann in der zur Veröffentlichung bestimmten Version nicht preisgeben wollte – und wohl auch nicht hätte preisgeben können.

Fritz Selbmann war ohne Zweifel ein konsequenter, ein streitbarer und auch mutiger Zeitgenosse. Er hatte Konsequenz und Mut genug, sich mit Oberst Blochin anzulegen; was alles andere als eine Selbstverständlichkeit war, denn auch altgediente KPD-Genossen waren für die Besatzungsmacht nicht unantastbar. Selbmann hatte den Mut, das oben genannte Memorandum auf den Weg zu bringen, und er konnte keinesfalls sicher sein, daß ihm dieser Schritt nicht persönlich schwer schaden würde. Die Tragik eines solchen Mannes – der wohl nur ein Beispiel für viele ist – bestand darin, daß er als Gläubiger einer totalitären Ideologie anhing, die ihn zur Negierung bestimmter Tatsachen seines eigenen Lebens zwang. Eine erbärmliche Angelegenheit.

Der Versuch einer Beantwortung der zweiten Frage steht noch aus. Die Initiative zur Veröffentlichung der Selbmann-Erinnerungen ging, so ist zu vermuten, von Erich Selbmann aus; der Verlag Neues Leben, der offenbar schon beim ersten, gescheiterten Versuch der Veröffentlichung beteiligt war, hat das Buch herausgebracht. Der äußere Anlaß war Fritz Selbmanns 100. Geburtstag im September 1999. Auch Erich Selbmann spekuliert in seinem Nachwort lediglich über die Gründe, die dazu führten, daß eine Publikation zu Lebzeiten seines Vaters verhindert wurde. Er meint, es könnte die ausführliche Schilderung der Vorgänge am 17. Juni 1953 gewesen sein, oder die breite Darstellung einer noch einem gesamtdeutschen Anspruch verpflichteten Politik der SED in den späten 1940er und 1950er Jahren.[104] Von diesem Anspruch wurde bekanntlich spätestens unter Erich Honecker gründlich Abschied genommen.

Allerdings fällt es dem Leser heute schwer nachzuvollziehen, was da das Mißfallen der parteiamtlichen Kontrolleure erregt haben mag. Der Abschnitt über den 17. Juni 1953 enthält nichts anderes als die DDR-offizielle Mär vom „Versuch eines profaschistischen Putsches", nebst obligaten „Provokateuren aus Westberlin" und „feindlichen Organisationen", deren Angehörige geschickterweise „einheitliche gelbe oder Texashemden" trugen …[105] Und daß auch die KPD/SED ihren politischen Führungsanspruch wenigstens in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten nicht nur auf den kleineren Teil Deutschlands, sprich die DDR, beschränkt wissen wollte, konnte jeder nachvollziehen, dem es etwa gelang, einen Blick in die „Grundsätze und Ziele" zu werfen, die sich die SED bei ihrer Gründung gab,[106] oder aber der kühn und findig genug war, die erste Verfassung der DDR von 1949 zu lesen, laut der es doch tatsächlich – horribile dictu! – ganz ana-

---

[104] Vgl. SELBMANN, Acht Jahre (wie Anm. 16), S. 315.
[105] Ebd., S. 262 ff.
[106] Vgl. Dokumente der Einheit, Berlin o. J. [1946], S. 3 ff.

log zum Grundgesetz nur „eine unteilbare deutsche Republik“ und dementsprechend auch nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gab.[107]

Sollten also tatsächlich die Darstellung des 17. Juni oder die Reminiszenzen an die gesamtdeutschen Jugendsünden der SED, bevor sie die ‚sozialistische Nation‘ in der DDR erfand, die so gar nichts mehr mit den kapitalistischen Deutschen im Westen zu tun hatte und mit denen sie schon gar nicht ‚ein Volk‘ war, für die Publikation von Selbmanns Erinnerungen Mitte der 1970er Jahre zum Stolperstein geworden sein – so dokumentiert dies in erster Linie eins: die Engstirnigkeit der zuständigen Geschichtsbild-Zensoren. Das wäre fast schon komisch, wenn es nicht so traurig wäre. Ziemlich sicher ist, daß – gesetzt den Fall, man machte das Erscheinungsdatum unkenntlich – kaum jemand merken würde, daß dieses Buch nicht während der Existenz der DDR gedruckt wurde. Erinnerungen eines Parteiveteranen wie es viele gibt – heute der völligen Vergessenheit anheimgefallen, wären da nicht die paar beflissenen Historiker, die den Selbstbildnissen der Funktionäre von ehedem immerhin noch einen gewissen Quellenwert unterstellen und sich der Lektüre unterziehen …

Gleichviel – gottlob ist es heute müßig, über die ideologiegeleiteten Wortklaubereien von ehedem weiter nachzudenken. Aber nachdenken kann man schon darüber, was die Initiatoren der postumen Veröffentlichung der Selbmann-Erinnerungen dazu jenseits des runden Geburtstages bewogen haben mag. War das etwa ein Stück versuchter Geschichtspolitik – war die Intention die Lebendighaltung einer Art ‚Gegenerinnerung‘ im Jahre Zehn der wiedergewonnenen Einheit? Wie auch immer, dem Andenken Fritz Selbmanns wurde nach Meinung des Autors mit der späten, zu späten Publikation der Erinnerungen im Grunde ein Bärendienst erwiesen. Einerseits verdient Selbmanns kommunistische Überzeugungstreue in zwölf Jahren Haft in Gefängnissen und Konzentrationslagern der NS-Diktatur großen Respekt, auch wenn man Selbmanns weltanschauliche Prämissen dezidiert nicht teilt. Andererseits war Selbmann kein so stromlinienförmiger Konformist auf Parteilinie, wie seine jetzt veröffentlichten Memoiren nahelegen. Wenn er in einem bereits 1969 in Ost-Berlin erschienenen Porträt als „aufrührerischer und oft widerspenstiger Zeitgenosse“, als ein „manchmal nicht ganz bequemer Staatsdiener“ charakterisiert wurde, so kann das der heutige Betrachter, der durch die Kenntnis einer Vielzahl einschlägiger Akten Einblick in Selbmanns Amtsführung hat, durchaus unterschreiben. Selbmann hat bei aller ‚Parteidisziplin‘ um der eigenen Überzeugung in Einzelfragen willen Konflikte nicht gescheut, auch dann nicht, wenn sein Widerpart Walter Ulbricht hieß. Noch auf einer ZK-Sitzung im Oktober 1957 verteidigte Selbmann den von ihm für richtig gehaltenen wirtschaftspolitischen Kurs. Auf einen Einwand Ulbrichts reagierte Selbmann mit den Worten: „Jetzt sind wir im Stadium der Diskussion, Walter. Ich sage hier meine Meinung.“ Bald darauf verlor Selbmann seine wichtigen politi-

---

[107] Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von HORST HILDEBRANDT, Paderborn, München, Wien, Zürich ^{14}1992, S. 116 ff.

schen Ämter.[108] Die Feindschaft Ulbrichts hat wohl auch dazu geführt, daß Selbmanns Rolle – und er war zweifellos im ersten Nachkriegsjahrzehnt einer der wichtigsten KPD/SED-Funktionäre überhaupt – in der DDR-Geschichtsschreibung marginalisiert wurde. Zum Beispiel in dem Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", welcher die Jahre 1945 bis 1949 behandelt, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus und erarbeitet von einem „Aurorenkollektiv", dessen Leitung Ulbricht persönlich übernommen hatte, wird Selbmanns Name lediglich ein einziges Mal genannt. Und das nur bei einer Aufzählung der Mitglieder der DWK, ohne jeden konkreten Hinweis auf Selbmanns Tätigkeit.[109] Die damnatio memoriae war im kommunistischen Spektrum ja ein nicht selten gebrauchtes Mittel, um das Andenken politisch mißliebig Gewordener aus dem Bewußtsein der Zeitgenossen zu verdrängen. Wolfgang Leonhard hat noch kürzlich sehr eindrücklich dokumentiert, was das heißen konnte: Zwischen 1960 und 1985 gab es in der DDR-Geschichtswissenschaft nicht weniger als 15 verschiedene Versionen von der personellen Zusammensetzung der ‚Initiativgruppe' Ulbricht. Es ging wohlgemerkt um insgesamt zehn Personen, die teilweise genannt wurden, dann wieder nicht, mancher tauchte auf, der gar nicht dabei war – je nach der politischen Konjunktur bestimmter Namen. Zuletzt war es, oh Wunder, gar möglich, daß Leonhards eigener Name wieder angeführt wurde, obwohl der doch als 1948 in den Westen geflohener Abtrünniger aus dem Gedächtnis der Partei – und dieses war maßgeblich – hatte getilgt werden sollen.[110] Den alten Fritz Selbmann mag es geschmerzt haben, daß seine eigene Leistung so an den Rand gedrängt wurde. Und es mag auch kein Zufall gewesen sein, daß er zu Beginn der 1970er Jahre, nach Ulbrichts Entmachtung nämlich, den Versuch unternahm, sein Erinnerungsbuch dagegen zu setzen. Dies natürlich unter Beachtung der unter Erich Honecker gültigen Regeln für das DDR-Geschichtsbild; der Versuch ist, aus welchen Gründen auch immer, gescheitert.

So kam es erst zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, da die Archive geöffnet waren. Und hier legt eben Selbmann Zeugnis gegen Selbmann ab. Wären doch nur die Parteiarchiv-Erinnerungen veröffentlicht worden …

---

[108] Vgl. WEBER, DDR (wie Anm. 14), S. 198 f.

[109] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Kapitel XII: Periode von Mai 1945 bis 1949, Berlin [Ost] 1968, S. 275.

[110] Vgl. WOLFGANG LEONHARD, Spurensuche. Vierzig Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln [3]1997, S. 138.